

Pfrundnehmer und Pfrundgeber-
Ihre Leistung im Rahmen der
mittelalterlichen klösterlichen
Laienverpfründung

Heidemarie v. Chiari

1973

Pfrundnehmer und Pfrundgeber - Ihre Leistung
im Rahmen der mittelalterlichen klösterlichen
Laienverpfründung

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität
zu München

vorgelegt von
Heidemarie v. Chiari

München 1972

Referent: Prof. Dr. Sten Gagnér

Korreferent: Dr. Hermann Nehlsen

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Februar 1973



Anstelle eines Vorworts

Die vorliegende Arbeit verdankt ihr Zustandekommen insbesondere der ständigen wissenschaftlichen Betreuung durch Prof. Dr. Sten Gagnér, dem ich hiermit den herzlichsten Dank aussprechen möchte. Zum Gelingen haben des weiteren Dr. Siegfried Broß und Dr. Helmut Schmidt durch wertvolle Hinweise und Anregungen beigetragen, wofür ich mich besonders bedanke.

München, Februar 1973

Heidemarie v. Chiari

I N H A L T S Ü B E R S I C H T

	Seite
Einleitung	5

ERSTER TEIL

Die Leistung des Pfrundnehmers	11
--------------------------------	----

1. Kapitel

Kriterien zur Begriffsbestimmung der klösterlichen Laienpfründe	12
--	----

1.1 Die Pfründe "im Urkundenmaterial, in der Etymologie, in den Decre- talen und bei den Decretalisten	12
--	----

1.2 Die "Profeß" als Abgrenzungsmerk- mal der Laienpfründe	17
---	----

1.3 Einteilung der Laienpfründen	22
----------------------------------	----

1.4 Zusammenfassung und Ergebnisse des Kapitels	27
--	----

2. Kapitel

Abwandlungsformen der Laienpfründnerlei- stung im Rahmen eines vom 9. - 15. Jahr- hundert reichenden historischen Prozesses	27
---	----

2.1 Die "Übergabe der Person" im Ur- kundenwortlaut, in der Literatur, bei Gratian und den Decretisten	28
--	----

2.2 Die Übergabe des gesamten Ver- mögens	37
--	----

2.2.1 Behandlung an Hand der Quel- lenaussagen	37
---	----

2.2.2	Klauseln und Formeln als besondere Ergebnisse	40
2.2.3	Zusammenfassendes Ergebnis	48
2.3	Die Übergabe von "umfangmäßig beschränkten Vermögen", und von "einzelnen Gegenständen"	49
2.3.1	Behandlung an Hand der Quellaussagen	49
2.3.2	Konkretisierung der Leistung als gemeinsames Merkmal	51
2.4	Hingabe von Geldbetrügen an Hand der Quellen	51
2.5	Zusammenfassung und Ergebnisse des Kapitels	54

3. Kapitel

	Soziale und wirtschaftliche Hintergründe des aus der Urkundenanalyse gewonnenen historischen Prozesses	57
3.1	Das Seelenheilsgeschäft	57
3.1.1	Das Seelenheilsmotiv im Urkundenwortlaut	57
3.1.2	Behandlung des Seelenheilsmotivs in der Literatur	58
3.1.3	Deutung des Motives als echtes Anliegen	60
3.2	Der Wandel zum weltbezogenen Versorgungsgeschäft	67
3.2.1	Abwendung von der Verquickung des Religiösen mit Materiellem	67
3.2.2	Eindringen wirtschaftlich interessierten Denkens	68
3.3	Weitere ähnliche Beispiele für den Wandel	68

ZWEITER TEIL

	Seite
Die Leistung des Pfrundgebers	70

1. Kapitel

Der Vorbehalt der Nutzung als Vorstufe des Lebensunterhaltsvorbehaltes	77
1.1 Vorbehaltsvergaben als vorherr- schende Übertragungsform des 9. Jahr- hunderts	78
1.2 Der Vorbehalt der Nutzung	80
1.2.1 Im Urkundenwortlaut	81
1.2.2 Bisherige Darstellungen in der Literatur	83
1.2.3 Herleitung der juristischen Form aus dem Urkundenwort- laut	84
1.2.4 Seelenheil als auslösendes Motiv - Nutzungsvorbehalt als wirtschaftliche Not- wendigkeit	87
1.2.5 Sozial-wirtschaftliche Nachteile	88
1.3 Kombinationsformen des Nutzungs- und Lebensunterhaltsvorbehaltes	91
1.4 Zwischenergebnisse	94
1.5 Vergleichende Wertung der beiden Vorbehaltsformen	94

2. Kapitel

Der Vorbehalt des Lebensunterhaltes als Vorstufe der Lebensunterhaltsvereinbarung	97
--	----

	Seite
2.1 Analyse des Lebensunterhaltsvorbe- haltes an Hand der Urkunden	98
2.1.1 Deutung der juristischen Form	101
2.1.2 Inhalt	102
2.2 Urkundliche Übergangsformen von der Vorbehalts- zur Vereinbarungsform	104
2.3 Vereinbarungsformen	106
2.3.1 Anhaltspunkte in Quellen des 9. Jahrhunderts	107
2.3.2 Die spätmittelalterlichen Quellen	109
2.3.3 Ergebnisse und wertende Gegen- überstellung von Inhalt und ju- ristischer Form der Vorbehalts- und Vereinbarungsform	114
2.4 Sozial-wirtschaftliche Hintergründe des Prozesses	115
Schluß und Ergebnisse	116
Abkürzungen	I
Quellen und Literatur	II

E I N L E I T U N G

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit dem Erwerb von Pfründen durch Laien in Klöstern während eines vom 9. bis zum 15. Jahrhundert reichenden Zeitraumes.

Dieser Untersuchungsgegenstand setzt sich im wesentlichen aus zwei Problemkreisen zusammen. Zum einen geht es um die "Leistung" des ins Kloster Eintretenden, um das, was der Laie aus seinem Vermögen in das Vermögen des Klosters einbringt; zum anderen geht es um die "Leistung" des Klosters, die Pfründe, die der Laie lebenslänglich erhält.

Dabei gilt es, den jeweiligen Wandel dieser beiden "Leistungen" im Laufe des vorgegebenen Zeitraumes darzustellen und im Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen verständlich werden zu lassen.

Die Bedeutung und Wichtigkeit des vorliegenden Untersuchungsgegenstandes zeichnet sich in der Tatsache ab, daß mit der Möglichkeit des Laienpfründerwerbes in Klöstern ¹⁾ bereits ein Rechtsinstitut gegeben war, das zu einer Zeit, in der es grundsätzlich keine besonderen Einrichtungen mit Sicherungs- und Fürsorgefunktion gab, eine Versorgungsmöglichkeit für sozial schwache Gruppen darstellte.

Verschiedene Autoren haben sich in den letzten Jahren mit der klösterlichen Laienpfründe befaßt, jedoch lediglich nur unter bestimmten Teilaspekten oder aber nur andeutungsweise.

1) Im Gegensatz war das mittelalterliche Spital bereits Gegenstand mehrerer umfangreicher Untersuchungen; vgl. hierzu grundlegend S. Reicke, (Das deutsche Spital und sein Recht im Mittelalter, Bd. I - II) der den Pfründerwerb im Spital unter Anwendung modern-rechtlicher Begriffsdogmatik behandelt; ferner J. v. Steynitz (Mittelalterliche Hospitäler der Orden und Städte als Einrichtungen der sozialen

So behandelt insbesondere S. Reicke ¹⁾ die Verpfründung von Laien an Klöster als eine "schon im frühesten germanischen Mittelalter bestehende Sicherung eines ungestörten Lebensabends in Form von Gabe gegen Lebensunterhalt." Für ihn ist jedoch diese "nach germanischem Recht entgeltliche und zweckbetonte Schenkung, die Schenkung pro remedio animae," lediglich in ihrer "Vorläuferfunktion" für die Spitalverpfründung von Bedeutung.

Lentze ²⁾ beschäftigt sich mit klösterlichen Laienpfründen, die im Stift Wilten erworben wurden. Er vermittelt Urkundeninhalte ausschließlich des 15. Jahrhunderts, ohne deren Text zu zitieren. Für die Bewertung dieser Inhalte geht er nicht von einer etwaigen Quellenanalyse aus, sondern trifft modernrechtliche Beurteilungen, wobei er sich hierzu im wesentlichen auf die von Reicke für die Spitalpfründe gefolgerten Ergebnisse stützt.

Dennoch sind die Urkundeninhalte insoweit verwertbar, als sie Tatsachen über Leistungen des Pfrundnehmers und Pfrundgebers vermitteln.

Mone ³⁾ weist auch nur kurz auf das Bestehen der Laienpfründen in Klöstern hin und stellt deren Funktion als Versorgungsmöglichkeit für alte oder alleinstehende oder pflegebedürftige Leute heraus. Ferner führt er aus, daß der Unterhalt im Kloster entweder festgesetzt war oder besonders ausgemacht werden konnte und daß die Laien teils in Summen oder aber mit Naturalzinsen

Sicherung), der, von rein sozialpolitischer Aufgabenstellung ausgehend, einzelne Spitäler des Mittelalters als soziale Institutionen behandelt.

- 1) S. Reicke, a.a.O., Bd. II, der eine knappe Darstellung der Verpfründung von Laien an Klöster bringt; S. 190 - 192.
- 2) H. Lentze, Herrenpfründen im mittelalterlichen Wilten.
- 3) Mone, Laienpfründen in Klöstern, ZGO, Bd.12, S.41-43.

hierfür bezahlten.

Ogris ¹⁾ zeigt ebenfalls in einer knappen Darstellung das Bestehen der Klosterverpfründung für Laien auf. Dabei stützt er sich wenigstens auf einige urkundliche Belege.

Ogris stellt fest, daß "die geistlichen Anstalten hier die Lösung einer brennenden sozialen Aufgabe unternommen haben, deren Bedeutung infolge des Fehlens jeglicher staatlichen Sozialfürsorge nicht hoch genug eingeschätzt werden kann". Des weiteren deutet er bereits für die Pfründnerleistung eine Entwicklung von der Übergabe des ganzen Vermögens bis hin zum "Kauf gegen Geld" ²⁾ an.

Die von ihm herangezogenen Fälle sind jedoch insoweit unbefriedigend, als einerseits eine Mischung aus Kloster- und Spitalurkunden gewählt wurde und andererseits auch Leistungen dargestellt sind, die nicht bei einem Pfrunderwerb erbracht werden, sondern sich vielmehr als ledigliche Aufbesserungen bereits bestehender Pfründen beurteilen.

Der vorliegenden Arbeit liegen dagegen rein klösterliche Pfränderwerbsquellen zugrunde, und dies in umfangreicherem Maße. Ergänzend und neu ist ferner eine intensive, nach weiteren Merkmalen Ausschau haltende Quellenanalyse.

Ebenfalls neu ist die Darstellung der sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe des Wandels.

Gegenüber den Darstellungen sämtlicher Autoren unternimmt die vorliegende Arbeit erstmals den Versuch, dem Grundsatz nach die Pfründkriterien sowohl aus dem Urkundenmaterial, als auch unter Heranziehung der Ethymologie und insbesondere der Decretalen und Decretalisten zu ermitteln.

Darüber hinaus erfolgt eine noch nicht vorliegende Untersuchung der Erfassung der Pfründinhalte, insbesonde-

1) Ogris, Der mittelalterliche Leibrentenvertrag,
S. 77 - 79.

2) Ogris, a.a.O., S. 94.

re inwieweit diese in den Urkunden eine genaue und bestimmte Regelung erfahren. Neu ist schließlich auch ein Versuch, die juristischen Formen zu bestimmen, die gefunden werden, um dieses Geschäft zu ermöglichen, und des weiteren der Versuch, die Entstehung der Pfrundgewährung auf Grund der Vorbehaltsvergabe aus der Vergabe unter Nutzungsvorbehalt infolge sozialwirtschaftlicher Bedürfnisse abzuleiten.

Was die ursprüngliche Form der Pfründe im Rahmen der sog. Vorbehaltsform des 9. Jahrhunderts anbelangt, so stellt die vorliegende Arbeit entgegen den bisherigen Untersuchungen klar, daß dieses Seelenheilsgeschäft wegen des echten "Gegenleistungscharakters" der Verschaffung himmlischen Lohnes keine Schenkung ist.

Lediglich Hattenhauer ¹⁾ hat bereits darauf hingewiesen, daß es gut wäre, wenn in diesem Zusammenhang von einer Schenkung nicht mehr gesprochen würde.

Der für die vorliegende Untersuchung breit angelegte Zeitraum von einem halben Jahrtausend erklärt sich daraus, daß "Prozesse der mittelalterlichen Rechtsschichte gewissermaßen in Zeitlupe verlaufen, jedenfalls dann, wenn man sie vom Standpunkt des modernen Beobachters aus sieht" ²⁾. "Das alte Recht benötigt Jahrhunderte, um Erkenntnisse und Veränderungen durchzusetzen, für deren Verwirklichung heute nur Jahre oder Monate ausreichen." ³⁾

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet eine Auswahl aus dem umfangreichen Urkundenmaterial, das im wesentlichen in den Urkunden- bzw. Traditionsbüchern der Klöster selbst als auch zum Teil in den jeweiligen Städteurkundenbüchern aufgenommen ist.

Dabei wurde wegen der geringen Abweichung in der Querstreue im Schwergewicht Material aus dem Süddeut-

1) H. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 21 unten

2) H. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 36

3) A.a.O., S. 37

schen Raum herangezogen.

Die Verwendung ausschließlich gedruckten Materials erscheint wegen der nahezu unüberschaubaren Fülle der urkundlichen Sammlungen geboten, so daß aus diesem Grunde die Verwertung handschriftlicher Urkunden der Einzelforschung in bezug auf ein bestimmtes Kloster vorbehalten bleiben muß.

Methodisch ist die Untersuchung so angelegt, daß die Ergebnisse vorwiegend aus den Urkundenaussagen selbst gewonnen werden. Gerade auf diesem Wege ist die Erreichung der maßgeblichen Kriterien für die Beantwortung der Frage nach der unmittelbaren tatsächlichen Rechtspraxis am ehesten gewährleistet.

In diesem Sinn befürwortet auch Hattenhauer ¹⁾ für jede privatrechtsgeschichtliche Untersuchung ausschließlich die Urkundenheranziehung. Vor allen anderen Rechtsquellen sei der Urkunde deshalb der Vorzug zu geben, weil sie Zeugnis der Rechtspraxis sei.

Rechtsbücher, Gesetze, gesetzesähnliche Kompilationen, erst recht jede Streitschrift, sei wie jedes Produkt rechtstheoretischer Betrachtung dadurch bestimmt, daß sie bereits so sehr die persönliche Prägung ihrer Verfasser tragen, daß das in ihnen dargestellte Recht nicht mehr der Wirklichkeit zu entsprechen brauche. Daher sei es allein die Urkunde, die allein und unmittelbar über das tatsächlich Geschehene berichten und über das Privatrecht ihrer Zeit Auskunft geben könne.

Dennoch wurden in der vorliegenden Arbeit von der grundsätzlich reinen Urkundenanalyse zwei Ausnahmen getroffen.

So wurde zum einen - wie bereits erwähnt - der in den Quellentexten häufig auftauchende und für die Untersuchung so grundlegende Begriff der "praebenda" ausgewählt, um Bezugspunkte zum kanonischen Recht herzustellen.

1) A.a.O., S. 33, 34.

Darüber hinaus wurde die besonders interessant erscheinende Urkundenformulierung für die "Übergabe der Person", "tradidit se ipsum", aufgegriffen, um für diese - in der Literatur noch nicht unter diesem Aspekt behandelte - sog. "Autotradition" etwaige Anhaltspunkte im kanonischen Recht zu finden.

Die Sachdarstellung erfolgt in der Weise, daß im ersten Teil der Arbeit nach einer Erörterung der wesentlichen Kriterien der Laienpfründe die Abwandlungsformen der Laienpfründnerleistung im Rahmen eines vom 9. - 15. Jahrhundert reichenden Prozesses behandelt werden.

Abschließend werden die sozialen und wirtschaftlichen Hintergründe des aus der Urkundenanalyse gewonnenen historischen Prozesses dargestellt.

Der zweite Teil der Arbeit befaßt sich, nach der vorab aufgezeigten Entwicklungsfähigkeit des "Nutzungsvorbehaltsinstitutes" in bezug auf das "Lebensunterhaltungsvorbehaltsinstitut", mit der Leistung des Pfrundgebers, wie sie sich im Urkundenwortlaut des vorgegebenen Zeitraumes abzeichnet. Dabei wird das Leistungsproblem im Rahmen der übergeordneten Fragestellung nach der jeweiligen juristischen Form behandelt, die gefunden wird, um die Pfrundgewährung zu ermöglichen. Sodann erfolgt wiederum eine Darstellung sozial-wirtschaftlicher Hintergründe.

ERSTER TEIL

Die Leistung des Pfründnehmers

Der folgende erste Teil stellt es sich zur Aufgabe, den Inhalt und Umfang der sog. Pfründnerleistung zu untersuchen.

Begrifflich soll hierunter Art und Ausmaß dessen verstanden werden, was der ins Kloster eintretende Laie aus seinem Vermögen trennt und in das Vermögen des Klosters einfügt, um die sog. "Laienpfründe" zu erwerben.

Dabei liegt das Hauptgewicht der Erörterung auf der Frage nach den jeweils zur Ausbildung gelangten Abwandlungsformen dieser Leistung, wie sie an Hand des Urkundenmaterials im Rahmen eines vom 9. Jahrhundert bis zum 15. Jahrhundert reichenden historischen Prozesses erscheinen.

Da jedoch der jeweils ins Kloster eingebrachte "Gegenstand", die "Pfründnerleistung", den Erwerb der "Laienpfründe" mit sich bringt, sollen aus Verständnisgründen vorab die maßgeblichen Kriterien für das Vorliegen einer solchen Laienpfründe schon hier dem Grundsatz nach - und zwar unter Heranziehung der Urkunden und der Etymologie als auch der Decretalen und Decretalisten - geklärt und bestimmt werden.

Dagegen sollen die inhaltlichen Merkmale dieser Pfründe, wie sie sich im Verlauf des vorgegebenen Zeitraumes vom 9. bis zum 15. Jahrhundert im Quellenwortlaut abzeichnen, den Untersuchungsgegenstand des zweiten Teiles der Arbeit bilden.

Unter einem letzten Untersuchungsgesichtspunkt sollen schließlich die für die Vermögenseinbringung des Pfründners gewonnenen Ergebnisse vor dem Hintergrund sozialer und wirtschaftlicher Vorgänge behandelt werden.

1. Kapitel

Kriterien zur Begriffsbestimmung der klösterlichen Laienpfründe

Bevor sich die Untersuchung dem eigentlichen Gegenstand, nämlich der Inhalts- und Umfangsbestimmung "dessens", womit die sog. Pfründe erworben wird, zuwendet, sollen zuvor die für das Vorliegen einer solchen Laienpfründe maßgeblichen Kriterien geklärt und bestimmt werden.

Verschiedene Autoren, insbesondere Mone ¹⁾, Lentze ²⁾, Homburger ³⁾, Reicke ⁴⁾, Ogris ⁵⁾ und Vögeli ⁶⁾, die sich kurz mit der sog. Laienpfründe befaßt haben, sehen - dieses Institut stillschweigend als bekannt voraussetzend - von einer etwaigen Begriffserörterung oder einem Definitionsversuch ab.

Dieses Versäumnis soll hier in zweifacher Weise nachgeholt werden, indem einem Versuch der begrifflichen Erfassung der Pfründe schlechthin die Beantwortung der Frage nach der Laienpfründe folgen soll.

Zum einen wird für das vorläufige Verständnis der sog. Pfründe erst einmal ein Arbeitsbegriff "Pfründe" geschaffen, dessen Merkmale ihre Grundlagen im vor-

1) Mone, ZGO, Bd. 12, Laienpfründen in Klöstern, S. 41 f.

2) Lentze, Herrenpfründen, S. 163 ff.

3) Homburger, Schweizerische Verpfründungsverträge, S. 5.

4) Reicke, Spital, Bd. II, S. 190 ff.

5) Vgl. Ogris, Leibrentenvertrag, S. 78, sowie die auf S. 78 unter Anm. 49 zahlreich aufgeführte Literatur für Laienverpfründungen in England, Pisa, Frankreich und im Bereich der byzantinischen Klöster.

6) Vgl. Vögeli, Leibding, S. 63;
vgl. darüber hinaus auch Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 211; Lentze, Pitzanz und Pfründe, S. 1;
Gierke, Deutsches Privatrecht, 3. Bd., S. 805 Anm. 56; Huber, Geschichte des schweizerischen Privatrechts, S. 889; Svoboda, Klosterwirtschaft, S. 81.

liegenden Urkundenmaterial selbst finden, d.h. eine Bestimmung wird lediglich so getroffen, wie sie sich aus den urkundlichen Aussagen ergibt.

Auf diesem Wege ist unter "Pfründe" gemäß dem Wortlaut der tragenden Quellen ¹⁾ die Gewährung von "victus et vestitus" auf Lebenszeit an einen Klosterinsassen zu verstehen, also die Versorgung mit dem zum Lebensunterhalt Notwendigen in Form von Nahrung und Kleidung.

Die Bildung eines derartigen Arbeitsbegriffes rechtfertigt sich jedoch noch aus weiteren, über die reine Quellenanalyse hinausgehenden Gesichtspunkten. Zum einen können ethymologische Erwägungen zur "Pfründe" schlechthin bestätigend herangezogen werden. Zum anderen bringt die Pfründe-Definition des Bernardus Papiensis in summa decretalium, Lib. III Tit V ²⁾ de praebendis eine Erhärtung der urkundlichen Aussagen.

Was nun allgemein ethymologische ¹⁾ Gesichtspunkte anbelangt, so war die "Pfründe" ursprünglich ein weltlich-rechtlicher Begriff im Rahmen der grundherrlichen Gutswirtschaft des karolingischen Westfrankens ²⁾. Hier wurde die "praebenda" bzw. "provenda" ³⁾ als Fachwort für "victus et vestitus" der Tagwerker ⁴⁾ verstanden, die diese Verköstigung und Verpflegung von der grundherrlichen Gutsverwaltung für ihre Arbeit auf dem Balland oder für sonstige, der Fronhofwirtschaft un-

1) Vgl. hierzu im Teil II der Arbeit

2) Bernardi summa, Lib. III Tit. V § 1, a.a.O., S. 70.

1) Vgl. auch Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, S. 547.

2) Siehe Stutz, Benefizialwesen, S. 321, Anm. 79;
Stutz, Lehen und Pfründe, ZRG, Germ. Abt., XX Bd., S. 213 Anm. 1.

3) Aus dem lat. "praebenda" - Darzureichendes - entwickelte sich unter dem Einfluß von dem lat. "providere" - versorgen - die galloromanische "provenda" - Rechnis - vgl. Kluge, a.a.O.

4) Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 210 Anm. 6.

mittelbar geleistete Dienste erhielten ¹⁾. Insoweit stand die praebenda oder provenda im Gegensatz zur Hofstelle, dem bauerlichen beneficium ²⁾.

Mit dem Aufkommen des Benefizialwesens in der Kirche und der sich auf der Grundlage des Eigenkirchenwesens bildenden Meinung, es seien die einzelnen Gotteshäuser und ihre Grundvermögen. Benefizien oder Zinsgüter, die den Geistlichen für ihre Dienste verliehen werden, entdeckte man den Parallelismus zwischen der weltlichen Gutswirtschaft einerseits und der Wirtschaft der Kirche andererseits. In jener hatten die einen Land, beneficia, inne, während die anderen Reichnisse - praebendae, provendae - erhielten. In dieser hatten alle übrigen Geistlichen beneficia, den Kanonikern und den Mönchen wurden dagegen "Reichnisse" in Form von Kleidung und Nahrung für ihre geistlichen Dienste verabreicht ³⁾.

Dieses Kanoniker- bzw. Mönchs-Reichnis, von dem bis dahin als dem "stipendium" gesprochen wurde, wurde seit dem 9. Jahrhundert ⁴⁾ nach dem Vorbild jener praebenda ebenso genannt, da ja auch die Bezeichnung beneficium gemeinsam war ⁵⁾.

1) Stutz, Benefizialwesen, S. 321 Anm. 79

2) Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 210 Anm. 6.

3) Stutz, Benefizialwesen, S. 321 Anm. 79; Stutz, Lehen und Pfründe, a.a.O., S. 213 Anm. 1.

4) Vgl. Kluge, a.a.O.; Stutz, Benefizialwesen, S. 321 Anm. 79.

5) Als jedoch die Spezialisierung und die Dezentralisation auch das Kathedral- und Kapitelsgut ergriff, als das Reichnis durch die Leihe eines entsprechenden Grundkapitals ersetzt wurde, bestand in der Sache kein erheblicher Unterschied mehr zwischen praebenda und beneficium. Darum wurde er auch bald in der Sprache nicht mehr gemacht. Zwar blieb praebenda die eigentümliche Bezeichnung für das Kanonikatseinkommen, umfaßte aber im weitesten Sinn auch

Unter Heranziehung der Ethymologie ergibt sich also, daß "Pfründe" ¹⁾ - unabhängig von der Person des Erwerbers und von der für den Erwerb zu erbringenden "Gegenleistung" - im wesentlichen Kern "Nahrung und Kleidung" bedeutet und als Inbegriff der Lebensunterhalterlangung zu verstehen ist.

Für das Pfründesubstrat "victus et vestitus" findet sich schließlich noch in der summa Decretalium Bernardi Papiensis Lib. III Tit. V eine prinzipielle Bestätigung.

Allerdings treffen die vorab herangezogenen Decretalen in 3,5 der I. Comp. ²⁾, in 3,4 der II. Comp. ³⁾, in 3,5 der V. Comp. ⁴⁾, in 3,2 der IV. Comp. ⁵⁾, in 3,4 der V. Comp. ⁶⁾ - jeweils unter dem Titel "De prebendis" - keine zum Pfründinhalt verwertbare Aussage. Einen ebenfalls lediglich negativen Befund ergibt eine auf den Pfründinhalt abzielende Untersuchung der Decretalen im Liber Extra X,3, 5 "De Praebendis" ⁷⁾.

Die Decretalen beschäftigen sich ausschließlich mit der Problematik der Klerikerpräbenden in bezug auf

das beneficium mit, während umgekehrt "beneficium" im weiteren Sinn auch die praebenda mit einschloß.

Vgl. hierzu Stutz, Lehen und Pfründe, a.a.O., S.213 Anm. 1, S. 214, der sich hierzu auf can. 7 des Konzils von Poitiers vom Jahre 1100, Mansi, Sacror. concil. nova et ampliss. coll. XX col. 1123 und can. 8 a.a.O., ferner auf conc. Lateran. II 1139 can. 25 bei Mansi l. c. XXI col. 532 beruft.

- 1) Zur Wortausbildung der deutschen "Pfründe" vgl. insbesondere Kluge, a.a.O.; ferner Stutz, Lehen und Pfründe, a.a.O., S.214 Anm. 1 zu S. 213 und Stutz, Benefizialwesen, S. 322 Anm. 79 zu S. 321.
- 2) Compilationes antiquae, 3,5 der I. Comp., S.28/29.
- 3) A.a.O., S. 80/81.
- 4) A.a.O., S. 119/120.
- 5) A.a.O., S. 142.
- 6) A.a.O., S. 170.
- 7) Decretal. Gregor. IX; X,3,5 de praebendis.

deren Besetzungsvorschriften und Teilungs- und Häufungsverbote.

Gleichermaßen erörtern auch die bedeutenden Decretalisten in der Zeit der Mitte des 13. Jahrhunderts, wie Hostiensis ¹⁾, Trano ²⁾, Sinibaldus Fliscus ³⁾, lediglich die eben erwähnte Problemstellung im rein kirchlichen Bereich.

Eine Ausnahme bildet nur der frühere Bernardus Papiensis, der in seiner Summa Lib. III Tit. V de praebendis ⁴⁾ die Frage aufwirft, was denn eigentlich eine Pfründe sei: "... videamus igitur, quid sit praebenda ...".

In § 1 des Tit. V bringt er schließlich die Definition, die besagt, daß unter Pfründe das geistliche Recht zu verstehen sei, mittels dessen lebenslänglich Kleidung und Nahrung von der Kirche oder einem "frommen" Haus erworben wird: "Praebenda est ius spirituale perpetuo consequendi victum et vestitum de ecclesia vel domo religiosa." ⁵⁾

Daraus läßt sich nun - allerdings auch unabhängig von wem und wofür die Pfründe erworben wird - entnehmen, daß wesentliches Pfründmoment Nahrungs- und Kleidererwerb bedeutet.

-
- 1) Hostiensis, Summa Liber Tertius Summæ Hostiensis de prebendis: fol. 138 - 140.
 - 2) Gottofredo da Trani, Summa super titulis decretalium zu: de prebendis fol. 127 - 128a.
 - 3) Sinibaldus Fliscus, Commentaria apparatus in V libros decretalium Liber III Decretal. Tit. V De Praebendis fol. 355 - 368.
 - 4) Bernardi summa, Lib. III Tit. V de praebendis, a.a.O., S. 70.
 - 5) Diesen Inhalt sieht auch noch Baldus, der allerdings abstrakt dahin formuliert: "porro praebenda dicitur duobus modis. Vno modo materialiter. Id est fundus praebendalis. Alio modo prout refertur ad ius. Id est quoddam ius annexum canonicatum quod ius fungitur loco personae". Baldus, Ad Tres Priores Libros Decretalium Commentaria;

Als Zwischenergebnis bleibt also festzuhalten, daß die eingangs aus den Urkundenaussagen gewonnenen Pfründmerkmale eine zusätzliche Bestätigung sowohl unter Zuhilfenahme der Ethymologie, als auch in der von Bernardus Papiensis formulierten Definition der Kleriker-praebenda gefunden haben.

Unter einem weiteren Untersuchungsgesichtspunkt ist nun zu klären, auf Grund welcher maßgeblichen Kriterien eine solche Pfründe sich als Laienpfründe beurteilt.

Vorab ist jedoch hier zu betonen, daß weder die Urkunden, noch die päpstlichen Decretalen, noch die Kanonisten einen Begriff "Laienpfründe" etwa in der Form praebenda laica o. ä. kennen.

Es handelt sich bei der Bezeichnung "Laienpfründe" um einen rein künstlich geschaffenen Arbeitsbegriff. Dieser Begriff wurde in der Weise aus der urkundlichen Differenz gebildet, daß diejenigen Urkunden, die zwar eine Lebensunterhaltsgewährung, nicht aber gleichzeitig auch eine Profeßablegung ¹⁾ enthalten, als sog. "Laienpfründe"-Urkunden verstanden werden.

Im Gegensatz hierzu steht das nicht der Untersuchung zugrundeliegende Institut der abendländischen "Mönchspfründe", das schon im 5. Jahrhundert vorkam ²⁾.

Der ins Kloster Eintretende legt unter Hingabe von Leib und Gut die geistlichen Gelübde, die Profeß, ab. Die Urkunden bringen diesen Vorgang etwa folgender-

- 1) Zur Profeß vgl. Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 87; s. ferner die Profeßdefinition des Bernardus in Summa decretalium Lib. III Tit. XXVII De regularibus § 7 (a.a.O., S.109): "Professio est sollemnis promissio religionis."
- 2) Vgl. Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 87; Huber, Geschichte des schweizerischen Privatrechts, S. 289; Reicke, Spital, Bd. II, S. 189; Lentze, Pitzanz und Pfründe, S. 1; Lentze, Herrenpfründen, S. 163; Ogris, Leibrentenvertrag, S. 67 Anm.3; Gierke, Deutsches Privatrecht, 3. Bd., S.805 Anm.56.

maßen zum Ausdruck: "... proprietatem meam et me ipsum ad ipso monasterio ad monachum trado".¹⁾, oder "... Liutto pro valida infirmitate secularem habitum ... deposuit et clericatus monachicam professus est habere vitam ... tradidit ..." ²⁾.

Wesentliches Abgrenzungsmerkmal zur "Laienpfründe" stellt also das Fehlen eines derartigen feierlichen Versprechens in der Urkunde dar.

Erste Ansätze dazu finden sich in Urkunden, in denen der Eintretende sich vorbehält, die Profess nach seinem Belieben entweder später oder überhaupt nicht abzulegen, er sich also die Wahl des geistlichen Standes offen läßt. Zur Verdeutlichung mögen folgende Beispiele dienen: "... et si aliquando mihi placuerit in monasterio monachicam vitam ducere secundum constitutionem sanctae regulae, id mihi perficere liceat." ³⁾, ferner "... si quando quoque secularia negotia relinquere velim, et monachicae vitae disciplinis me subicere decreverim, id perficere nullus mihi resistere conetur." ⁴⁾

Gerade in diesem Zusammenhang ist die im Liber Extra, X, 3, 31 De regularibus et transeuntibus ad religionem⁵⁾, und gleichermaßen bei Hostiensis ⁶⁾, Trano ⁷⁾, Sini-

1) UB. St. Gallen, Bd. I, S. 52 Nr. 52 (769); Ähnlich a.a.O., S. 45 Nr. 44 (764), S. 310 Nr. 336 (830); UB. Frankfurt, Bd. I, S. 83 Nr. 170 (1253), S. 113 Nr. 234 (1261); UB. Klöster Mansfeld, S. 577 Nr. 43, S. 578 Nr. 44 (1339), S. 579 Nr. 46 (1343).

2) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 312 Nr. 366 (816).

3) UB. St. Gallen, Bd. II, S. 101 Nr. 485 (861).

4) UB. St. Gallen, Bd. II, S. 124 Nr. 511 (865); vgl. a.a.O., ähnlich S. 369 Nr. 768 (912); UB. St. Gallen, Bd. I, S. 211 Nr. 221 (816)

5) Decretal. Gregor. IX (X, 3, 31) De regularibus.

6) Hostiensis Summa, Liber Tertius Summe Hostiensis De regularibus fol. 173a - 174a.

7) Gottofredo da Trani, Summa super titulis decretalium de regularibus fol. 149a - 151.

báldus Fliscus ¹⁾ erörterte Thematik zu Probezeitbestimmungen der Novizen, zur Profeß selbst und zur Rückkehr ins Weltliche nicht einschlägig und für die Problematik des im Kloster lebenden Laien nicht verwertbar.

Eine wenn auch nur mittelbare Bestätigung für die Laienzuordnung der Urkunden, die die negative Voraussetzung fehlender Profeß erfüllen, findet sich bei Gratian C. XXVII qu. 1 omnes c. 36 ²⁾ und bei Bernardus Papiensis, Summa decretal. Lib. III Tit. XXVII § 7³⁾. Die herangezogenen Stellen lauten bei Gratian a.a.O.: "Omnes feminae venientes ad sacram religionem pallio capita contegant, et conscriptam robora tamque professionem faciant, post quam scripturam non sinantur relabi ad prevaricationis audaciam." und bei Bernardus, a.a.O.: "Solet autem fieri professio in scriptis ...".

Aus diesen angeführten Zitaten ergibt sich also das Erfordernis der schriftlichen Niederlegung der Profeß. Insofern können die Urkunden ohne aufgenommenes Ordensgelübde mit wahrscheinlicher Schlußfolgerung einem Laien zugeordnet werden, so daß auch unter diesem Gesichtspunkt die urkundliche Differenzierung nach Beinhaltung der Profeß bzw. deren Fehlen sinnvoll erscheint.

In diesem Sinn ist auch Reicke ⁴⁾, Ogris ⁵⁾ und Lentze ⁶⁾ zuzustimmen, soweit diese Autoren - wenn auch ohne Begründung - für das Vorliegen einer Laienpfründe auf die fehlende Profeß abstellen.

Jedoch sehen insbesondere Reicke ⁷⁾ und Ogris ³⁾ die

1) Sinibaldus Fliscus, Commentaria apparatus in V libros decretalium, Lib. III Decretal. Tit. XXXI De regularibus fol. 419a - 424a.

2) Gratian, C. XXVII qu. 1 omnes c. 36.

3) Bernardi Summa Lib. III Tit. XXVII § 7 S. 109.

4) Reicke, Spital, Bd. II, S. 190 ff.

5) Ogris, Leibrentenvertrag, S: 67, 68.

6) Lentze, Herrenpfründen, S. 163.

7) Reicke, a.a.O., S. 192.

3) Ogris, a.a.O., S. 67, 78 f.

Mönchs- und Laienpfründe als lediglich verschieden stark ausgeprägte Erscheinungsformen einer einheitlichen Klosterpfründe.

Indem die Begebung ins Kloster mit Leib und Gut verbunden mit der Profeß als "die höchste Steigerung der Klosterverpfründung" ¹⁾ bzw. als "reine" ²⁾ oder "eigentliche" ³⁾ Klosterverpfründung verstanden wird, stellen sich also Mönchs- und Laienpfründe als stärkere und schwächere Pfründe im Rahmen eines Abstufungsverhältnisses dar.

Noch undifferenzierter sind die Ausführungen Hubers ⁴⁾, der sogar beide Pfründformen als gleichwertig unter dem Versorgungsinstitut der Verpfründung zusammenfaßt und die Profeß als zufälliges, der Verpfründung nicht als wesentlich innewohnendes Merkmal beurteilt, indem er von dem "Accidens des klösterlichen Gelübdes" ⁵⁾ spricht.

Wenn auch die Mönchs- bzw. Klerikerpfründe nicht Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist, so soll dennoch mit einigen Denkanstößen angedeutet werden, daß eine Einordnung der Mönchs- und Laienpfründe unter einem Oberbegriff oder gar eine Gleichstellung nicht sachgerecht ist.

Trotz gewisser Parallelen, die sich für die beiden Pfründarten zum einen aus der Lebensunterhaltsgewährung und zum anderen aus dem identischen Ortsaufenthalt ergeben, sind Mönchs- und Laienpfründe dem Wesen und der Zielsetzung nach verschieden und nicht vergleichbar ⁶⁾.

1) Reicke, a.a.O., S. 192.

2) Corris, a.a.O., S. 79.

3) Corris, a.a.O., S. 67.

4) Huber, Geschichte des schweizerischen Privatrechts, S. 889 ff.

5) Huber, a.a.O., S. 890.

6) Dieser Gegensatz wird auch noch von Baldus, Ad Tres Priores Libros Decretalium Commentaria, Lib. I Tit. de Constitutionibus Nr. 31 beibehalten, a.a.O., fol. 18a "alia conclusio est, quod laicus potest

Zwar beinhaltet die Mönchs- wie die Laienpfründe die Sicherstellung lebenslänglicher Versorgung. Wenn auch gerade diese Gemeinsamkeit wirtschaftlicher Existenzsicherung es ist, die zur sprachlich gleichen Bezeichnung "Pfründe" geführt hat, so darf dennoch nicht diese Übereinstimmung allein zu einer einheitlichen Bewertung führen.

Der Mönch erwirbt die Pfründe als geistliches Recht für die Erbringung seiner geistlichen Dienste, wie sich aus der Summa des Bernardus Lib. III Tit. V § 2 ¹⁾ ergibt: "Est autem danda (praebenda) ei, qui eam serviendo promeretur, unde Apostolus: "Qui altario servit, de altario vivere debet" ... "Qui non laborat, non manducet ...".

Die Einbringung von Leib und Gut durch den Mönch läßt sich nicht als "Leistung" für den Pfründempfang werten, sondern stellt sich lediglich als Vollzug der in der Profess versprochenen "abdicatio priorum" dar: "in ea (professio) vero ista praecipue promittuntur: morum conversio, obdientia, priorum abdicatio, castitas et loci stabilitas." ²⁾

Auf Grund dieser wenigen Ansatzpunkte wird bereits deutlich, daß der Erwerb einer Mönchspfründe sich nicht einfach als "Vertrag" mit dem Kloster darstellen läßt, das dann diese Versorgung infolge der Vermögenszuwendung übernimmt ³⁾.

Weitergehende Erörterungen zum tieferen Verständnis und zur begrifflichen Erfassung der geistlichen Pfründe bleiben jedoch einer speziell dieser Pfründe gewidmeten Untersuchung vorbehalten.

haerere prebendam. idem Inn. tamen non vocabitur ad electiones et sic sit controversus nisi vocaretur de gratia.

1) Bernardi summa, Lib. III tit. V § 2, a.a.O., S. 70.

2) Bernardi summa, Lib. III Tit. XXVII § 7, a.a.O., S. 109.

3) So aber Huber, a.a.O., S. 390; und Ogris, a.a.O., S. 72 und sinngemäß auch Reicke, a.a.O., S. 192.

Zur Abrundung des nunmehr skizzierten Bildes der "Laienpfründe" sollen schließlich noch die von Lentze ¹⁾ und Mone ²⁾ vorgenommenen Einteilungen der "Laienpfründner" dargestellt werden.

Allerdings ist dem Versuch einer Kategorienbildung insoweit mit Vorsicht und Vorbehalt zu begegnen, als dem mittelalterlichen Recht derartige gedankliche Konstruktionen grundsätzlich fremd waren.

Jedoch läßt sich insbesondere die von Lentze getroffene Einteilung weitgehend gleichzeitig aus der urkundlichen Wirklichkeit ableiten, so daß es sich nicht lediglich um eine dem alten Recht unbekannte und daher auch nicht weiter zum Verständnis des untersuchten Gegenstandes beitragende Differenzierung handelt.

Lentze legt seiner Unterscheidung erst einmal die sog. "Herrenpfründe" ³⁾ zugrunde, ein Ausdruck, der sich unmittelbar in Urkundentexten findet: "Also daz sy mir meine leptag geben sullen ein herren phrunt als ainem conventiner daselben an gefar." ⁴⁾

Unter diesem "eigenartigen Rechtsinstitut" der Herrenpfründe versteht Lentze "die Verpfründung von Laien an Klöster mit Begebung in die Munt des Klosters,"

-
- 1) Lentze, Herrenpfründen, S. 166 f.
 - 2) Mone, Laienpfründen in Klöstern und geistliche Pfründen in Spitälern, in ZGO, Bd. 12, S. 41 VI § 32.
 - 3) Lentze, Herrenpfründen, S. 163; Dabei knüpft Lentze die "Herrenpfründe" in der Weise an Männerklöster an, daß unter den Begriff der Herrenpfründe auch von Frauen erworbene Pfründen fallen: "Herrenpfründen in Männerklöstern konnten auch Frauen erwerben. Sehr häufig handelt es sich dabei um Ehefrauen, die gemeinsam mit ihrem Ehemann oder ihren Kindern Herrenpfründen erwarben; doch werden Herrenpfründen auch von alleinstehenden Frauen, Witwen oder Jungfrauen erworben." Vgl. ferner a.a.O., S. 166 Anm. 39.
 - 4) Lentze, a.a.O., S. 163 i.V. Anm. 6 zu S. 163.
Weitere Beispiele verschiedener aus den Quellen hervorgehenden "Pfrundarten" siehe Teil II S. 127 Anm. 1

wobei "der Pfründnehmer die geistlichen Gelübde nicht abzulegen brauchte." 1)

Wenn Lentze jedoch zur näheren Bestimmung feststellt, daß die "Herrenpfründe der klösterlichen Pfründe nachgebildet ist, die dem Konventualen den Anspruch auf Wohnung, Beheizung und auf ... Speise und Trank gewährt" 2) und, daß der Pfründnehmer zu diesem Zweck "mit dem Kloster einen Verpfründungsvertrag schloß" 3), so sind diese Ausführungen nur in bezug auf ihre Tatsachenangaben verwertbar.

Dagegen findet sich im mittelalterlichen Rechtsbewußtsein kein Institut "Verpfründungsvertrag".

Um eine solche Erscheinung zu erklären und faßbar zu machen, bedarf es zwar nicht zwingend des Gebrauches dieses modernen Begriffes, jedoch müßte bei seiner Anwendung zum wenigsten ein entsprechender Vorbehalt den rein modernen Bedeutungsgehalt deutlich machen.

Nur so kann vermieden werden, daß Rechtsgebilde des Mittelalters, die auf einer von der unseren geistes- und rechtsgeschichtlich verschiedenen Ebene stehen, in Verkennung dieser Tatsache wie Institute der modernen Rechtsordnung behandelt und als solche dargestellt werden.

Ebenso kann nicht - jedenfalls nicht ohne Vorbehalt und Differenzierung - ein "Anspruch auf etwas" in die Rechtswelt des Mittelalters projiziert werden. Ein Anspruch im Sinne des modernen Rechts ist hier nämlich "überhaupt nur insoweit vorhanden und denkbar, als er vor Gericht geltend gemacht werden kann; die Prozeßhandlung des Klagens selbst ist der Anspruch, deren Inhalt noch ungetrennt von der Form ist, in der er vor Gericht behauptet wird." 4)

1) Lentze, a.a.O., S. 163.

2) Lentze, a.a.O.; vgl. hierzu auch Lentze, Pitzanz und Pfründe, S. 5 ff.

3) Lentze, Herrenpfründen, S. 163.

4) Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 74.

Auf Grund unkundlicher Personenangaben teilt nun Lantze nach dem Stand des Pfründerwerbers die Herrenpfründen in zwei Gruppen ein, und zwar in die bürgerlichen und bürgerlichen ¹⁾ Pfründner einerseits und die adeligen ²⁾ andererseits.

Außerdem unterscheidet er bei den Herrenpfründen folgende verschiedene Arten ³⁾: "Laienbrüderpfründen, Jungherrenpfründen, die in St. Florian als halbe Herrenpfründen bezeichnet werden, gewöhnliche Herrenpfründen, die den Normalfall bilden und Prälatenpfründen, d.h. Pfründen mit Prälatenkost." ⁴⁾

Auch diese Klassifizierung stützt Lantze auf jeweilige in Urkunden enthaltene Umschreibungen ⁵⁾.

Was nun die von Mone ⁶⁾ getroffene Einteilung der Laienpfründner anbelangt, so erscheint diese Aufgliederung zwar insoweit konstruiert, als eine entsprechende Herleitung aus dem Urkundenmaterial unmittelbar nicht möglich ist, ist aber andererseits dennoch sinnvoll, da sie nicht in Widerspruch zu den faktischen Gegebenheiten steht.

Mone charakterisiert die Laienpfründner als "alte und solche Leute, die in der Welt allein standen und keine Pflege hatten," wobei diese in den Klöstern Unverknüft suchenden Leute "in zwei Klassen abgeteilt" ⁷⁾ werden.

1) Vgl. Lantze, Herrenpfründen, S. 166 i.V. Anm. 39 zu S. 166.

2) Lantze, a.a.O., S. 166 i.V. Anm. 40 zu S. 166.

3) Vgl. hierzu auch Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 211, wo in ähnlicher Weise verschiedene Arten geistlicher Klosterpfründen aufgeführt sind: die Abts- oder Prälatenpfründe, die Herrenpfründen der Priestermonche und schließlich die einfachen Konventualpfründen.

4) Lantze, a.a.O., S. 167.

5) Lantze, a.a.O., Anm. 51, 52, 53 zu S. 167.

6) Mone, Laienpfründen in Klöstern und geistliche Pfründen in Spitälern, ZGO, Bd. 12, S. 41 ff VI § 32.

7) Mone, a.a.O., S. 41.

Er unterscheidet zwischen kinderlosen Eheleuten einerseits und Ledigen andererseits, die wiederum entweder Oblaten oder Conversen ¹⁾ waren. Dabei beurteilt er "beide Abtheilungen", die Ledigen und die Verheiratheten also, als "eine Mittelstufe zwischen dem Gesinde und den Conventualen".

Für die ledigen Laien gab es "festgesetzte Pfründen", sie "trugen Klosterkleidung, wohnten im Klosterhofe und standen unter der Hausordnung". Innerhalb dieser Gruppe waren die Oblaten "Leute, die von ihren Angehörigen dem Kloster zur Versorgung übergeben wurden und Tagelöhnerarbeit thaten", während "die Conversen meist ältere Leute waren, die sich aus der Welt in eine ruhige Unterkunft zurück zogen. Wieviel jeder für seinen Unterhalt in einer Summe bezahlte, beruhte auf Uebereinkunft." ²⁾

Für die Eheleute, die außerhalb des Klosters wohnten, wurde der Unterhalt besonders ausgemacht, sie "machten ihre Pfründverträge sowohl auf die Lebensdauer beider Ehegatten als auf die Person des überlebenden Theiles; sie behielten lebenslänglich ihre eigene Haushaltung, thaten dem Kloster gewöhnlich keine Arbeit, sondern erhielten von demselben einen Zuschuss an Naturalien zum Lebensunterhalt, wofür sie entweder jährliche Naturalzinse gaben oder nach ihrem Tode ihr Vermögen dem Kloster überließen." ³⁾

1) Nach Mone stand die Möglichkeit, Mönch zu werden, womit dann die Laienpfründe endete, nur den Conversen offen, während die Oblaten stets Laien blieben. Diese Behauptung ist jedoch nicht zutreffend. In dem Fall der sog. Oblation, der Klosterverpfründung von Kindern, die sich bereits als Laienverpfründung werten läßt - vgl. hierzu Ogris, Leibrentenvertrag, S. 78 Anm. 49 - und bei der die Klöster die Ausbildung und Versorgung dieser sog. Oblatenkinder übernahmen, kam es häufig vor, daß diese "Oblatenkinder" später in den geistlichen Stand übertraten (vgl. Ogris, a.a.O., S. 74).

2) Mone, a.a.O., S. 41.

3) Mone, a.a.O., S. 41/42.

Über die Abgrenzung der beiden Pfründnergruppen hinaus läßt sich den Ausführungen Mones noch folgendes Ergebnis für die zum Pfründerwerb an das Kloster erbrachten "Leistungen" entnehmen:

Die Leistung der Ledigen bestand in der Zahlung einer ausgemachten "Summe", wobei nicht ersichtlich ist, ob darunter eine wiederkehrende oder eine einmalige zu verstehen ist. Ferner hatten die Oblaten noch zusätzlich Arbeiten zu verrichten.

Die Leistung der nicht im Kloster wohnenden ¹⁾ Eheleute bestand in "jährlichen Naturalzinsen" oder aber darin, daß das Kloster nach ihrem Tode ihr gesamtes Vermögen erhielt.

Wie jedoch das nunmehr sich anschließende Kapitel zeigen wird, hat die Auswertung der Quellen ein völlig anderes Ergebnis ergeben, so daß die Darstellung von Mone als unzureichend und unbrauchbar außer Betracht bleiben muß. Kurz sei schon hier darauf hingewiesen, daß z.B. die Summenzahlung zum einen keineswegs die typische Leistungsform der Ledigen ist - auch Ehepaare bedienen sich vielfach dieser Leistungsmöglichkeit. Zum anderen ist sie auch nicht die alleinige Erscheinungsform, sondern nur eine von mehreren vorkommenden Leistungsausgestaltungen. Weiter sind "Naturalzinsen" oder Vermögensübergang nach dem Tode weder den Eheleuten vorbehalten, noch sind es die einzigen Leistungsarten, noch schließen sich diese beiden Formen aus. Ferner treten gerade auch Ehepaare ins Kloster ein.

1) Diese von Mone als typisch dargestellte Eheleute-Verpfründung genügt jedoch nicht den aufgestellten Pfründvoraussetzungen, selbst wenn man von dem Pfründerfordernis "Eintritt ins Kloster" absieht (vgl. hierzu Ogris, Leibrentenvertrag, S. 80, der bei fehlender Aufnahme in die Hausgemeinschaft dennoch eine "Sonderverpfründung" bejaht). Bei einer derartig weitgehenden Selbstversorgung durch die "Pfründner", die in lediglich wiederkehrenden Naturalienzuschüssen ihre Unterstützung findet, fehlt es schon an dem Pfründmerkmal in Form einer

Zusammenfassend läßt sich nunmehr festhalten, daß zwar die begriffliche Fassung der klösterlichen "Laienpfründe" schon deswegen auf Schwierigkeiten stößt, weil die zeitgenössischen Quellen diesen Ausdruck nicht kennen. Dennoch ist eine inhaltliche Erfassung dieses Institutes geboten und möglich. Die maßgeblichen Kriterien der "Laienpfründe" bestehen darin, daß ein Klosterinsasse, der nicht die geistlichen Gelübde, die Profeß, abgelegt hat, mit dem Lebensnotwendigen in Form von "victus et vestitus" versorgt wird.

2. Kapitel

Abwandlungsformen der Laienpfründnerleistung im Rahmen eines vom 9. Jahrhundert bis zum 15. Jahrhundert reichenden historischen Prozesses

Nach Darstellung der wesentlichen Pfründelemente wendet sich nun die Untersuchung dem eigentlichen Gegenstand zu, nämlich der Inhalts- und Umfangsbestimmung der Pfründnerleistung, "dessen" also, womit die Laienpfründe erworben wird.

Zur begrifflichen Klarstellung und Abgrenzung sei betont, daß, soweit im folgenden der Begriff "Leistung" verwendet wird, hierunter dasjenige zu verstehen ist, was aus dem Vermögen des Pfründerwerbers getrennt und in das Vermögen des Klosters eingefügt wird. Nicht erfaßt werden davon etwaige innere subjektive Willensrichtungen des "Leistenden". Die Frage nach der Motivation des Pfründners, insbesondere

Befriedigung der individuellen und variierenden Lebensunterhaltbedürfnisse durch das Kloster.

Vgl. hierzu Ogris, Leibrentenvertrag, S. 92 f, der diese Fallausgestaltung als Leibrentenvertrag beurteilt, allerdings ohne klarzustellen, daß er sich hierbei einer juristischen Konstruktion bedient, die das moderne Recht zum Verständnis dieser Tatsache zur Verfügung stellt.

ob er seine Leistung ausschließlich zur Lebensunterhalterlangung erbringt oder aber ob andere Momente mitbestimmend oder gar allein maßgeblich waren, wird später behandelt werden.

Ferner wurde bereits oben aufgezeigt, daß, jedenfalls soweit eine Laienpfründnerleistung die Übergabe des gesamten Vermögens beinhaltet, diese wegen der fehlenden Profeß auch nicht als Vollzug eines abdicatio-propriorum-Versprechens gewertet werden kann. Gleichermaßen erfolgt andererseits die Lebensunterhaltgewährung auch nicht für die Erbringung geistlicher Dienste.

Das Schwergewicht der nunmehrigen Erörterung liegt auf der Frage nach den verschiedenen Ausgestaltungsformen der "Pfründnerleistung" im Rahmen eines vom 9. Jahrhundert bis zum 15. Jahrhundert reichenden historischen Prozesses.

Der Wandel dieser Leistung kann jedoch nicht isoliert betrachtet werden. Um die sich aus der Urkundenanalyse ergebenden Wandlungen in ihrer ganzen Bedeutung erfassen zu können, genügt es nicht, sich auf das Registrieren einzelner neuer Erscheinungen zu beschränken. Die Veränderungen lassen sich vielmehr nur im Zusammenhang gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erscheinungen, mit denen sie aufs engste verknüpft sind, erklären und verstehen.

Aus diesem Grunde soll unter einem weiteren Gesichtspunkt der soziale und wirtschaftliche Hintergrund untersucht werden, um die vorab aus den Quellen gewonnenen Ergebnisse in ihrer ganzen Wirklichkeit erkennen zu können.

Bei Durchsicht des Urkundenmaterials fällt nun auf, daß sich in einer bestimmten Anzahl von Quellen - trotz fehlender Profeß - Übergaben an das Kloster finden, die "Leib und Gut" des Eintretenden beinhalten.

Einige wörtliche Formulierungen sollen diesen Akt der

"Einbringung" der Person und ihres Vermögens verdeutlichen und einer tiefergehenden Erfassung zuführen, so daß eventuell besondere Leistungsmerkmale gewonnen werden können.

Die Erörterung der mit der Personenübergabe einhergehenden Vermögensübertragungen soll dabei später vorgenommen werden, da sich bezüglich der Personenübergabe wegen der insoweit sprachlichen Übereinstimmung der urkundlichen Passagen eine Vorabbehandlung anbietet.

Die entsprechenden Stellen lauten nämlich stereotyp: "... et tradidit se ipsum ..." ¹⁾, "... quod ipse Perahart se ipsum tradidit ..." ²⁾, "... quia quidam vir nobilis nomine Unfort se ipsum inclinavit in altatem sanctę Marię et se ipsum tradidit ..." ³⁾, "... Reginperht tradidit ... se ipsum ..." ⁴⁾, "... se ... donaverunt donatione inter vivos predicto monasterio s. Arbogasti ..." ⁵⁾ oder "trado atque transfundo ... etiam proprium corpus." ⁶⁾

Diese in den Urkunden ⁷⁾ formelhaft auftauchende Wendung "tradidit se ipsum" hat unter dem Stichwort der sog. "Selbstergebung" bzw. "Autotradition" in der Literatur zu einem Meinungsstreit geführt.

-
- 1) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 348 Nr. 403 (817).
 - 2) A.a.O., S. 348 Nr. 404 (818).
 - 3) A.a.O., S. 562 Nr. 668 (845).
 - 4) A.a.O., S. 213 Nr. 230 (806); vgl. auch Trad. Hochstift Freising, Bd. II, S. 557. Nr. 1790. Cod. Df. 30' (c. 1212-1220), wo es sogar heißt: "... nobilis mulier ... tradidit se cum omni posteritate sua"; ähnlich Trad. Hochstift Passau, Bd. IV, S. 101 Nr. 123 (1070-1100).
 - 5) UB. Straßburg, Bd. III, S. 97 Nr. 306 (1294).
 - 6) Trad. Hochstift Freising, Bd. I, S. 88 Nr. 61 (773).
 - 7) Zur "Selbsttradition" an weltliche Große, über deren Vollzug kaum Urkunden ausgestellt wurden, vgl. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 63.

Eine ältere Lehre, als deren Vertreter sowohl Wirtschaftshistoriker ¹⁾ als auch Rechtshistoriker - H. Brunner, R. Schröder, U. Stutz - ²⁾ in Betracht kommen, sieht in der gleichzeitig mit der Vermögensübertragung erfolgten Autotradition eine Veränderung des Standesverhältnisses in der Weise, daß der tradierenden "Gemeinfreie" zu einem "Hörigen" herabsinkt ³⁾. Derartige Vorgänge der "Verknechtung" und "sozialen Depression" seien so zahlreich gewesen, daß der Träger der ganzen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, die breite Masse der Gemeinfreien, im Verlaufe des 9. Jahrhunderts völlig verschwunden sei ⁴⁾. Den Normalstand bildete nicht mehr der Freie, sondern der Hörige ⁵⁾.

-
- 1) Vgl. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 2ff; Bd. II, S. 2, 5.
 - 2) Vgl. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. II, S. 7 i.V. mit den dort angegebenen Anm. 2, 3, 4.
 - 3) Diese "Selbstergebungen und mehr oder weniger gewaltsamen Unterdrückungen" werden als Gründe für die im 7. - 9. Jahrhundert entstehende Grundherrschaft (zum Begriff und Wesen der Grundherrschaft vgl. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 55 ff) herausgestellt. Als Erklärungen führte man an: Schutzbedürfnis gegenüber den Verfolgungen durch die Großen, Flucht aus den drückenden Militärdienstverpflichtungen, die immer untragbarer wurden, je größer das Reichsgebiet wurde, je entfernter also die Grenzen und Kriegsschauplätze waren; dazu kamen bei den Erhebungen an die Kirche religiöse Momente, d.h. der Wunsch, für sein oder eines anderen Seelenheil zu sorgen. Vgl. Lütge, a.a.O., S. 62 f.
 - 4) Vgl. Inama-Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, 2, S. 355, der von einem "durch die Quellentausendfältig bezeugten Prozeß der Zersetzung der altgermanischen Freiheit" spricht.
 - 5) Vgl. Mitteis, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 40/41, wo als Ursache für das Absinken in die Hörigkeit "eine automatisch wirkende fast unmerkliche Gewichts-

Dopsch wendet sich sowohl gegen die behauptete Häufigkeit der "Autotraditionen" und des weiteren gegen die getroffene Inhaltsbewertung dieser Ergebnisse als "Verknechtung".

Durch eine selbst vorgenommene Auszählung der Traditionskodexe von Fulda, Weißenburg und Mondsee tritt er überzeugend Beweis dafür an, daß die Selbstergebungen recht selten waren ¹⁾. Zur Unterstützung dieser Tatsache bezieht er sich auf weitere für St. Gallen, Bayern und Sachsen vorliegende Urkundenuntersuchungen ²⁾, die zu dem gleichen Ergebnis gelangt sind.

Jedoch geben weder Dopsch, noch Lütge, der ebenfalls die These von massenweisen gewaltsamen oder freiwilligen Überführungen in ein grundherrliches Verhältnis ³⁾, die zu "einer Vernichtung" der Gemeinfreien geführt

verlagerung, eine Angleichung nach unten" angegeben ist.

- 1) Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. II, S.7 i.V. mit Anm. 6, 7, 8: In den Fuldaer Traditionen sind unter 655 Nummern bloß zwei, in Weißenburg unter 274 ein Stück und in Mondsee unter 138 nur eine einzige Autotradition zu finden.
- 2) Für St. Gallen bezieht sich Dopsch, a.a.O., S.5 ff und Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd.I, S.307, auf die Untersuchung G. Caros (in Studien z.d.älteren St. Galler Urkunden, Jb. für Schweizer. Geschichte, 26.Bd., 261, sowie Jb. für Nat.-Ökom. und Statistik 76, 492). Für Sachsen beruft er sich auf W. Wittich (Die Frage der Freibauern, ZRG, 22,267), ferner auf eine von Wittich vorgenommene Auszählung der Lorscher Traditionen mit dem Ergebnis von bloß 5 Autotraditionen unter 3650 Stück (Wittich in ZRG,22,342, n. 3) Für Bayern werden Bitterauf (Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte,N.F.4, Einl.LXXX), Fastlinger, Die wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Klöster in der Zeit der Agilulfinger, S.39f und Gutmann, Die soziale Gliederung der Bayern zur Zeit des Volksrechtes,S.242ff,herangezogen.
- 3) Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,S.63.

hat ¹⁾, für unhaltbar hält, Gründe für die Seltenheit der Autotraditionen an.

Was die inhaltliche Bedeutung der "Ergebnisse" anbelangt, so lehnt Dopsch den ihnen generell beigemessenen Charakter einer sozialen Depression ab. Er stellt im Rahmen seiner Untersuchungen dar, daß "Tradidit se ipsum" keineswegs immer eine "Verknechtung" bedeutet ²⁾. Insbesondere sei das nicht der Fall bei denjenigen Autotraditionen - die zudem die überwiegende Mehrzahl ausmachen -, in denen die Tradenten Priester oder Mönche ³⁾ sind oder solche, die es werden wollen, ferner solche Personen, die eine Altersversorgung sich zu sichern trachten, oder endlich Vermögenslose, die sich kommandieren, um damit Lebensunterhalt und Klei-

1) A.a.O., S. 68.

2) Vgl. Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. II, S.9, wo er z.B. anführt, daß "tradidit se ipsum" auch bei dem Eintritt in ein bloßes Zinsverhältnis, z.B. die "Wachszinsigkeit", verwendet wird, wobei mitunter ausdrücklich betont wird: "ut de cetero liberi permeneant."

3) Soweit es sich bei den Tradenten um Kleriker handelt oder solche Personen, die in das geistliche Institut eintraten, befürwortet Dopsch (a.a.O., Bd. II, S. 8) die von Gutmann (F. Gutmann, Soziale Gliederung der Bayern, S. 242 ff) getroffene Differenzierung der Autotraditionen. Gutmann unterscheidet einerseits zwischen der Ergebung eines Freien in das mundiburdium des Klosters, wo der Tradent "Grundholde und damit weltlicher Untertan der kirchlichen Territorialherrschaft wird" (vgl. Gutmann, a.a.O., S. 243), und andererseits einer bloßen Aufnahme als aktives Glied in die geistliche Organisation. Den ersten Fall spricht er als reine, den letzten als symbolische (Gutmann, a.a.O., S. 242) Autotradition an. Symbolisch sei die Ergebung des sich unter die disziplinäre Ordnungsgewalt der Kirche stellenden Klerikers, weil Priester und Mönche ja frei sein sollten und sie ja auch ihren sozialen Rang nicht vererbten. Vgl. auch hierzu Reicke,

dung zu gewinnen ¹⁾. Diese Urkunden seien nicht geeignet, um daraus einen sozialen Prozeß herzuleiten, der eine Veränderung des Standesverhältnisses vom Freien zum Hörigen zum Inhalt hat.

Dopsch hat zwar bereits mit seinen Ausführungen den richtigen gedanklichen Ansatzpunkt gefunden, hat aber nicht mit der nötigen Konsequenz die einmal eingeschlagene Richtung fortgeführt.

So genügt es zum einen, für die von ihm ausgesonderten Akte der aus verschiedenen Motiven erfolgten Klostereintritte nicht, allein ²⁾ auf Grund der damit verbundenen Lebensunterhalterlangung eine Veränderung des Standesverhältnisses abzulehnen. Die Tatsache, daß jemand Versorgungsleistungen empfängt, ist weder spezifisches "Freiheitsmerkmal", noch schließt sie etwaige

Spital, Bd. II, S. 191 Anm. 2 S. 190, der sich gegen die Unterscheidung "reine - symbolische Autotradition wendet, da sich beide Formen nach dem Wortlaut der Traditionsurkunden nur selten streng auseinander halten lassen."

- 1) Vgl. Dopsch, a.a.O., Bd. I, S. 307, 334; Bd. II, S. 9, 10 f, 362 f; ferner stützt Dopsch sich zum einen auf Pastlinger (in: Wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Klöster, S. 40), der auf die geringe Anzahl der Freisinger Autotraditionen (17) hinweist und betont, daß es sich dabei "meistens um die Gegenleistung lebenslänglicher Versorgung seitens des Klosters gehandelt habe", so daß diese Ergebnisse tatsächlich nicht das beweisen, was man früher daraus hat entnehmen wollen.

Zum anderen beruft er sich auf Bitterauf (in: Quellen und Erörterungen zur bayerischen und deutschen Geschichte N. F. 4. Einl. S. LXXX), der allerdings vorsichtiger formuliert: "Die Kommendation, die Ergebung in den Schutz eines Herrn, begründete an und für sich noch keine Veränderung des Standesverhältnisses."

- 2) So aber Dopsch, a.a.O., Bd. I, S. 307, 334; Bd. II, S. 9, 10 f, 362 f.

Freiheitsbeschränkungen aus.

Die entscheidende gedankliche Anknüpfung ist, wie er an anderer Stelle richtig erkennt, schon bei der Auslegung der Formel "tradidit se ipsum" anzusetzen. Jedoch bedarf die Überlegung, daß "tradidit se ipsum" keineswegs Verknechtung bedeutet", einer Ergänzung dahingehend, daß für die Annahme etwaiger mehr oder weniger gravierender Freiheitsbeschränkungen zu dem "tradidit se ipsum" weitere daraufhindeutende Belegstellen hinzukommen müssen, damit überhaupt eine sinnvolle textkritische Bewertung vorliegt.

Fehlen aber derartige Ansatzpunkte, so läßt sich an Hand der Traditionsurkunde allein keine Aussage treffen, ob und inwieweit durch die Selbstergebung Veränderungen an Art und Maß der Freiheit ausgelöst werden.

Schließlich ist noch klarzustellen, daß mit Heranziehung von modern-schematischen Begriffen wie "Freie" und "Hörige" ohne Unterstützung durch Quellenbelege eine Erfassung der tatsächlichen Gegebenheiten nicht möglich wird.

Unbestreitbar bestanden zwar im Mittelalter mannigfaltige soziale Abhängigkeitsverhältnisse in den verschiedensten Schattierungen, die gerade zu den vielfachen Systematisierungsversuchen geführt haben. So pressen die herkömmlichen Abhandlungen die verschiedensten Arten von Abhängigkeit in Schemata bestimmter Ständeordnungen, indem mehrfache Gruppen von Unfreien, Minderfreien (Liten, Hörige) und Freien gebildet werden ¹⁾. Durch die Beschränkung auf die Suche nach einem geschlossenen rationalen System abgestufter Freiheitsformen kann man jedoch nicht der Wirklichkeit eines so schillernden Begriffes wie dem der mittelalterlichen "Freiheit" in seinen unzähligen Varianten bis hin zur "Unfreiheit" gerecht werden.

Zusammenfassend läßt sich also festhalten, daß aus dem dargestellten Meinungsstreit bezüglich der "Auto-

1) Vgl. ferner Mitteis, Deutsche Rechtsgeschichte, S. 40 ff, 132 ff, ferner das auf S. 37 und 131 zahlreich zitierte Schrifttum.

traditionen" sich kein wesentlich die vorliegende Untersuchung fördernder Beitrag gewinnen läßt.

Auch die Heranziehung des Decretum Gratiani und bedeutender Decretisten hilft zur Klärung der Problematik der urkundlichen "Tradidit se ipsum"-Formel nicht weiter.

Zwar findet sich sowohl in der C. XVII, qu. 3, als auch in C. XIX qu. 3 c. 8 die Wendung "... se et sua monasterio tradidisse" bzw. ¹⁾ "... qui monasterium ingressi se et sua tradiderunt." ²⁾

Jedoch beschäftigen sich die zitierten Ausführungen zum einen nur mit der Frage, ob eine Person, die sich und ihr Vermögen tradiert hat, diesen Vorgang mit der Erlaubnis des Abtes wieder rückgängig machen kann, und zum anderen, ob die ins Kloster Eingetretenen das einmal Tradierte nochmals einem anderen übertragen können.

Gleichermaßen findet sich weder in der Glossa ordinaria ³⁾, noch in den Summen des Rufinus ⁴⁾, des Stephanus Tornacensis ⁵⁾, des Rolandus ⁶⁾, des Paucapa-

1) Vgl. Gratian, Decreti secunda pars C. XVII qu. 3 (a.a.O., S. 811).

2) A.a.O., C. XIX qu. 3 c. 8 (S. 842).

3) Vgl. Glossa ordinaria zum Decret, Lugduni 1554, C. XIX qu. 3 c. 8; Die Glossa ordinaria stammt von Johannes Teutonicus und ist kurz nach 1215 entstanden. Siehe hierzu Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, S. 280.

4) Vgl. Rufinus von Bologna (magister Rufinus), Summa Decretorum, (herausgegeben von Heinrich Singer, Paderborn 1963) C. XVII qu. 3 und C. XIX qu. 3 c. 8. Diese Summe wurde kurz vor 1159 verfaßt, siehe Feine, a.a.O., S. 279.

5) Vgl. die Summa des Stephanus Tornacensis über das Decretum Gratiani (Herausgegeben von Dr. Joh. Friedrich von Schulte, Gießen 1891) C. XVII qu. 3 und C. XIX qu. 3 c. 8; die Summe wurde um 1160 verfaßt und fußt auf Roland und Rufinus, siehe Feine, a.a.O., S. 280.

lea ¹⁾, und schließlich auch nicht in der Summa Parisiensis ²⁾ jeweils zu C. XVII qu. 3 und zu C. XIX qu. 3 c. 8 eine Erörterung der "Selbstergebung". Die Formulierung, daß man dem Kloster "se et sua" tradiert, wird in sämtlichen Texten verwendet, aber auch nicht ansatzweise inhaltlich bewertet oder erläutert.

Somit bleibt die Erfassung der mit der Vermögensübertragung einhergehenden sog. "Autotradition" allein auf die aus dem Urkundenmaterial entnehmbaren Aussagen angewiesen.

Die Tatsache nun, daß jemand "sich übergibt", ist jedoch viel zu allgemein, als daß sie besondere Rückschlüsse, wie etwa auf einen bestimmten Unterwerfungsakt oder Aufgabe der persönlichen Freiheiten, erlauben würde.

Ein solches Ergebnis aber ist insofern unbefriedigend, als gerade dieser typische Urkundenteil "tradidit se ipsum" immer wieder formelhaft gebraucht wird und eine derartige Formel auch nicht ohne konkreten Anlaß entsteht.

Hier kann nur die Frage nach dem mutmaßlichen Zweck der "Selbstergebung" nach der Gesinnung des Sich-Ergebenden weiterhelfen.

6) Vgl. Summa magistri Rolandi (Herausgegeben von Friedrich Thaner, Aalen 1962), C. XVII qu. 3 und C. XIX qu. 3 c. 8; diese Summe ist die älteste nach der des Faucapalea und wurde vor 1148 verfaßt, siehe Feine, a.a.O., S. 279.

1) Vgl. Faucapalea, Summa über das Decretum Gratiani (Herausgegeben von Joh. Friedrich v. Schulte, Aalen 1965) C. XVII qu. 3 und C. XIX qu. 3 c. 8; mit der Verfassung dieser Summe wurde 1145-1148 begonnen, siehe Feine, a.a.O., S. 279.

2) Vgl. The Summa Parisiensis on the Decretum Gratiani (edited by Terence P. Mc. Laughlin, Toronto, Canada 1952) C. XVII qu. 3 und C. XIX qu. 3 c. 8; die Summe stammt aus der 2. Hälfte des 12. Jahrhunderts, siehe Feine, a.a.O., S. 306.

Insoweit sind schon hier - in Ausnahme zu der eingangs ¹⁾ aufgestellten Verweisung der Motivationserörterung auf einen späteren Zeitpunkt - aus Verständnisgründen die Beweggründe des Tradierenden wenigstens anzudeuten ²⁾.

Die Übergabe der Person läßt sich gewissermaßen als Steigerung der im 9. Jahrhundert üblichen "Seelenheilsgabung" verstehen. Durch die fromme Hingabe nicht nur des ganzen Vermögens, sondern auch noch des "Ichs" an Gott, erwartet sich der Tradierende dafür die spätere himmlische Belohnung und das ewige Seelenheil.

Nach seiner Vorstellung wird dieser himmlische Lohn ihm um so sicherer sein, je mehr er dafür hingibt, und sei es auch eine völlige Aufgabe von "allen" im Sinne eines magischen Opfers der Person.

Diese fromme Hingabe, gleichsam ein Ritus im Rahmen einer Sacralordnung, erfolgt an die Kirche, da sie als Vermittlerin dazu berufen ist, den himmlischen Lohn zu verwalten.

Im folgenden soll nun der Urkundenteil dargestellt werden, der bei den mit der Personentradition einhergehenden Vermögenstraditionen von dem Inhalt und Umfang dieser "Vermögensleistung" handelt.

Mit verschiedenartigen Formulierungen wird die Leistung des Tradenten umschrieben. So erfolgt beispielsweise die Übertragung all dessen, was der Vergabende besitzt, insbesondere jegliches Vermögen, das er mittels Erbschaft zu Eigen erhalten hat, wobei nichts ausgenommen sein soll: "... tradidit se ipsum ... cum omnibus quae habuit vel quodcumque pater eius Saxo ei in propriam hereditatem dereliquit, nihil enim pretermisit cum omni integritate, quae habuit et hanc quod iuste et legitime ad fratres conquiri debuit, cum se ipso domui ... tradidit et firmiter confirmavit in

1) Siehe oben S. 35

2) Siehe die ausführlichen Darlegungen hierzu im 3. Kapitel.

praesenti. Tres manicipios tradidit quorum nomina:
... Haec sunt testes ..." ¹⁾ oder "... Ego Otperht et
frater meus Reginperht tradidimus nostram hereditatem
quod partivimus cum filiis nostris nostram partem tra-
didimus pro redemptione animarum nostrarum, ut in
quantitate apud pio domino possimus veniam mereamur
accipere ..." ²⁾.

Wieder andere Leistungen bestehen ebenfalls in einem
bereits ererbten Vermögen, das aber durch genaue Auf-
zählung der Güter wie etwa Hof, Haus, sonstige Gebäude,
Großvieh, Schafe, Schweine, Gesinde, Wiesen, Weiden etc.
spezifiziert wird: "se ipsum tradidit ... Quicquid ipso
die propriae hereditatis se habere videbatur totum ex
integro domui sanctae Marie tradidit et firmiter con-
donavit, hoc est curtem medium et domum medium cum
alia edificia tota media cum armentis ovibus porcis,
unum servum, iurnales XII, de pratis quasi carradas
XXX-ta. Haec omnia ego Perahart feci, ut victum et
vestimentum in hac domo habuissem et si minus exinde
quam necessitas mihi esset, in meo proprio ad vitam
meam hoc conquirere mihi licuisset. Hec sunt testes
..." ³⁾ oder ähnlich: "... ut in quantitatem apud pio
domino veniam merear accipere...rem propriam quam geni-
tor meus in hereditatem mihi reliquid ... trado atque
transfundo ... aedificias curtes mancipias pecodes
territorium pratas pascua vel quicquid possidere vide-
bar non tantum opes, sed etiam proprium copus ..." ⁴⁾.

Schließlich sei noch eine besonders interessante
zeitlich viel später liegende (1294) Laienverpfün-
dung erwähnt. Die Leistung der Eintretenden erfährt
hier keine konkrete Beschreibung, sondern ist in mo-
dern anmutender Weise völlig abstrakt gefaßt: "...
Eckehardus, filius Wernheri dicti Furste de Argentina,
et Nicholaus, filius ejus, in remedium animarum suarum

1) Trad. Hochstift Passau, Bd.I, S.348 Nr. 403 (817).

2) A.a.O., S. 213 Nr. 230 (806).

3) Trad. Hochstift Passau, Bd.I, S. 348 Nr. 404 (818);
siehe auch a.a.O., S. 562 Nr. 668 (845).

4) Trad. Hochstift Freising, Bd. I, S.88 Nr.61 (773).

se et omnia bona sua mobilia et immobilia necnon omnes actiones tam reales quam personales etc. ... donaverunt predicto monasterio ... dummodo ipsis de victu et vestitu respondeatur ..." ¹⁾

Nur hilfsweise sei bereits hier ein, die Quellenuntersuchung noch nicht erschöpfendes Zwischenergebnis für die dargestellte "Leistungsmodalität" festgehalten.

Zum einen wurde mittels der Formel "tradidit se ipsum" die Person hingegeben, zum anderen wurde das gesamte - "cum omnibus ... quae habuit", "totum" etc. - Vermögen eingebracht.

Was jedoch den die Vermögensübertragung betreffenden Urkundenteil anbelangt, so bedarf es insoweit einer tiefergehenden Auseinandersetzung mit dem Quellentext. Diese Analyse soll jedoch erst nach erfolgter Darstellung der Fälle vorgenommen werden, in denen der Pfründerwerber lediglich ohne zugleich "sich zu tradieren", ebenfalls seinen ganzen Vermögenskomplex überträgt.

Auf diese Weise wird für die Übertragung des gesamten Vermögens - gerade dieser Akt ist ja sowohl den Personen- und Vermögenstraditionen als auch den bloßen Vermögenstraditionen gemeinsam - eine breitere Streuung der Anwendungsbeispiele erzielt. Das dann an Hand eines umfassenderen Quellenmaterials - zumal die ohne Selbstergebung vorkommenden Vermögenstraditionsquellen reichlicher fließen - gewonnene Ergebnis gewährleistet unter weitgehender Zufallsausschaltung einen größeren Sicherheitsfaktor für seine "Echtheit". Die so ermittelten Kriterien für Inhalt und Umfang dieser Leistung können eher das Merkmal sog. Maßgeblichkeit und Gültigkeit für sich in Anspruch nehmen.

Das "Leistungsbild" der Nur-Vermögenstradition zeigt nun tatsächlich weitgehende Ähnlichkeiten mit den Traditionen, die als Zusatz noch eine Autotradition enthalten und gewinnt somit Bestätigungs- und Verdeutlichungscharakter.

Auch hier werden nämlich zum Teil Formulierungen ge-

1) UB. Straßburg, Bd. III, S. 97 Nr. 306 (1294).

wählt, die die Vermögensübertragung unspezifiziert generell erfassen:

"Tradidit namque eadem Sigiza ... proprietatem qualem habuit in vicino urbis Patauiensis in monte videlicet qui adiacet villę Scilddorf nuncupatę: et tria mancipia eo scilicet tenore, ut talem prebendam ex fratribus pertinentia quoad viveret haberet qualis uni ex fratribus ..." ¹⁾ oder "... Megiuperthus tradidit ... quicquid in eodem supradicto loco de propria hereditate habuit, hoc est inprimis suam partem, deinde patris vel matris illius, has tres partes tradidit ad domum sanctę Marię ..." ²⁾ oder "... mulier nomine Livcardis de Scheftaltingen proprietatem quam in predicta villa hereditarie possedit ... pro remedio anime sue atque omnium parentum suorum ... delegavit ..." ³⁾.

Der Großteil der Übertragungen enthält jedoch genaueste Aufzählungen ⁴⁾ all dessen, woraus sich das Vermögen zusammensetzt:

"... ego igitur Strutolf propriam hereditatem meam trado et transfundo cum domo cum curte cum horreo cum mancipiis et pecoribus cum terris cultis et incultis cum pratis cum campis vel omnia quicquid in ipso loco possessio mea videtur ... contra victum et vestimentum meum usque in vitam meam pro hac traditionem ..." ⁵⁾ oder "tradidimus ... territorium ... ex integro cum pratis et pascuis cum silvis et aquarum decursibus cum curtis et edificiis et universa uten-

-
- 1) Trad. Hochstift Passau, Bd. VI, S. 83 Nr. 95 (1013-1045); vgl. auch a.a.O., S. 64 Nr. 77 (821).
 - 2) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 212 Nr. 229 (806).
 - 3) Trad. Hochstift Freising, Bd. II, S. 573 Nr. 1809 b Cod. D f. 49' (1254); vgl. auch Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 545 Nr. 643 (842); UB. Straßburg, Bd. III, S. 90 Nr. 283 (1292); UB. St. Gallen, Bd. I, S. 70 Nr. 72 (774).
 - 4) Vgl. für Wilten, Lentze, Herrenpfründen, S. 164, wo die Einzelaufzählung den Regelfall bildet.
 - 5) Trad. Hochstift Passau, Bd. VI, S. 64 Nr. 76 (821).

silia ..." 1).

Die Analyse des nunmehr vorliegenden Quellenmaterials ergibt darüber hinaus, daß das ganze meist in einer Liegenschaft bestehende Vermögen tradiert wird, einige bemerkenswerte gemeinsame Besonderheiten, die im folgenden erörtert werden sollen.

Zum einen fällt bei Durchsicht der Urkunden auf, daß das Vermögen, das übertragen wird, meistens mit "hereditas" angesprochen wird.

Die Tatsache also, daß die Herkunft des Vermögens in dieser Weise bezeichnet wird, führt zu der Frage, auf Grund welcher Gegebenheiten diese Erwähnung für notwendig erachtet wurde.

Eine Meinung versucht, dieses Problem mit "dem aus dem vormittelalterlichen teilweise bis ins Mittelalter hineinreichenden Eigentumsbegriff" zu erklären, der so ausgestaltet sei, daß "das Recht an der Sache mit dem Sachkörper identifiziert, zusammengedacht wurde." 2) Infolgedessen habe "der Sprachgebrauch für das Herrschaftsrecht an verschiedenen Sachgattungen ... besondere Namen, die von vornherein einen ungleichen Rechtsinhalt verkündeten, gebildet. Das Herrschaftsrecht an einer Liegenschaft nannte man gleich seinem Gegenstand ... bei ererbtem Gute auch "erbe", "hereditas" oder "eigen und erbe". 3)

Eine derartige Lösung, die ohne den geringsten Vorbehalt ein mittelalterliches Institut mit rein modernrechtlichen Begriffen darzustellen versucht, ist jedoch nicht ganz befriedigend.

Beispielsweise kennt das mittelalterliche Privatrecht gar kein "Eigentum" im Sinne des neuzeitlichen Rechts, es wird vielmehr das sog. "Eigen" nach den aus der

1) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 105 Nr. 84 (777); vgl. auch a.a.O., S. 543 Nr. 639 (841), S. 543/544 Nr. 640 (841).

2) Vgl. Gierke, Deutsches Privatrecht ², Bd. II, S. 349 f; Hübner, Grundzüge ², S. 146.

3) Gierke, Deutsches Privatrecht ², Bd. II, S. 350.

Sache fließenden Nutzungen und nach der Nutzbarkeit auch rechtlich beurteilt. Auch die "Sachherrschaft", die doch das Wesen des modernen Eigentums begründet, und ohne die der moderne Privatrechtler bei der Beschreibung des Eigentums nicht auskommt, hat für die Qualifizierung des Grundvermögens als Eigen noch keine Bedeutung. Sie kann sogar fehlen, ohne daß dadurch nach den Vorstellungen der Parteien das Wesen des Eigentums berührt zu werden braucht. Genauso wenig wird das Eigen des alten Rechts als absolutes gegen jedermann wirkendes "Herrschaftsrecht" verstanden, sondern ist in seinem Bestand relativiert durch die Berechtigung der Vorbesitzer ¹⁾.

Wenn trotz dieser anderen Qualität des alten Rechts eine rein gedankliche Konstruktion verwendet wird, die von einem "Zusammendenken" ²⁾ von Recht und Sache spricht - der Wirklichkeit schon näher käme der umgekehrte Hinweis darauf, daß nämlich gedanklich nicht "getrennt" wurde -, so kann damit vielleicht indirekt auf ein andersartiges Rechtsbewußtsein hingedeutet werden. Darüber hinaus wird jedoch nicht zum eigentlichen Verständnis dieses Rechtsbewußtseins beigetragen.

Eine Erklärung für die übliche Mitteilung der Urkunden, daß das veräußerte Grundvermögen Erbgut sei, findet sich schließlich dennoch, wenn auch unter einem anderen Gesichtspunkt.

Das meiste Grundvermögen befindet sich - sogar noch im hohen Mittelalter - seit unvordenklicher Zeit in familienrechtlicher Bindung und wird nun von den Veräußerern so übertragen, wie es ihnen "zugefallen" ist, nämlich von den Vorfahren ³⁾.

Die ursprüngliche Bindung des Bodens an die fest geschlossene überzeitliche Familienkette erfährt ja gerade hier in den Traditionen an die Kirche erste Lok-

1) Vgl. zu den vorliegenden Ausführungen Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 140.

2) So Gierke und Hübner, a.a.O.

3) Vgl. Hattenhauer, a.a.O., S. 94.

kerungen 1).

Diese einzige Form der Grundstücksverfügung, die in fränkischer Zeit in das deutsche Recht eindringt, hat sich in ihren Anfängen mit dem Vorwurf der Widerrechtlichkeit auseinanderzusetzen. Das Hauptproblem für die an der Traditio beteiligten Parteien, insbesondere die Erwerberseite, ist die Sicherung des Bestandes der Verfügung für alle Zeiten gegen die Angriffe derjenigen, die die Zulässigkeit der Verfügung bestreiten 2).

Die Erwerberseite erhält - wie bereits oben erwähnt - mit dem "Eigen" kein absolut wirkendes Recht, das unmittelbare Verteidigungsrechte und Ansprüche gegen jedermann gewährt. Es ist vielmehr dadurch in seinem Bestand in Frage gestellt, daß es von dritter Seite "angesprochen" werden kann und kann sich gegen solche Angriffe nur wehren und als rechtmäßig behaupten, indem es seine rechtmäßige Herkunft nachweist 3). Daher ist gerade die Erwerberseite an der "Herkunfts-klausel" 4), an der urkundlichen Manifestierung, daß das Grundvermögen Familienerbe ist, interessiert. Es ist der drohende Prozeß, die Furcht vor dem Verlust des Erworbenen, die so sehr das Interesse an der Qualifizierung als Erbgut ausgelöst hat.

So also wird die ausdrückliche Vermögensbezeichnung als "hereditas" aus einem unmittelbar in der Rechtspraxis bestehenden Bedürfnis heraus verständlich, nämlich aus der noch unsicheren Stellung des Klosters heraus, aus seiner Sorge um den Bestand der Verfügung.

Eine weitere bereits oben schon festgestellte Besonderheit der Quellen ist die genaue Aufzählung all dessen was in dem Vermögenskomplex einbegriffen ist.

Zwar wird teilweise das übertragene Vermögen generell mit "quicquid de propria hereditate", "res propria",

1) Vgl. Hattenhauer, a.a.O., S. 2, 4, 9 f.

2) Hattenhauer, a.a.O., S. 6.

3) Hattenhauer, a.a.O., S. 140 f.

4) Zur Herkunfts-klausel vgl. ausführlich Hattenhauer, a.a.O., S. 94, 95.

oder "proprietas" ohne weitere Aufschlüsselung bezeichnet, jedoch bleibt dies die Ausnahme. Den Regelfall bildet eine unermüdliche Umschreibung, daß das Vermögen sich zusammensetzt aus: "Haus, Hof, sonstige Gebäude, Großvieh, Schafe, Schweine, Gesinde, bebautes und unbebautes Land, Wiesen, Felder, Wälder, Wasserläufe etc."

Man könnte nun bei oberflächlicher Betrachtungsweise zu dem Ergebnis gelangen, daß diese genauen Aufgliederungen - im Gegensatz zu einer generellen Erwähnung "all dessen, was der Tradierende hat" - als detaillierte Vermögenskonkretisierungen zu verstehen seien, Umschreibungen also, denen es noch am entsprechenden Abstraktionsvermögen fehlt.

Unterzieht man jedoch diese Passagen einer kritischeren Analyse, so ist Hattenhauer zuzustimmen, der - der gleichen Problemstellung gegenüberstehend - genau zum gegenteiligen Schluß kommt.

Die Grundlage seiner Überlegungen bildet ebenfalls die Tatsache, daß bei Veräußerung größerer Vermögenskomplexe in nahezu endlosen Wendungen und umfangreichsten Aufzählungen alles umschrieben wird, was nur irgendwie zu einem Grundstück oder Grundvermögenskomplex gehören kann ¹⁾.

Zu Recht beobachtet er, daß "die Urkundenschreiber nicht müde werden mit ihren Aufzählungen und in dem Eifer, alles zu nennen, was nur irgend erdenkbar ist, und das Grundstück mit seinem Zubehör unter allen Gesichtspunkten zu beschreiben, die für Grundvermögen überhaupt in Frage kommen können". ²⁾

Diesen endlosen Wendungen - die er schlagwortartig als "Zubehör- bzw. Pertinenzformeln" bezeichnet ³⁾ - mißt er jedoch einen typisierenden generalklauselhafte Charakter bei, ja er spricht sogar von einem "ho-

1) Siehe Hattenhauer, a.a.O., S. 95 f.

2) A.a.O., S. 96.

3) A.a.O., S. 95.

nen Grad der Abstraktion" ¹⁾.

Bei aufmerksamem Lesen der urkundlichen Formulierungen bestätigt sich tatsächlich deren Qualifizierung als abstrakt.

Die Urkundenschreiber nennen nämlich keine besonderen Eigenschaften oder spezielle Grundstücksbestandteile oder Zubehör, die das Grundvermögen als individuelles kennzeichnen. Die Umschreibungen, die vielmehr von "Gebäuden, Wiesen, Feldern, Wäldern, Gesinde" etc. schlechthin sprechen, sind so allgemein und umfassend, daß damit nicht ein Einzelfall konkretisiert wird, sondern sich hierunter grundsätzlich jeder Fall einer Grundstücksverfügung subsumieren läßt. So bleibt die Zubehörformel "vom Einzelfall losgelöst und orientiert sich an einem gedachten Idealfall ... ohne zu prüfen, ob die verschiedenen Elemente der Formel auch in concreto gegeben sind" ²⁾.

Die endgültige Beantwortung der Frage nach den historischen Ursachen der Pertinenzformeln läßt Hattenhauer allerdings offen ³⁾.

1) Vgl. a.a.O., S. 96. Diesen hohen Abstraktionsgrad führt er auf das hohe Alter der Pertinenzformeln zurück, die so alt wie die Grundstücksverfügung selbst seien. Hierzu zitiert er in Anm. 206 zu S. 96 ein besonders interessantes frühes Exemplar (ca. AD 600) aus Ravenna (bei J. - O. Tjäder. Die nichtliterarischen lateinischen Papyri Italiens aus der Zeit 445-700, Bd. I, Lund 1955, P. 20., S. 346): "finibus, terminis, campis, pratis, pascuis, silvis, salectis, sationalibus, vineis, arbustis, arboribus, pomiferis, fructiferis et infructiferis, diversisque generibus, rivis, fontibus, aquis perennis, liminibus limitibusque suis omnibus omnique iure proprietateque eius ...".

2) Hattenhauer, a.a.O., S. 96.

3) Vgl. a.a.O., S. 97, wo Hattenhauer ausführt, daß "hier Endgültiges erst gesagt werden kann, wenn die Geschichte der Formel einmal geschrieben wird", er also die Erforschung der eigentlichen Ursachen auf die noch fehlende monographische Untersuchung der Pertinenzformeln verweist.

Dennoch ist seine in der Form einer lediglichen Mutmaßung dargestellte Erklärung für das Entstehen der Zubehörformeln von der Argumentation her überzeugend.

Er geht auch hier wiederum von dem Gedanken aus, daß in dem Zeitpunkt, in dem man die Verfügung entdeckte, in der Rechtsordnung Zweifel an der Zulässigkeit der Grundstücksverfügung überhaupt bestanden. Erst recht habe diese Rechtsordnung dann in Unsicherheit geraten müssen, wenn es um die Frage geht, was alles zum Grundstück gehört und demzufolge von der Verfügung erfaßt wird, welche Rechtswirkungen die Verfügung im einzelnen hat. "So können die langen Aufzählungen ... entstanden sein, mit denen ... gesagt wird, daß der Veräußerer nun nicht eines Tages auf das Gut zurückkehren und Anspruch auf einzelne Nutzungsformen des Gutes mit der Behauptung erheben darf, diese seien nicht Gegenstand der Verfügung gewesen." ¹⁾

Im Ergebnis läßt sich also die "Zubehörformel", wie auch schon die "Herkunftsklausel", aus der Sorge um den Bestand der Verfügung erklären.

Besonders auffällig sind schließlich in den Urkunden Zusätze aufgenommen, die trotz vorangegangener Übertragung des gesamten Vermögens, trotz der ausführlichen Aufzählungen nochmals ausdrücklich betonen, daß nichts von der Übertragung ausgeschlossen ist: "nihil enim pretermisit" oder es wird sogar all das miteinbezogen, was der Tradent noch möglicherweise, eventuell gar ohne eigenes positives Wissen, besitzt: "vel quicquid possidere videbar".

Gerade diese Zusätze zeigen besonders deutlich ein Bemühen, auch das noch zu erwähnen, was man nicht bedacht haben könnte, damit nichts, was nur irgendwie in Beziehung zum tradierten "Gegenstand" an Vermögenswerten vorhanden ist, vergessen wird. In diesen geradezu übertriebenen Vorsichtsmaßnahmen treten Zweifel und Ungewißheit darüber zu Tage, was alles zum Grundstück gehört, eine Unsicherheit der Parteien in der Beurteilung nach der juristischen Tragweite der Verfügung und nicht zuletzt auch ein anklingendes Mißtrauen der Er-

1) A.a.O., S. 98.

werberseite, der Tradierende könne sich heimlich etwas zurückbehalten oder gar zu einem späteren Zeitpunkt etwas zurückverlangen.

Auch diese nicht von Hattenhauer behandelten "Sicherheits-" oder besser "Unsicherheitsklauseln" lassen sich ebenfalls mit der Hattenhauer'schen Quintessenz¹⁾ sinnvoll deuten; nämlich dem Bestreben um die Sicherung und Legitimierung des Bestandes der Verfügungen.

Zur Vervollständigung des "Leistungsbildes" von der Gesamt-Vermögensübertragung sollen abschließend noch einige wenige Fälle zitiert werden, in denen ausnahmsweise ausdrücklich auch künftiges Vermögen übertragen wird, und die in dem bereits dargestellten Urkundenmaterial aus Übersichtsgründen ausgeklammert wurden.

So heißt es etwa: "... propria hereditatem suam tradidit ... quicquid ipso die possideri videbatur vel quod deinceps adquireret totum et integrum tradidit ... hoc est curtem cum domo mancipiis terris pratis pascuis silvis aquis aquarumve decursibus mobile et immobile, nihil pretermisit ..."²⁾ oder "zusamt annder meiner hab und guetter liegender, varenden und in zeit meines lebens künftig gewarttender erbfall"³⁾ oder "...tradidit ... quicquid iure ipso die proprietatis habere videbatur; totum et integrum tam de acquisitis quam de adquirendis tradidit ... nihilque pretermisit ..." ⁴⁾.

Die besondere Erwähnung des künftigen Vermögens in diesen Fundstellen legt den Schluß nahe, daß diejenigen Quellen, die über künftiges Vermögen schweigen

-
- 1) Vgl. a.a.O., S. 139, wo er sogar pauschalisierend feststellt: "... Alles ist hier darauf angelegt, der Sicherung und Legitimierung des Bestandes der Verfügungen zu dienen. Alles was sich uns an Formelwesen und Rechtsgrundsätzen in den Quellen zeigt, lebt von diesem Zweck."
- 2) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 543 Nr. 639 (841).
- 3) Lentze, Herrenpfründen, S. 164 Anm. 16 (1504).
- 4) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 545 Nr. 643 (842).

oder ausdrücklich ¹⁾ von der Übertragung des lediglich "ipso die" vorhandenen Vermögens sprechen, zukünftiges Vermögen nicht berücksichtigen.

Aus der urkundlichen Gegenüberstellung ergibt sich also, daß die Quellen durchaus bewußt zwischen schon erworbenen und später zu erwerbendem "Eigentum" differenzieren ²⁾.

Zusammenfassend läßt sich nunmehr für Umfang und Inhalt der bisher untersuchten "Leistungen" folgendes Ergebnis festhalten:

Was den Umfang anbelangt, so wird das ganze Vermögen des Pfründerwerbers voll in das Vermögen des Klosters eingefügt, der ins Kloster Eintretende tradiert "alles", was er hat.

Zur inhaltlichen Erfassung genügt es allerdings nicht, sich auf die Feststellung zu beschränken, daß den Kern des Vermögens das Grundvermögen mit dem zu seiner Bewirtschaftung dienenden Zubehör bildete.

Zu sehr würde auf diese Weise bei dem modernen Leser die Vorstellung erweckt, ein Grundstück sei wie heute der Inbegriff einer Sache. Um der mittelalterlichen Wirklichkeit gerechter zu werden, bedarf es der Klarstellung, daß das Grundstück hier noch nicht so stark Objekt geworden ist, daß es als eine Sache "an sich" betrachtet werden könnte. Wein, es ist nur faßbar in seiner besonderen Qualifikation als Familienerbe, geprägt durch die personalen Bindungen an die Vorbesitzer, Bindungen, die es in seinem Wesen so sehr bestimmen, daß es über dieser familienrechtlichen Bestimm-

1) Vgl. z.B. Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S.348 Nr. 404 (818).

2) Auf Grund der Quellenbelege ist insofern Schönfeld (vgl. W. Schönfeld, Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, S. 271) zu widersprechen, der davon ausgeht, daß im Mittelalter noch nicht zwischen gegenwärtigem und zukünftigem "Eigentum" unterschieden wurde, sondern vielmehr für beide Varianten nur ein Begriff zur Verfügung stand.

heit noch nicht gelingt, bis zum abstrakten Begriff des Grundstücks als einer unbeweglichen Sache vorzudringen.

Über die Zulässigkeit dieser "Herauslösungen" aus der Familienkette und erst recht darüber, was alles davon erfaßt wird, bestehen noch Zweifel und Ungewißheit.

Diese Unsicherheit findet in den Urkunden in verschiedenen Formeln ihren Niederschlag, die sich nicht als totes Beiwerk abtun lassen. Es werden vielmehr mit deren sorgfältiger Pflege Wege gesucht, den Ausbruch aus der rechtlichen und gedanklichen Verflechtung zu legitimieren.

Außer den schon dargestellten Quellen finden sich in dem Urkundenmaterial Fälle, in denen nicht wie bisher das gesamte Vermögen übertragen wird. Es wird vielmehr ein dem Umfang nach beschränktes Vermögen oder einzelne Gegenstände in das Klostervermögen eingebracht. Diese abgewandelte "Leistungsart" soll wiederum an Hand der Quellenaussagen erörtert werden.

So erfolgt beispielsweise in bekannter Weise die Tradition des gesamten Vermögens, von dem aber dann gewisse Gegenstände ausgenommen werden:

"... cogitavi pro remedio anime meae et parentum meorum; propterea tradidi ... totam rem meam quam habui in loco quę dicitur Zornkelfinga terris cultis et incultis pratis pascuis silvis aquis et nihil extramisi praeter III agros" ¹⁾ oder "tradidit ... quicquid habuit in loco nominato ad Lozespach preter iugere decem et cinctadam unam et de pratis aliquantos sinus; aliud quicquid habuit cum omni integritate firmiter tradidit ..., hoc sunt nancia ista ... curtem cum domo cum aliis aedificiis et cum omnibus ad hec pertinentibus" ²⁾.

Eine andere urkundliche Formulierung läßt sofort und eindeutig erkennen, daß nicht in toto übertragen wird: "... quia quidam vir nobilis nomine Adalker ... cogi-

1) Trad. Hochstift Passau, Bd.I, S.266 Nr.308 (813).

2) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S.562 Nr.668 (845).

tavitque pro remedio animę sue et tradidit ~~partem~~ proprietatis sue quod habuit ad Urdorf, hoc sunt curtem cum domo cum aliis aedificiis et de terra arabili iugera XXXVI et de pratis carradas XL et duas partes silve sue et mancipia V his nominibus ... Haec omnia supra enumerata firmiter tradidit ... ea ratione firma donatione, ut ... prebendam suam habuisset ..." 1).

Auffallend ist hier die ausdrückliche Betonung, daß es sich um einen "Teil" des Vermögens handelt. Diese getroffene Beschränkung hat nun offensichtlich zwingend dazu geführt, die teilweise noch anklingende "Zubehör-Generalklausel" zu konkretisieren, den Teil als Individualteil zu kennzeichnen. Der Gebrauch der allgemeinen Wendung "pratis, terris, mancipia etc." reicht bei der Teilerbringung nicht mehr aus, es werden genaue Flächenmaße (iugerum, carrada) und Zahlenangaben notwendig.

"Das gleiche Erfordernis stellte sich naturgemäß in den vorherigen Fällen, wo die aus dem ganzen Vermögen ausgeklammerten Gegenstände ebenfalls konkretisiert werden.

Was schließlich die Übertragung einzelner Gegenstände anbelangt, so wird auch hier eine bestimmte Umschreibung vorgenommen:

Ein gewisser Drudhart überträgt zur Versorgung seiner Frau "... quod eadem uxor eius locum et mansionem simul et victum haberet", örtlich abgesteckte Wieserflächen: "... tradidit pro illa ... de pravis in loco nominato ad Feldmochingas de fossa usque in fluvium qui dicitur Mosaha, ut illuc eternaliter firmum permaneat ..." 2).

Gleichermaßen übergeben zwei Eheleute dem Kloster Vallendar bei Koblenz für den Erwerb differenziert ausgestatteter Pfründleistungen eine Anzahl von Scha-

-
- 1) Trad. Hochstift Passau, Bd.I, S. 544 Nr.641a (841); vgl. ferner Lentze, Herrenpfründen, S. 164.;
 - 2) Trad. Hochstift Passau, Bd.I, S.542 Nr.637 (840); vgl. auch a.a.O., Bd.VI, S.101 Nr.123 (1070-1100); UB. Straßburg, Bd. III, S. 23 Nr. 68 (1275).

fen. Und zwar zweihundert ausgezählte Schafe, die das Kloster sofort abordnen darf und weitere vierzig Schafe, deren Gewinnertrag jedoch nur zur Hälfte dem Kloster zustehen sollen, während der verbleibende Hälfte- teil dem Ehepaar jährlich als Hilfsmittel für Kleider zufallen soll: "... nos Lodwicus ... et Demodis eius uxor cupimus fore notum, quod nos manu communicata puro et simpliciter propter deum ... donamus ... et tradimus pro nobis et nostris heredibus universis donacione inter vivos et irrevocabiliter ... priori et conventui sanctimonialium in Valinder recipientibus pro se et nomine sui monasterii ducentas oves ad ordinandum ex nunc in antea de eisdem, prout sibi visum fuerit expedire, item... donamus eisdem quadraginta oves, quas cum grege suo pascent, pro media parte lucri dictarum quadraginta ovium, residua pars media earundum nobis annuatim cedit in subsidium vestium ..." ¹⁾.

In diesen Anwendungsbeispielen wird endgültig keinerlei Bezug mehr zu dem sonstigen Vermögen des Pfrunderwerbers hergestellt.

Gemeinsames Merkmal sämtlicher Traditionen, die - negativ ausgedrückt - nicht das ganze Vermögen zum Inhalt haben, ist nun das Bemühen - und sei es auch nur aus "Not" geboren, weil sonst die Verwirklichung der Übertragung sehr fraglich erschien -, um die konkrete Erfassung dessen, was in diesem konkreten Fall tradiert wird.

Neben den beiden "Leistungsmodalitäten" "Vollvermögen" und "Teilvermögen" ²⁾ weist das Quellenmaterial schließlich noch eine interessante und letzte Lei-

1) ZGO, Bd. 12, S. 192 Nr. 40 (1315).

2) Diese ungenaue und vielleicht irreführende Bezeichnung soll nur die hilfsmittelartige Kurzform für die Leistungen sein, die von dem ganzen Vermögen bestimmte Gegenstände ausschließen oder von vorne herein nur einen Teil desselben ausmachen und ferner Leistungen, die lediglich einzelne Gegenstände beinhalten.

stungsart auf: Der Pfrunderwerb geht einher mit der Hingabe von Geldbeträgen.

Zur Verdeutlichung dieser Leistungsform sollen wiederum Urkundentexte dienen.

So soll z.B. die ehrbare Frau Telseke Heysemans, die in das Dominikanerkloster zur Burg aufgenommen wurde, für die Gewährung von Wohnung und Unterhalt jedes Jahr, und zwar solange sie lebt, vier lübische Mark geben, wobei das erste Aufenthaltsjahr umsonst ist: "... Bekennen openbar in desseme breue, dat wy endrechtliken entfanghen hebben de ersamen vrouwen Telseken Heysemans. ... Vppe dat nuz Telseke vorbenomed nicht vndankman/ich en were ... schal alle iar gheuen vnseme clostere ver mark lub. de tyt eres leuendes, vtghenomen dat erste iar, dat schal vryg wesen ..." ¹⁾. Ähnlich überweist ein Ehepaar dem Kloster zu St. Catharinen eine jährliche Rente von zwanzig Mark, um lebenslänglich von diesem versorgt zu werden: "... dat ik Peter Springup vnde myn husvrouwe Katherina Springupes samelken geuen vnde vplaten vnde vorlaten myt vryen guden willen vnde wolberaden mode by suntheyt vnser lyues vnde by redeliken synnen, Gode sy ewich loff, alzo in desser naschreuen wise, dat desse vorbenomeden brodere vnde kloster scholen hebben vnde beholden XX mark ewigher rente ... VIII mark in der Engelschen grouen in eneme huse, dar nu in wonet Clawes Bare ... vnde IIII mark in der Rosenstrate in dem huse Hans Meyers ... vnde VIII mark in der Marlowes grouen in deme huse Tymme Risserdes ..." ²⁾.

Pfründen wurden aber durch Erbringung einer einmaligen Geldsumme erworben.

1) UB. Lübeck, Bd. VIII, S. 784 Nr. DCCXXV (1450).

2) UB. Lübeck, Bd. VIII, S. 746 f Nr. DCCII (1450); vgl. ferner Beispiele bei Solleder (München im Mittelalter, S. 386 f, insbesondere S. 387 Anm. 1) aus den Jahren 1317, 1469, 1492, 1496, 1497 wo Pfründner im Frauenkloster am Anger zu München für volle Verpflegung eine "Geldleistung" von fünf bis acht Pfund Ewiggeld erbrachten; vgl. auch Beispiele bei Lentze (Herrenpfründen, S. 164 i.V. Anm. 19, 20, 21) aus den Jahren 1462, 1423, 1438.

Fünfzig Gulden hat der ehrbare Hün von Uoffsheim für eine Pfründe "hergegeben": "... das wir dem erbern und bescheiden Cristman Hün von Uoffsheim ... ein gebürliche und zimliche pfründ, essen und trinken und schön noch gebürlicher noturft ... diewil er lebt, ze geben versprochen ... haben ... Und dwil wir in sinem leptagen dise pfründ, wie gezeldet ist, zügeseit, in al ein pfründner unsers gotzhus angenommen haben, hat der genant Cristman uns und unserm closter mit wolbedachter fürsichtigkeit und gutem willen fri und ledig hergeben ... fünfzig guldin" 1).

Interessant ist schließlich noch folgende Quelle, wo die Einlösung eines Geldbetrages in das Klostervermögen auf mittelbarem Wege erfolgt: "Wir Gertrud die meistern unde die sammunge der frowen von sande Mariendale ... dun kunt ... daz wir einmudekliche han gegeben Volzen von Ebstein unde sinen zwein dohteren ... dri prunden luterliche durch god; wir verriehen uns auch an disere selben briefe alles daz gud, daz uns der selbe Volze gid zu sinen kinden, daz wir dez maht han zu verkaufene und daz han verkauft umme vunf punt unde hundert parth ... uns sol auch der selbe Volze lazen nach sine dode azic punde wert gudes ledic unde los ..." 2).

Hier hat das Kloster an einen Vater und seine zwei Töchter drei Pfründen gegeben, wobei es das für die Kinder-Aufnahme erbrachte Gut verkaufen durfte, dies

1) UB. Freiburg, Bd. III, S. 130, 132 Nr. 2095 (1494); vgl. auch das Beispiel bei K. Hauser (Der Spital in Winterthur, S. 118 Anm. 1), wo der Bürger Seiler im Kloster Beerenberg für 140 Pfund Heller und all sein übriges Gut, ausgenommen 20 Pfund, eine Herrenpfründe erwirbt. Offenbar von dem zurückbehaltenen Geld soll er später eine quasi "private" Pflegerin bezahlen, die er sich im Bedarfsfall nehmen darf: "Vnd were ouch sach, daz der Seyler alt vnd schwach würde, so mag er ein jungfrowen dingen, die sin pfleget, vnd sol man der essen vnd trinken geben vnd sol er ir lonen" (1445).

2) ZGO, Mone, Bd. 12, S. 188 Nr. 36 (1304).

auch tat und 150 Pfund Heller erzielte. Ferner bekommt das Kloster nach dem Tode des Vaters ein 80 Pfund wert-
tes Gut.

Besonders überraschend und bemerkenswert und schwer mit modernen Rechtsvorstellungen vereinbar ist das im Urkundentext ausdrücklich genannte "Recht" zum Weiterverkauf des Gutes: "daz wir doz maht han zu verkaufene."

Gerade diese eigene eingeräumte Befugnis macht wieder-
um ¹⁾ deutlich, daß die mittelalterliche Quelle nicht ein "Eigentum im Sinne einer Sachherrschaft" kennt, deren selbstverständlicher und notwendiger Inhalt die "Weiterveräußerungsbefugnis" ist.

Unter diesen Aspekt, daß nämlich "Eigentum" hier auch dann vorliegt, wenn die "Sachherrschaft" fehlt, wird die ausdrückliche Gestattung zum Weiterverkauf ver-
ständlich.

Insgesamt aber ergibt die Analyse aller vorliegenden Quellen der "Leistungsort" Gold keine besonderen ersichtlich gemeinsamen Kriterien, außer, daß das Klo-
ster ziffernmäßig bestimmte wiederkehrende oder ein-
malige Geldbeträge erhält.

Eine Ausnahme von der ausdrücklichen Summenbenennung findet sich in einer schlichten Erklärung des Klosters, es habe von dem Pfründner genügend viel Geld bekommen:
"sovil beraicz gelez, des uns von in wol genugt hat"²⁾.

Die tragenden Grundlagen zur Beantwortung der zu Be-
ginn dieses Kapitels gestellten Frage nach Inhalt und
Umfang dessen, was aus dem Vermögen des Pfrunderwerbers
getrennt und in das Vermögen des Klosters eingefügt
wird, liegen nunmehr bearbeiten und ausgewertet vor.

Als dominierende Ausgestaltungsformen dieser Pfründ-
nerleistung wurden an Hand des Urkundenmaterials die
Übergabe des gesamten Vermögens, die Übergabe von
"Vermögensteilen" oder einzelnen Gegenständen und
schließlich Geldhingabe ermittelt.

1) Vgl. oben S. 53

2) Lentze, Herrenpfründen, S. 164 i.V. mit Ann. 20 (1423).

Während die urkundlichen Formulierungen die "Voll-Vermögensleistung" mit zusätzlichen Formeln und Generalklauseln zu erfassen suchen, erfährt die Übertragung von "Vermögensteilen" und einzelnen Gegenständen, gewissermaßen durch die "Natur der Sache" bedingt, und erst recht die Geldhingabe konkretisierende Angaben.

Die weitere Frage nach der zeitlichen Einordnung dieser Leistungsarten - und damit gleichzeitig nach den äußeren Daten, die den Prozeß, den Wandel einer Leistung widerspiegeln - wurde bereits stillschweigend in der gewählten Reihenfolge der Darstellung berücksichtigt.

Eine auf die jeweiligen Entstehungszeiträume abzielende vergleichende Gegenüberstellung der Leistungsmodalitäten ergibt nämlich folgendes Bild:

Die sog. "Vollvermögensübertragungen" mit oder ohne Autotradition fallen grundsätzlich im 9. Jahrhundert an. Die Pfündnerwerbe durch Geld dagegen sind im wesentlichen erst im 14. und 15. Jahrhundert zu finden. Diese beiden Pfündnerleistungen lassen sich also ohne Schwierigkeiten und zweifelsfrei als Ausgangs- bzw. Endpunkt eines Prozesses charakterisieren.

Die Übergabe von "Teilvermögen" ¹⁾ und einzelnen Gegenständen hingegen taucht in den Quellen in verschied-

1) Vgl. auch bei Qaris, Leibrentenvertrag, S. 94, 95, die dort aufgeführten Beispiele für "Vermögensobjekte" (aus den Jahren 808, 1169, 1262, 1316, 1034-41, 1050-65, 1110-1122, S. 94 Anm. 119, 120, 121), denen Qaris die Bindegliedfunktion der Entwicklung von der Gesamtvermögenserbringung zum "Pfündkauf" gegen Geld beimißt. Die von ihm herangezogenen Fälle sind jedoch insoweit unbefriedigend, als einerseits eine Mischung aus Kloster- und Spitalurkunden gewählt wurde und andererseits auch Leistungen dargestellt sind, die nicht bei einem Pfündnerwerb erbracht werden, sondern sich vielmehr als ledigliche Aufbesserungen bereits bestehender Pfünden beurteilen: "... dedit pro monachica alimonia suo fratri in monasterio Tegrensensi regulari ..." oder "ad supplementum prebende sue".

denen Jahrhunderten immer wieder auf, ohne sich in einem bestimmten Zeitraum zu konzentrieren.

Noch gerade hier zeichnet sich die komplexe Problematik ab, ein sich unmittelbar im Prozeß befindliches "Werdendes" zu erfassen, faßbar zu machen, in seiner wörtlichsten Bedeutung.

Die so brennende Frage nach einem bestimmten Zeitpunkt, die Frage "wann vollzog sich der Übergang?", läßt sich in dieser Form nicht stellen.

Sicher, hier und da finden sich erste Ansatzpunkte, erste zaghafte Versuche beginnender Umwandlung, so, wenn beispielsweise plötzlich aus dem gesamten Vermögen einzelne Gegenstände ausgeklammert werden.

Jedoch, nach einer fixierbaren Markierung zu suchen, von der aus eine kontinuierlich verlaufende Linie sich auf ein Ziel hin verfolgen läßt, hieße von historischen Prozessen zu erwarten, daß sie problemlos in einer mathematischen Form verlaufen und zu finden sind.

Die Tatsache, daß die Begründung der Laienpfändnerschaft, die ursprünglich durch Personen- und Vermögensübergabe geprägt war, sich am Ende schließlich als reines Gelidgeschäft darstellt, zwingt geradezu zu dem Schluß, daß ein derartiger Wechsel nicht schmerzlos, abrupt und auch nicht durch sukzessive glatte "Abbaumaßnahmen" stattgefunden hat.

Nicht eine sanfte Übergangsphase bilden die "Mittelstufen-Leistungen" - , ein jahrhundert langer Kampf hat sich hier abgespielt, mit Zwischenstufen, Kompromissen, ehe sich der neue Gedanke vom Pfänderwerb mit Geld durchgesetzt hat. Selbst noch in späten Texten finden sich Regelungen, die sich als "Relikte" der alten Volltradition deuten lassen. So, wenn neben dem Geldebetrag doch noch all das Übrige Gut übertragen wird ¹⁾, oder etwa - relativ häufiger vorkommend - die Übertragung des ganzen Vermögens wenigstens noch nach dem Tod erfolgen soll: "... nobis autem ambobus mortuis omnia nostra bona mobilia et immobilia, in quibuscunque rebus et locis consistent, ad dictum conventum libere

1) Vgl. oben S. 67 Anm. 1

devolventur ..." 1) oder "... und wenn got über in gebut und von tods wegen abget, was er denn hinder im sins zittlichen gütz, es si gelt barschaft schulden kleidern, nützit usgenommen, 'es si vil oder wenig, herfarens un unherfarens verlot, wo und an welchem enden man daz erfahren un ankommen mag, soll dem vilgenannten gotzhus.... on aller siner erben und nachkommen ... heimfallen zûsuen und behalten sin, damit schaffen und tûn als mit andern iren eigenen güt." 2), ferner "... vnde darto heit se vns ghegheuen na ereze dode alle ere nalatenen ghudere clene vnde grot ..." 3) oder "... Auch ist getaydingt worden ob daz wer, daz wir abgingen von todes wegen ... so sol all unser hab an ligeny oder varenny, wie dy genant ist oder wo dy ligt, ir und irs gotzhaws sein on alle widerred ..." 4).

3. Marietal

Soziale und wirtschaftliche Hintergründe des aus der Urkundenanalyse gewonnenen historischen Prozesses

Der dargestellte Wandel der "Pfründnerleistung" kann jedoch nicht in seiner ganzen Bedeutung erfaßt werden, wenn man sich auf das Feststellen der jeweiligen neuen Erscheinungsformen lediglich an Hand von Daten be-

1) ZGO, Bd. 12, Mone, S. 192 Nr. 40 (1515).

2) UB. Freiburg, Bd.III, S.131 Nr.2059 (1494); beachte auch hier die - mit dem modernen Eigentumsbegriff nicht vereinbare - ausdrücklich formulierte Befugnis, daß das Kloster mit dem Gut, das es nach dem Tode des Pfründners bekommt, verfahren kann, wie mit eigenem Gut: "... damit schaffen und tûn als mit andern iren eigenen güt." Siehe dazu die Erörterungen oben S.53, 68

3) UB. Lübeck, Bd.VIII, S.784 Nr.DCCXXIV (1450); vgl. auch Lentze, Marronpfründen, S. 165 f, 169.

4) Mon. Boic., Bd.XXIV, S.152 Nr. 122 (1398); siehe ferner Ann.de l'Est. S. 86 Nr. 8 (1178).

schränkt. Die Verknüpfungen lassen sich nur im Zusammenhang mit sozialen und wirtschaftlichen Vorgängen - die wiederum auf das engste mit der Motivation der an den rechtlichen Vorgängen Beteiligten verknüpft sind - erklären und verstehen.

Die Brücke zu diesen Hintergründen führt über die Frage sowohl nach den Ursachen, die zu den rechtlichen Vorgängen geführt haben, als auch nach den Mitteln und Wegen, die die jeweilige Zeit den Beteiligten zur Verwirklichung des Erstrebtens zur Verfügung stellt.

Die Urkunden des 9. Jahrhunderts bieten selbst einen unmittelbaren Anknüpfungspunkt. Die hier vorherrschende Leistungsform, die Übertragung des gesamten Vermögens, erfolgt nach dem Urkundenwortlaut für das Seelenheil des Tradierenden oder auch gleichzeitig für das seiner Angehörigen. Fast alle Quellen enthalten darauf abzielende Formulierungen "pro remedio anime meae (et parentum meorum)", "pro redemptione animarum nostrarum", "ut in quantitate apud pio domino veniam merear accipere", "in remedium animarum suarum" etc.¹⁾.

Die Schwierigkeit, dieses angegebene Motiv zu beur-

-
- 1) Die pro-anima-Formel hat in der Literatur vielfach Beachtung gefunden. Vgl. einige grundlegende Abhandlungen: H. Henrici, Über Schenkungen an die Kirche, S. 16 ff; Vögeli, Leibding, S. 62 ff; A. Schultze, Der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts, ZRG, Germ.Abt., 35. Bd., S.76 ff; Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts; Nachträge zu Augustin und der Seelteil, ZRG, Germ. Abt., 50. Bd., S.376 ff; Seelgerät und Besthaupt, ZRG, Germ.Abt., 38. Bd., S. 301 ff; W. Schönfeld, Die Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, ZRG, Germ.Abt., 42. Bd., S. 252 ff; H. Hartenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S.46 ff, S. 152 ff; E.F. Bruck, Totenteil und Seelgerät im griechischen Recht; Kirchenväter und soziales Erbrecht; M. Falco, Le disposizioni pro anima, S.195 f; R. Hübner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts⁵, S.630 f, S.783 ff; Omnis, Leibrentenvertrag, S. 30 f.

teilen, liegt darin, die Relation zwischen dem schriftlich niedergelegten und dem tatsächlich verfolgten Zweck, zwischen Wort und Wirklichkeit zu erkennen.

So wurde in der Literatur das in den Urkunden ausgesprochene Seelenheilsmotiv bereits in Frage gestellt. Zwar kann man einerseits nicht umhin, den unleugbaren Quellenwortlaut bestätigen zu müssen: "Die Urkunden selbst ... nennen jedoch ... das Bestreben, dem Vergabenden das ewige Seelenheil sicherzustellen" ²⁾, oder "die Texte der Urkunden schließen solch lautere Beweggründe nicht aus" ¹⁾.

Doch andererseits wird dieser Quellenwortlaut weitgehend als ausschmückende Wendung abgetan, indem die "pro-remedio-anime -Formel als "fromme Floskel" ²⁾, "allgemeine Phrase" ³⁾ oder bloße "Einleitungsworte, die ausschließlich zum klösterlich-blütenreichen Stil der Schreiber gehören" ⁴⁾, bezeichnet wird.

Dagegen werden greifbare diesseitsbezogene Vorteile eher als motivauslösend anerkannt. Der Gläubige habe es nämlich sehr bald verstanden, den Blick auf reale Lebensnotwendigkeiten zu richten ⁵⁾, oder gar mit der Angabe seines Seelenheilsmotives die tatsächlich bestehende Absicht verschleiern wollen ⁶⁾.

Als wirkliches und wesentlichstes Motiv für die Grundvermögensübertragungen wird das Bestreben genannt, in dem klösterlichen Verband Schutz und Hilfe gegen Übergriffe weltlicher Gewalten zu suchen ⁷⁾. Ferner wird

2) So Vögteli, Leibding, S. 13.

1) So Ogris, Leibrentenvertrag, S. 30.

2) A.a.O.

3) R. Hübner, donationes, S. 36.

4) Vögteli, a.a.O., S. 13 i.V. mit Anm. 3.

5) Ogris, a.a.O., S. 30 f.

6) Vögteli, a.a.O., S. 13.

7) Zur Befürwortung dieses Motives stützen sich sowohl Vögteli (a.a.O. i.V. Anm. 1) als auch Ogris (a.a.O., S. 31 i.V. Anm. 19) auf die von Inama-Sternegg (in Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. I,

die mit dem Klostereintritt verbundene Befreiung von der Heerbannspflicht als Beweggrund herausgestellt ¹⁾.

In Anwendung dieser "Motivforschungs-methode" - Ausschau haltend nach rein materiellen Vorteilen, deren Verwirklichung auch überprüfbar ist - ließen sich sogar aus dem vorliegenden Urkundenmaterial direkt Bedenken gegen das Anliegen echter Seelenheilssorge anmelden. Die Quellen lassen nämlich gleichzeitig und

S. 345 f.) und seiner Schule vertretene sog. herrschende Meinung. Diese Auffassung sieht in der weitgehenden Eingliederung in die geistliche Grundherrschaft die Begründung eines den römischen Klientelverhältnissen ähnlichen Schutzverhältnisses. Insbesondere Oggis nimmt hier im Gegensatz zu seinen vorherigen Ausführungen den Urkundentext ernst, indem er eine in den Urkunden äußerst selten zu findende Bitte des Tradenten um "auxilium et adiutorium" zitiert. (Vgl. S. 34 Anm. 20, die sich auf UB. St. Gallen, Bd. III, Nr. 844 S. 27 (968) und G. de Valous, Le domaine de l'abbaye de Cluny aux X^e et XI^e siècles (Annales de l'Académie de Mâcon, 3. Serie, XVII. Bd.) Mâcon 1920/21, S. 354 stützt) und dann generalisierend argumentiert, die "Schutzverhältnisansicht" habe jedenfalls die Aussagen der (!) Quellen für sich. Dem ist insoweit entgegenzuhalten, daß die Quellenaussagen einzig und allein das "pro remedio anime"-Motiv für sich haben. Vgl. auch zur Ablehnung des "Schutzbedürfnisses gegenüber den Verfolgungen vor den Großen", Lütke, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 62 f.

- 1) Vgl. Vögeli, a.a.O., S. 43 und Oggis, a.a.O., S. 34. Auf die mit dem Eintritt ins Kloster verbundene Befreiung von Militärdienstverpflichtungen und eine daraus resultierende "Besserstellung in gewissem Sinn" (so Vögeli, a.a.O., S. 43), ist jedoch nicht näher einzugehen. Die Annahme eines derartigen Beweggrundes hat allzusehr Spekulationscharakter, zumal eine "Flucht vor drückenden Wehrverpflichtungen keine entscheidende Rolle gespielt hat" (vgl. hierzu Lütke, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 63).

eindeutig erkennen, daß den irdischen Interessen des Tradenten Genüge getan wird, indem er seinen Lebensunterhalt in Form von Unterkunft, Nahrung und Kleidung erhält.

Was läge also näher als die Vermutung, entscheidendes Motiv des mit seinem Vermögen ins Kloster Eintretenden sei es, sich einen ruhigen und sorglosen Lebensabend zu sichern?

Derartige Überlegungen sind jedoch allzusehr allein aus moderner Sicht getroffen und vernachlässigen eine weitere mögliche Auslegung, die eine wahrscheinlichere Deutung mittelalterlichen Denkens und Bewußtseins zu sein scheint.

Schon der richtige Ausgangspunkt ist verfehlt, wenn man die in den Urkunden ständig betonte Seelenheilsmotivierung sogleich als "Floskel" oder "Phrase" ¹⁾ abtut. Damit würde man der pro-remedio-anime Formel für die Wirklichkeit keine Aussagekraft und für die Rechtspraxis keine Bedeutung beimessen.

Es ist aber im Gegenteil doch gerade höchst unwahrscheinlich, daß die Urkundenschreiber immer wieder eine an sich unnötige Wendung nur zur Ausschmückung des Textes aufnehmen. Das Entstehen einer solchen Formel und deren ständige Verwendung erklärt sich vielmehr doch eher daraus, daß in der Rechtspraxis ein Anlaß und ein Bedürfnis hierfür besteht. Dieses "fromme Element" der Quellen ist als Zeugnis durchaus ernst zu nehmen.

Die Hingabe pro remedio anime offenbart nämlich eine tatsächlich existente frühmittelalterliche Frömmigkeit, die auch verständlich wird, sobald man sich den großen zeitlichen und den hierauf beruhenden Abstand im Denken vor Augen hält und beachtet.

Der Geber ist der festen Überzeugung, daß er für die Hingabe seines ererbten Grundvermögens die ewige Se-

1) So R. Hübner, donationes, S. 36, der ausführt, daß die Urkundentexte mit "einigen allgemeinen Phrasen beginnen, in denen die Gottgefälligkeit frommer Werke, die Sehnsucht nach der ewigen Seligkeit hervorgehoben wird."

lichkeit erwirbt ¹⁾. Das Seelenheil, das durch die Fürbitte ²⁾ des Klosters oder der Kirche erlangt wird, ist für ihn eine zu erwartende Realität, eine echte "Gegenleistung" ³⁾, die er sich nach seiner Vorstellung mit materiellen Mitteln "erkaufen" kann.

Seine Leistung und das dadurch gesicherte Recht auf die himmlische Gnade, die Garantie der Seligkeit sind als Leistungen im Rahmen eines für ihn echten Geschäftes zu verstehen.

-
- 1) Vgl. Uhlhorn, Christliche Liebestätigkeit, S. 264, 249, 337, der auf das Verständnis der Zeit abstellt; wenn auch das meiste, was der Bischof und der Priester lehrte, unverständlich gewesen sei, so habe man aber begriffen, daß durch reiche Gaben Gottes Huld zu erwerben sei, weil eine solche Überlegung den archaischen Anschauungen nahe lag. Ferner betont Uhlhorn (S. 337) den "eudämonistischen Zug" als einen der Grundzüge der mittelalterlichen Frömmigkeit. "Man giebt, um zu empfangen; man bringt Opfer, um mit dem Opfer sich die Garantie der Seligkeit zu schaffen." Siehe auch Lütge, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 65.
 - 2) Vgl. A. Schultze, Der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts, S. 80; Uhlhorn, a.a.O., S. 250.
 - 3) Dieser "Gegenleistungscharakter", der der Seelenheilsgewährung zukommt, wird zwar von den sich damit beschäftigenden Autoren (vgl. insbesondere R. Hübner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts⁵, S. 575 f, 785 f; Schönfeld, Die Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, ZRG, Germ. Abt., Bd. 42, S. 253 f; Ogris, Leibrentenvertrag, S. 61; Reicke, Spital, Bd. II, S. 191; Uhlhorn, Christliche Liebestätigkeit, S. 250; Loening, Kirchenrecht, Bd. II, S. 653; Planitz, Grundzüge des Privatrechts³, S. 230) erkannt. Dennoch wird das Seelenheilsgeschäft im Rahmen schenkungsrechtlicher Konstruktionen erörtert. So wird insbesondere eine "germanische Schenkung mit Auflage" oder "eine nach germanischem Recht entgeltliche und zweckbetonte Schen-

Moderne Denkweisen, die hierin vielleicht einen "Kuhhandel mit dem lieben Gott" sehen würden, verkennen eine doch wahrscheinlichere Deutung des mittelalterlichen Bewußtseins, daß nämlich mit gläubiger Selbstverständlichkeit ein solcher Leistungsaustausch nicht als anrühlich bezweifelt, die Verquickung des Religiösen mit dem Materiellen nicht als anstößig empfunden wird.

Auch ist das "Seelenheil" nicht als rein ideeller Vorteil zu verstehen. Es läßt sich nicht mit rationalen Maßstäben messen, die sich nur in einer Rechtswelt anlegen lassen, wo die Geschäfte diesseitigen Charakter haben. Die Weltanschauung des frühen Mittelalters ist keine der reinen Diesseitigkeit ¹⁾. Die Gedanken gehen ins Jenseits ²⁾, das mit dem Diesseits

kung" angenommen, wobei dann noch das "launegild" (Lohngehalt) der Langobarden als eine die Bindungskraft der Schenkung bestärkende Anerkennungsgabe bemüht wird. (vgl. hierzu auch Heusler, Institutionen, I. Bd., S. 81; II. Bd., S. 630-642; M. Pappenheim, Über die Rechtsnatur der altgermanischen Schenkung, ZRG, Germ. Abt., 53. Bd., S. 35 ff; Gierke, Deutsches Privatrecht, Bd. III, S. 420 ff, S. 425 ff). Lediglich H. Hattenhauer (in: Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 24) sieht von der Einordnung der "donatio pro remedio animae" in ein Schenkungssystem ab. Zu Recht betont er das Gegenleistungsmoment der Seelenheilsgewährung und gibt dem Wunsch Ausdruck, daß "es gut wäre, wenn das Wort Schenkung in diesem Zusammenhang nicht mehr gebraucht würde."

- 1) Vgl. W. Schönfeld, (in: Die Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, S. 254), der ausführt, daß die donatio pro anima nur aus "jener für das Mittelalter wie für jede naive Zeit charakteristischen Vorstellung einer unmittelbaren Wechselbeziehung zwischen Himmel und Erde" wirklich verständlich wird, aus der Anschauung, daß das Leben der Seele und seine Versorgung wichtiger ist als das Leben des Leibes. So auch Vögelé, Leibding, S. 64; Ogris, Leibrentenvertrag, S. 69.

- 2) Vgl. Uhlhorn, Christliche Liebestätigkeit, S. 319, 357, der die "große Aufgabe, die dem ganzen Leben

so sehr eine Einheit bildet, daß das jenseitige angenehme Leben der Seele, das Seelenheil, einen ebenso realen Vorteil bedeutet, wie eine diesseitige materielle Besserstellung.

Es läßt sich also festhalten, daß selbst bei gleichzeitiger Erlangung weltlicher Vorteile, seien sie nun sozialer oder wirtschaftlicher Art, der Gläubige dennoch in erster Linie darauf bedacht ist, die Versorgung im Jenseits zu erlangen, sich auf seine fromme Gabe zum Besten seines Seelenheils berufen zu können. Noch ist das pro-anima-Motiv keineswegs bloßer Vorwand zur Erreichung von Diesseitsvorteilen. Der jenseitsbezogene Zweck beurteilt sich vielmehr unter dem Gesichtspunkt der so andersartigen Religiosität dieser Zeit als echtes Anliegen, das die Urkunden dann auch als solches zum Ausdruck bringen.

Dieses intensive Bedürfnis nach dem himmlischen Lohn wurde durch die Botschaft der Kirche geweckt und gefördert ¹⁾. Gerade der Satz von der Vergeltung im Jenseits nahm eine hervorragende Stellung in der Predigt ein. In lebhaften Farben wurden dem Gläubigen die Freuden des Himmelreichs und die Qualen der Hölle vor Augen gemalt ²⁾. Diesen Qualen konnte man nach

seine Richtung giebt", darin sieht, "sein Seelenheil zu schaffen", "ein Punkt, auf den sich ganz jenseitig gerichtet, alles zuspitzt."; A. Schultze, Der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts, ZRG, Germ. Abt., 35. Bd., S. 79; R. Hübner, donationes, S. 99; Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 65; Bäumker, Christliche Philosophie des Mittelalters, S. 352; Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 21; Loening, Kirchenrecht, Bd. I, S. 224 ff.

1) Vgl. Loening, Kirchenrecht, Bd. II, S. 653; R. Hübner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts⁵, S. 330; Uhlhorn, Christliche Liebestätigkeit, S. 249, 264; Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 6, 26; Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 66.

2) Vgl. insbesondere die bei Uhlhorn, a.a.O., S. 264

den kirchlichen Verheißungen entgehen, wenn man mit der sühnenden und verdienenden Kraft frommer Werke für sein Seelenheil sorgte¹⁾. In allen Schichten der Bevölkerung herrschte das lebendige Verantwortungsbewußtsein, sich auf diese Weise höchstpersönlich um die Seele kümmern zu müssen. Dieses Bewußtsein, dieser Glaube wurde bereits von Augustin²⁾ ausgelöst und seither von der Kirche ununterbrochen wachgehalten und gehegt.

zitierten Worte des Alcuin: "O wie unglücklich wird der sein, der für immer im Feuer brennen wird, der von schrecklicher Fintersnis umgeben nichts hört als die Stimmen der Heulenden und das entsetzliche Zähneklappern, der nichts fühlt als fressende Flammen und ungeheure Kälte und die Giftzähne der Schlangen ..."; siehe hierzu ferner Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 203; Lütge, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 65; Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 152 i. V. Anm. 300, wo ebenfalls die "farbige Rhetorik" dieser Gegenüberstellung von den Schrecken der Höllestrafen und dem angenehmen Leben im Himmel, betont wird.

- 1) Dieses Vorgehen der Geistlichkeit führte zu Konflikten. Vgl. hierzu Dopsch, a.a.O., S. 203, der auf die durch "diese nicht ganz einwandfreie Pression" ausgelösten Gegenmaßnahmen Karls des Großen (MG. Capit. I, 163 c. 5 (811) und dementsprechende Beschlüsse seitens der Kirche (Konzil von Chalons 813, MG. Concil. 2. I, 275 c. 6 u. 7) verweist; so auch Lütge, a.a.O., S. 66, der ebenfalls das Vorgehen von Konzilien und Karls des Großen gegen die Methoden der Priester und Äbte hervorhebt. Er läßt es allerdings dahingestellt, ob diese Methoden - die die Seelenheilssorge förderten, um die Gebefreudigkeit zu steigern - Ausdruck krasser Habsucht waren oder der ehrliche Glaube, damit dem Seelenheil der sündigen Menschen am besten zu dienen. Vgl. ferner die zusammenfassende Darstellung Hattenhauers in "Die Gegner der donatio pro salute animae" (Exkurs II zu: Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 152 ff.).
- 2) Zu den Problembereichen der Sohneskopfteil bzw. Seelenteil- bzw. Freiteil-Lehre in Zusammenhang mit der

Von diesen frommen Seelenheilseifer, der in der fränkischen Zeit seinen Höhepunkt erlebt, ist insbesondere der ins Kloster Eintretende erfaßt. Da für ihn die wirtschaftliche Weiterexistenz im Kloster gesichert ist, kann er sogar die begehrte Vorsorgemöglichkeit für das Jenseits voll ausschöpfen, indem er alles, was er hat, einbringt.

Die Hingabe aller irdischen Güter oder gar noch der Person ist nach seiner Vorstellung das sicherste Mittel, die größtmögliche Garantie für die Erlangung des himmlischen Lohnes. Diese entscheidenden "irdischen Güter" bilden die in der frühmittelalterlichen Naturalwirtschaft typisch vorhandene Vermögensart: das ererbte Grundvermögen ¹⁾. Ansammlungen von Bargeld in *donatio pro anima*, dem "Seelgerät" der späteren deutschsprachigen Quellen (c. 12. Jahrhundert) und den entscheidenden Veränderungen im "germanischen Familien- und Erbrecht" einerseits und dem "Mortuarium-Seelgerät" oder Totenteil, die vom Totenkult zum Seelkult umstrukturierte Totenausstattung der germanischen Zeit andererseits vgl. A. Schultze, Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrecht; Nachträge zu Augustin und der Seelteil, ZRG, Germ. Abt., 50. Bd., S. 376 ff; Seelgerät und Besthaupt, ZRG, Germ. Abt., 38. Bd., S. 301 ff; Der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts, ZRG, Germ. Abt., 35. Bd., S. 76 ff; R. Hübner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts⁵, S. 330, 331, 785; Planitz, Grundzüge des Privatrechts³, S. 229 f; Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 17 f; Vörseli, Leibding, S. 15.

-
- 1) Die Zuwendungen von Grundvermögen im Rahmen der *donatio pro anima* haben der Wirtschaftsordnung des Frühmittelalters ihren Stempel aufgedrückt: Die Kirche wurde Großgrundbesitzerin. Vgl. zu dieser Monopolisierung des Grundvermögens in der Hand der Kirche: Lüttge, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 65 f; Donach, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 202 f; Loening, Kirchenrecht, Bd. II, S. 653; Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 155; Uhlhorn, Christliche Liebestätigkeit, S. 248,

privater Hand sind dagegen noch unbekannt.

Das Aufkommen der Tatsache, daß nicht mehr das Opfer des ganzen Vermögens erbracht wird, daß der Erbschaft sich "etwas" zurückbehält, ist das erste Zeichen für einen Wandel im Denken, in der Frömmigkeit und nicht zuletzt auch im wirtschaftlichen Interesse. Komplex und ineinander verflochten sind hier die Ursachen.

Seit dem 11. Jahrhundert beginnt eine Anwendung von der rein agrarischen Gesellschaft ¹⁾. Es zeichnen sich dann im Übergang zum 12. / 13. Jahrhundert Differenzierungen ab und damit treten auch die wirtschaftlichen Interessen stärker hervor.

Gleichmaßen wendet sich im 12. / 13. Jahrhundert das religiöse Empfinden mehr dem Inneren zu, ohne daß das Religiöse mit dem Materiellen so unmittelbar verquickt wird ²⁾. "Man begreift, daß der Himmel nicht durch materielle Leistungen erworben werden kann. Das Gott wohlgefällige Herz vermag allein die Seligkeit zu erlangen. ... Gott will mit der Seele und nicht mit der wirtschaftlichen Gasse gesucht werden." ³⁾

Diese eindringende Erkenntnis, daß das Seelenheil nicht mehr oder doch nicht mehr allein mit materiellen Gütern zu finden ist, gewinnt immer mehr an Boden. Man versteht erst einmal, daß der ehemalige Hochsteinsatz von Leib und Gut ungeeignet und daher auch nicht mehr erforderlich ist, bis schließlich das Prinzip als solches offenbar ist.

Der ursprünglich erstrebte und der Vorstellung nach auch garantierte Erfolg, das angenehme Leben im Himmel, kann nicht mehr auf Grund irgendeiner materiellen Leistung als sicher erwartet werden. Der immer mehr als unsicher und unwahrscheinlich erkannte Erfolg

263 f; Canis, Leibrentenvertrag, S. 33; R. Hübner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts, S. 785.

1) Lütke, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, S. 99 f.

2) Zu dieser "Religiosität des hohen Mittelalters" vgl. Hattenhauer, a.a.O., S. 18.

3) Hattenhauer, a.a.O.

führt automatisch zum Verblässen und schließlich völligen Verschwinden des hierauf abzielenden Motives.

Diese nunmehrige "Leistung" des Pfründerwerbers erfolgt zumindest auch unter anderem Vorzeichen sich neu entfaltender Interessen.

Man beginnt, das Interesse an diesseitig-wirtschaftlichen Gegebenheiten zu orientieren.

Der Pfründerwerb wird zum wesentlichen Gegenstand des Motives und gewinnt als "Lebensversicherung", als Lebensunterhaltversorgung Bedeutung. Nicht nur der Wegfall des Jenseitsbezuges der "Pfründnerleistung" ist es, der dem Tradierenden die Distanz zu seiner Leistung gibt, die es ihm ermöglicht, damit rational zu verfahren.

Es ist vielmehr auch das Eindringen wirtschaftlich interessierten Denkens als Ausdruck der Zeit, in der die entscheidenden Grundlagen für die Entfaltung der Stüfte, des Handelsaustausches und des Geldverkehrs gelegt werden ¹⁾. Gerade das Geld dient in zunehmendem Maße als Recheneinheit und dringt in einem ständig sich steigernden Ausmaße als allgemeines Tauschmittel in den wirtschaftlichen Alltagsverkehr ein ²⁾.

Dieser Wandel findet seinen Niederschlag in den Urkunden. Die Texte zeigen mit aller Deutlichkeit, daß im 14. / 15. Jahrhundert der Pfründerwerb um der Pfründe willen gegen Geldhingabe seinen vollen Durchbruch gefunden hat.

Dieser Prozeß des Erwerbes der klösterlichen Laienpfründe, der ursprünglich als fromme Seelenheilsvergebung gekennzeichnet ist und schließlich ohne religiöses Moment als rein weltbezogenes Versorgungsgeschäft erfolgt, ist keine selbständige einmalige Erscheinung.

1) Wiese, Social- und Wirtschaftsgeschichte, S. 100;
Kranitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, S. 86ff;
A. Hülner, Grundzüge des Deutschen Privatrechts,
S. 491 f; Matzenhauer, a.a.O., S. 27.

2) Wiese, a.a.O., S. 100.

Für den Wandel, der sich an der klösterlichen Laienpfründe vollzieht, finden sich andere ähnliche Beispiele.

So läßt sich ein ähnlicher Vorgang bei der Herausbildung der mittelalterlichen "Leibrente" beobachten. Die Bestellung einer Leibrente erfolgte bis zur zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts regelmäßig nur gegen Hingabe liegenden Gutes mit oder ohne Zubehör, während von da ab die Entrichtung des "Rentenkaufpreises" in Geld dominierte ¹⁾.

Auch hier ist die mit dem aufblühenden Wirtschaftsverkehr erfolgende Leibrentenbestellung durch Geld anstelle der Liegenschaftsvergabung "pro remedio anime" durch das "Verblassen der Seelenheilskomponente" ²⁾, bis zum vollständigen Verschwinden des Jenseitsgedankens gekennzeichnet. "Das Geschäft löste sich vollständig vom religiösen Hintergrund der Seelenheilsschenkung" ³⁾.

Ferner läßt sich bei der mittelalterlichen Spitalverpfründung, ein Institut, das der Klostersverpfründung nachgebildet ist ⁴⁾, ein vergleichbarer Prozeß feststellen. Die beim Spitalpfründerwerb anfängliche Erbringung des gesamten Vermögens wird im 14. Jahrhundert durch die Gabe von Geld abgelöst ⁵⁾. Und dies wiederum, weil der ursprüngliche spirituelle Charakter, "dieser stark kirchliche Einschlag ... immer mehr der materiellen Zweckbetontheit wich, die persönliche Lebenssicherung immer stärker in den Vordergrund trat" ⁶⁾.

Ein weiterer beispielhafter Vorgang vollzieht sich im Recht der Grundstücksverfügung als solcher ⁷⁾. Die

1) Ogris, Leibrentenvertrag, S. 173.

2) Ogris, a.a.O., S. 61.

3) Ogris, a.a.O., S. 64, 110, 114, 173.

4) Reicke, Spital, Bd. II, S. 192 f, 194 f.

5) Reicke, a.a.O., S. 194.

6) Reicke, a.a.O., S. 193.

7) Vgl. zum folgenden Hattenhauer, a.a.O., insbesondere S. 6, 18, 27.

einzige Form unserer Verfügung in der fränkischen Zeit
wie sie durch die Kirche bekannt gemachte donatio pro
sola animas.

Mit den Marknoten der Geldwirtschaft im 12. und
13. Jahrhundert und mit dem Ende der Geschichte der
Stollenheilvergabung wird der Grundstückskauf gegen
Geldzahlung möglich.

All diesen Beobachtungen ist also gemeinsam, daß
das ursprünglich jenseitige Interesse, das sich in
der engen Verquickung von Religiösem mit Materiellern
zeigt, schließlich durch immer stärker hervortreten-
de umeisseitig-wirtschaftliche Interessen verdrängt
wird.

KAPITEL FÜNF

Die Leistung des Pfrundgebers

Nachdem die "Leistung" des ins Kloster eintretenden
Leihen, des Pfrundnehmers, erörtert wurde, wendet sich
die Untersuchung nunmehr der "Leistung" des Klosters,
des Pfrundgebers, zu.

Legitimiert soll hierunter nicht die Verschaffung
des Seelenheils an den Pfrundnehmer verstanden werden,
auch wenn als dessen Sicht und Vorstellung heraus die-
se Verantwortung himmlischen Lohnes die ausschlaggebende
und begabte Leistung war.

Es soll vielmehr von der irdisch-materiellen Lebens-
unterhaltungsführung, der Pfrund, als Leistung ausge-
gangen werden.

Aufgabe ist es nun, den Inhalt dieser Leistung an
Hand des vorliegenden Quellenmaterials zu verfolgen.
Zentrale Leistungskriterien sind so, wie sie sich im
Verlauf des vorgegebenen Zeitraumes von 9. bis zum
15. Jahrhundert in Urkundenwortlaut abzeichnen, zu
zeichnen.

Dabei ist die Untersuchung jedoch so angelegt, daß

das Leistungsproblem im Rahmen einer übergeordneten Fragestellung behandelt wird. Es geht hier um eine Frage, die für den Rechtshistoriker von besonderem Interesse und Bedeutung ist.'

Die Frage nämlich nach dem W. I. E. der Entstehung und Fortbildung der Pfründgewährung, nach den juristischen Formen, die gefunden werden, um dieses Geschäft zu ermöglichen.

Aus der Frage, welche besonderen Rechtsformen die Geschichte der klösterlichen Laienpfründe "ausmachen", die den Prozeß dieser Pfründgewährung bilden, ergibt sich wiederum die andere Frage nach den sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen und dem Wandel im Rechtsdenken.

Auf der Suche nach der klösterlichen "Leistung" haben sich bei der Auswahl und Durchsicht des Urkundenmaterials Schwierigkeiten in bezug auf die Quellenverwertung ergeben.

Auffallend wird nämlich - trotz eindeutiger Tradition - eine vom Kloster an den Tradenten zu erbringende "Leistung" - die Seelenheilsfürbitte ausgenommen - sehr häufig überhaupt nicht erwähnt.

So wird zwar z.B. ausführlich die Leistung eines gewissen Uuolfachar umschrieben: "Divina ammonitione compunctus ego Uuolfachar tradidi propriam hereditatem meam quam habui in loco Coting ... quicquid habere videbar totum et integrum cum aedificiis seu mancipiis cum territoriis pratis pascuis silvis aquarumque decursibus vel quicquid de iure propria hereditate mea ad ipsum locum pertinere videbatur sine ulla commutatione donatum in perpetuum esse volo. Haec sunt testes ..." 1).

Eine Bestimmung über etwaige "Ansprüche" des Uuolfachar gegen das Kloster fehlt jedoch gänzlich. Weitere Beispiele zur Verdeutlichung lassen sich beliebig aus sämtlichen Urkunden - oder Traditions-

1) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 104/105 Nr.83 (776-783).

büchern vermehren ¹⁾).

Man könnte nun auf Grund dieser Urkundeninhalte, die einer Bestimmung über klösterliche Leistungen entbehren, zu dem Resultat gelangen, daß es sich hier um reine "Schenkungen" ²⁾, freie Vergabungen also, an die kirchlichen Institute handelt.

Bereits schon im 8. und 9. Jahrhundert sind jedoch die unbeschwerten, vorbehaltlosen Vergabungen äußerst selten ³⁾; Vorbehaltsvergabungen stellen die vorherrschende Übertragungsform dar.

Eine Erklärung für die gefundene Erscheinung der vielen dem Wortlaut nach vorbehaltfreien Vergabungen bietet sich in mehrfacher Richtung an.

Zum einen ist ein Grund darin zu sehen, daß die Urkunden über die Rechtsgeschäfte der Güterübertragungen zum Großteil nur tatsächliche Auszüge der ursprüng-

1) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 266 Nr. 309a, b (813), S. 267 Nr. 310 (813), S. 313 Nr. 367 (816), S. 364 Nr. 425 (819), S. 542 Nr. 638 (841); Trad. Hochstift Passau, Bd. VI, S. 64 Nr. 77 (821), S. 115 Nr. 181, 182, 183 (1090-1120), S. 142 Nr. 289, 292 (1110-1130), S. 143 Nr. 292, 293, 294 (1110-1130); Trad. Hochstift Freising, Bd. I, S. 89 Nr. 62 (773); Trad. Hochstift Freising, Bd. II, S. 573 Nr. 1810a (c. 1261), S. 557 Nr. 1791a (c. 1212-1220); UB. Straßburg, Bd. I, S. 184, 185 Nr. 236 (1233), S. 308 Nr. 410 (1257), S. 309 Nr. 412 (1257); UB. Straßburg, Bd. III, S. 51 Nr. 153 (1282), S. 99 Nr. 315, 317 (1294); UB. Straßburg, Bd. VII, S. 378 Nr. 1288 (1367); Hohenlohisches UB., S. 58 Nr. 38 (1353); ZGO, Bd. I, Mone, S. 234 (1255).

2) Die donationes pro anima sind ihrem Wesen nach keine Schenkungen. Vgl. oben S. 79 i.V. Anm. 1

3) Bitterauf, in Einleitung S. LXII f zu Trad. Hochstift Freising, Bd. I; Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 20; Henrici, Schenkungen, S. 17 f; Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 108; Inama-Sternegg, Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, S. 411 Anm. 1; Svoboda, Klosterwirtschaft, S. 100; Tügeli, Leibding, S. 25; Voser, Die altdeutsche Liegenschaftsübertragung, S. 60 f.

lichen Traditionen mit Kürzungen und Auslassungen sind ¹⁾.

Zum anderen bieten die Traditionsbücher, selbst dort, wo sie nicht nur Auszüge oder Regesten der Urkunden wiedergeben, sondern Abschriften dieser beinhalten, öfter nur einen Teil des ursprünglichen Rechts- und Beurkundungsgeschäftes, von dem sie handeln.

Ein Teil der Traditionsurkunden ²⁾ geht nämlich mit Gegenurkunden ³⁾ Hand in Hand, in denen die jeweiligen Vorbehalte - auf die später einzugehen ist - festgehalten sind.

Diese geschilderten Fälle, in denen der Akt der Grundvermögensübertragung einerseits und die Bestimmung über den Vorbehalt andererseits gesondert niedergelegt wird, deuten nicht nur nach modernem Rechtsdenken auf ein zweigliedriges Rechtsgeschäft hin ⁴⁾.

Die sorgfältige Differenzierung durch Ausstellung von zwei Urkunden ist durchaus ein Anhaltspunkt für ein bereits im Mittelalter vorhandenes Bewußtsein, das von getrennten rechtlichen Vorgängen ausgeht.

Eine derartige Deutung läßt sich jedoch nur für die

- 1) Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 102;
G. Caro, Studien zu den älteren St. Galler Urkunden, S. 210; Fastlinger, Die wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Klöster, S. 82.
- 2) Zur Bezeichnung der Urkunden als "carta", wenn der Vergabende erklärt, die Vergabung vorgenommen zu haben oder vorzunehmen oder als "notitia", wenn die stattgefundene Vergabung beurkundet wird vgl. R. Hübner, donationes, S. 35, 98; ferner H. Brunner (Carta und notitia, in den Commentationes in honorem Mommseni, Berlin 1877), der für "carta" und "notitia" eine Einteilung in "dispositive und schlichte Beweisurkunde" konstruiert; Dopsch, a.a.O., S. 107.
- 3) Dopsch, a.a.O., S. 103; R. Hübner, a.a.O., S. 98; H. R. Hagemann, Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt, S. 343 f mit Quellenbelegen.
- 4) So auch Hagemann, a.a.O., S. 344.

genannten "Urkundengruppen" aufrechterhalten.

Die große Gruppe der Urkunden dagegen, wo zwar auch zwei Urkunden ausgestellt werden, die sich aber ohne jeweilige selbständige Stilisierung geradezu spiegelbildlich im Wortlaut entsprechen ¹⁾, scheidet für die Annahme des Bewußtseins eines zweiaktigen Rechtsgeschäfts aus.

Hier kann man sich auf die Überlegungen Hagemanns stützen, der in dieser stilistischen Angleichung vielmehr einen Hinweis gerade darauf sieht, "daß die Verfasser dieser Urkunden von der strengen begrifflichen Scheidung in Übereignung und Vorbehaltsgewährung offenbar nicht völlig durchdrungen waren." ²⁾

Nun sind die Gegenurkunden häufig nicht mit überliefert. Dopsch führt die Ursachen für das Fehlen der Überlieferung im wesentlichen auf den faktischen Vorgang des Beurkundungsgeschäftes zurück ³⁾.

Dabei stützt er seine Ansicht zum Teil darauf, daß die Gegenurkunden vielfach fast wörtlich mit den Traditionsurkunden übereinstimmen ⁴⁾, so daß schon diese textliche Übereinstimmung den Anlaß für die Nichtabschrift in das Traditionsbuch gebildet habe.

Das eigentliche Motiv sieht er jedoch in der zeitlich beschränkten Gültigkeit der Gegenurkunde, womit sich die Eintragung als für das Kloster nicht so wichtig erübrigt habe ⁵⁾.

Tatsächlich war für das Kloster, das als Empfängerseite die Traditionsurkunde eintrug, diese "ewige Bestandskraft" habende Urkunde allein von Interesse.

Die die Vorbehaltsbestimmung enthaltene Urkunde dagegen war nur für den Vergabenden aus Gründen der Be-

1) Vgl. Hagemann, a.a.O., S. 346 f mit Quellenangaben.
So auch Dopsch, a.a.O., S. 104, 108 und R. Hübner, a.a.O., S. 98 i.V. Anm. 3 mit urkundlichen Belegen.

2) Hagemann, a.a.O., S. 347.

3) Dopsch, a.a.O., S. 101-111.

4) Dopsch, a.a.O., S. 104, 108; vgl. auch Anm. 1 zu S.95

5) Dopsch, a.a.O., S. 104.

weisfunktion ¹⁾ von Bedeutung; sie bekundet für ihn die vom Kloster an ihn erfolgten Zusagen.

Mit dem Tode des Inhabers verlor sie "vim et locum" ²⁾, hatte also nur Gültigkeit für dessen Lebensdauer.

Zu der Tatsache, daß das Kloster oft auf die Eintragung der zeitlich beschränkt gültigen Urkunde verzichtet, kommt noch eine weitere hinzu.

Die weltlichen Urkundenbesitzer haben ihre Urkunden nicht so sorgfältig bewahrt ³⁾ wie Kirchen und Klöster, so daß insbesondere die Quellen, die uns aus der fränkischen Zeit zur Verfügung stehen, fast ausschließlich geistliche Anstalten betreffen ⁴⁾.

Zwar steht nun fest, daß die Traditionsurkunden sich über eine etwaige klösterliche "Leistung" oft unrich-

1) Vgl. hierzu Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 115 ff; Loening, Kirchenrecht, Bd. II, S. 663.

2) Vgl. die ausdrücklich dahingehende Aussage der Lorschener Sammler selbst, bei Dopsch, a.a.O., S. 104 i.V. Anm. 1, S. 108.

3) Vgl. z.B. UB. Lübeck, Bd. VIII, S. 746 f Nr. 702 (1450), wo das Kloster zu St. Catharinen die Aufgabe übernimmt, ein Ehepaar während ihres Lebens mit Brot und Convent zu versorgen, jedoch leider bezüglich der näheren Ausgestaltung der Leistung auf einen an das Ehepaar ausgehändigten, aber nicht erhaltenen Brief des Klosters verwiesen wird:
"... Hirvore hebben se uns besegelt to gheuende brot vnde conuent to unser beyder lyue na vtwisinge des klostere breue, den ze vns ghegheuen hebben."
In gleicher Weise wird auf einen ebenfalls nicht zugänglichen gesonderten "versorgbrief" verwiesen, in dem der Leistungsinhalt ausgewiesen wird: "... sullen bemelter prelat, convent und alle ir nachkomen mich mein weil unnd lebtag gesunde, sieche, lebennttig und todt versehenn, versorgen laut und inhalt desselben versorgbriefs, mir darumb von inen besigelt gegebenn", siehe Lentze, Herrenpfünden, S. 167 Anm. 57.

4) Vgl. Hattenhauer, a.a.O., S. 15 i.V. Anm. 29.

tiger - bzw. besser unvollständigerweise ausschweigen. So bieten aber diese Quellen keine Anhaltspunkte für die Lösung der Frage nach dem zu erbringenden Leistungsinhalt seitens des Klosters, es sei denn, mit einhergehende Gegenurkunden wären dank Mitüberlieferung zugänglich.

Ausgangspunkt der Untersuchung können auch nicht allein vorhandene "Vorbehaltsurkunden" sein, obwohl hier im Prinzip ein Rückschluß ¹⁾ auf das Vorhandensein einer Tradition möglich ist.

Zum einen läßt jedoch eine solche Wahrscheinlichkeitserwägung die genügende Bestimmtheit im Rahmen der konkreten Fragestellung vermissen. Zum anderen ist die Gegenurkunde nicht für sich betrachtet, sondern vielmehr nur in der realen Wechselbeziehung in ihrer ganzen Bedeutung erfaßbar.

Infolgedessen sollen nur diejenigen Quellen die Grundlage zur Auswertung der besonderen Leistungskriterien bilden, die sowohl die Leistung des Tradenten als auch die des Klosters beinhalten.

Gemäß der Aufgabenstellung soll nun die Darstellung der klösterlichen Leistung erfolgen. Das Schwergewicht der Erörterung liegt jedoch wie bereits eingangs betont auf der Frage nach den juristischen Formen, die zur Verwirklichung dieser Pfründgewährung gefunden wurden, die den Rahmen dieser Leistungserbringung bilden.

Für diese juristischen Formen soll der Versuch unternommen werden, folgenden Prozeß nachzuweisen:

Die ursprüngliche Rechtsform der Pfründgewährung war ein sog. "Vorbehaltsgeschäft". Dieser geschaffene Arbeitsbegriff soll ausdrücken, daß das Kloster die Leistung an den Pfründnehmer auf Grund eines von diesem getroffenen Vorbehaltes erbringt.

Dieses "Institut des Lebensunterhaltvorbehaltes" wird schließlich nach verschiedenen Übergangsformen durch Pfründvereinbarungen abgelöst, die bereits deutliche Ansatzpunkte für vertragsmäßiges Denken aufwei-

1) So R. Hübner, donationes, S. 99; G. Caro, Studien zu den älteren St. Galler Urkunden, S. 230, 231.

sen. Am Ende des Prozesses steht also eine rechtliche Ausgestaltungsform, für deren Verständnis das moderne Recht die juristische Konstruktion des Vertrages zur Verfügung stellt.

Darüber hinaus und vorab soll jedoch noch der weitere Nachweis versucht werden, daß die anfängliche Form der Pfründgewährung auf Grund Vorbehaltes ihrerseits eine unmittelbare Vorstufe in einem anderen "Vorbehaltseinstitut" findet.

Die Vergabung auf Grund eines Nutzungsvorbehaltes hat - durch wirtschaftlich-soziale Gründe bedingt - zur Ausbildung der Vergabung auf Grund des Lebensunterhaltsvorbehaltes geführt.

Im Laufe der Untersuchung soll die aufgestellte These des Prozesses von dem Nutzungsvorbehalt über den Lebensunterhalt-Vorbehalt zur Lebensunterhaltvereinbarung behandelt werden.

1. Kapitel

Der Vorbehalt der Nutzung als Vorstufe des Lebensunterhalt- Vorbehaltes

Die folgenden Ausführungen sollen nunmehr den Weg und die Gründe verständlich werden lassen, die darauf hinweisen, daß die Vergabung unter Nutzungsvorbehalt einerseits geeignet war, sich von der unter Lebensunterhalt-Vorbehalt "ablösen" zu lassen und andererseits die "außerrechtlichen" Gegebenheiten auch dazu führten, daß diese Möglichkeit erkannt und umgesetzt, d.h. praktiziert wurde.

Im wesentlichen ist nicht das "Institut" des Nutzungsvorbehaltes als solches, sondern dessen Entwicklungsfähigkeit aufzuzeigen, die Tatsache, daß hier der Keim zur Umbildung vorlag und schließlich diese wahrgenommene Fähigkeit auch voll ausgeschöpft wurde.

Abschließend interessiert noch eine vergleichende Wertung der beiden Vorbehaltsformen.

Bereits einleitend wurde kurz erwähnt, daß die Zahl der freien und vorbehaltlosen Vergabungen schon im 8./9. Jahrhundert selten ist ¹⁾. Sog. Vorbehaltsvergaben beherrschen das Urkundenbild.

Leicht erkennbar sind diese Vergabungen am äußeren Urkundenaufbau. Grundsätzlich bildet den Ausgangspunkt die Übertragung von Grundvermögen zum Besten der Seele, während dann eine Einschränkung ²⁾ erfolgt, die zum Ausdruck bringt, daß ein bestimmtes Verhalten des Klosters ausbedungen wird.

So erfolgen beispielsweise Vorbehalte dahingehend, daß das Kloster den vergabten Gegenstand auf festgelegte Art und Weise verwenden muß ³⁾ oder insbesondere ihn nicht weitervergeben ⁴⁾ darf oder aber, daß der

1) Vgl. oben S. 93 i.V. Anm. 1

2) Die Einschränkung, für die am häufigsten Formulierungen gewählt werden wie "tali condicione", "tali vero sub forma", "ea ratione", "hac ordinatione et forma servata", "ideo videlicet ut", ist "das ganze Mittelalter hindurch ... das Normale", vgl. W. Schönfeld, Die Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, in ZRG, Germ.Abt., 42.Bd., S. 253 f i.V. Anm. 12 ff.

3) Vgl. Trad. Hochstift Passau, Bd. VI, S.115 Nr.182 (1090-1120): "... quod Gumpo vir religiosus et timens deum predium quoddam Nuwenhoven dictum ob salutem anime sue sueque coniugis Liuzę ... in possessionem et servitium fratrum tradidit sub ea condicione, ut nequaquam illud ... vel fratri vel cuiquam privatim dari liceat, sed communiter ad mensam et prebendam fratrum pertineat"; ähnlich, a.a.O., S. 142 Nr. 291 (1110 - 1130).

4) Zahlreiche urkundliche Beispiele siehe bei R.Hübner, donationes, S. 133 ff; zum Gebot an den Erwerber, nicht an dritte Personen weiter zu veräußern vgl. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 108 ff, 110, der davon ausgeht, daß die Finanzierung der Seelenheilsfürbitten, "dieser geistlichen Leistungen gerade aus den Erträgen des gestifteten Guts geschieht, so daß das Verbot der Weiterver-

Vergabende nach seinem Belieben den Gegenstand wieder "zurückkaufen" kann ¹⁾.

Unter Anpassung an verschiedenartigste Bedürfnisse und Verhältnisse sind die jeweiligen Vorbehalte ausgestaltet und abgewandelt und finden sich ihrerseits in Kombinationen und Mischformen.

Der jedoch am häufigsten vorkommende und in seiner Bedeutung einschneidendste und seinem Inhalt nach umfassendste Vorbehalt ist der Vorbehalt der Nutzung - die sog. *donatio reservato usufructu* ²⁾.

äußerung durchaus verständlich ist. Die Parteien wollen für alle Zeiten jährlich wiederkehrende Leistungen vereinbaren und müssen deshalb das Gut auf ewig an das Kloster binden." Die Grundlage für das Weiterveräußerungsverbot sieht er jedoch in der Vorstellung, daß die ehemals familienrechtliche Bindung des Grundstücks niemals ganz verloren gehen und vergessen werden kann, daß der Erwerber das Gut grundsätzlich zu "ewigem" Eigen haben soll, so wie es die Veräußerer seit unvordenklichen Zeiten als ewiges Eigen gehabt hatten.

- 1) Vgl. UB. St. Gallen, Bd. I, Nr. 83 (773): "Ego Waltrid ... dono atque trado ... in ea ratione ut illas res possedeam ... Et si mihi aliquando aptum videtur, ut illud redimam, cum XXX solidis illas res ... redimam", ähnlich, a.a.O., Nr. 159 (799); Nr. 240 (819) Nr. 360 (837), Nr. 379 (839); a.a.O., Bd. II, Nr. 396 (845); Nr. 473 (860); Nr. 717 (899); Nr. 764 (910); vgl. ferner auch R. Hübner, a.a.O., S. 135 ff mit weiteren Quellenbelegen; zur Rückkaufo Klausel im Falle veräußerter Güter und zur Frage nach den Motiven der Vereinbarung einer Rückkaufo Klausel vgl. Hattenhauer, a.a.O., S. 103 ff.
- 2) Ebenso häufig findet sich eine Seelenheilsvergabe in Form der sog. "*donatio post obitum*". Zahlreiche Urkundenbeispiele - die meist "ego N. N. ... trado ... post obitum meum" lauten - siehe bei R. Hübner, *donationes*. Nach den Vorstellungen des modernen Rechts soll diese Form sich begrifflich streng von der "*donatio reservato usufructu*" unter-

scheiden. Die donatio post obitum soll hiernach ein bedingtes Rechtsgeschäft sein, bei dem der Schenker bis zu seinem Tode als Eigentümer ohne Veräußerungs- und Vererbungsbefugnis den Boden nutzen kann, während die geistliche Anstalt ein unwiderrufliches Anwartschaftsrecht erhält, das mit dem Tode des Schenkers zum Eigentum erstarkt.

Dagegen soll die donatio reservato usufructu ein unbedingtes Rechtsgeschäft sein, bei dem die geistliche Anstalt sofort Eigentümer wird und dem Schenker der Nießbrauch gewährt wird. So: R. Hübner, donationes, insbesondere Zusammenfassung, S. 150 f; ders., Grundzüge des deutschen Privatrechts⁵, S. 786; Planitz, Deutsches Privatrecht³, S. 240; ferner E. Loening, (Geschichte des Kirchenrechts, Bd. II, S. 656, 659; S. 751 ff Anhang I zu S. 659) der sich gegen die von Heusler (Institutionen, Bd. II, S. 118 ff) aufgestellte Theorie, die einen rechtlichen Unterschied nur in der Zinsbestellung sieht, wendet und ebenfalls strenge Gegensätzlichkeit vertritt; Vögeli, Leibding, S. 18 f.

Einen rechtlichen Unterschied verneinen W. Schönfeld, Die Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, ZRG, Germ.Abt., 42.Bd., S. 268 ff; Robert Caillemet, Origines et développement de l'exécution testamentaire, S. 272 ff; Georges Chevrier, Déclin et renaissance du testament en droit bourguignon (Mém. de la Société p. l'Histoire du Droit et des Institutions des anciens pays bourguignons, comtois et romans, Fasc. 9, Dijon 1943), S. 29 f; Reicke, Spital, Bd. II, S. 197.

Die modernrechtlich-begriffliche Erfassung der Rechtsvorgänge dieser Seelenheilsvergaben wird zu Recht abgelehnt von H. R. Hagemann, Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt, S. 340 f; H. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 19; H. A. Schultze von Lasaulx, ZRG, Germ.Abt., 66.Bd., S. XIV. Die Quellen der fränkischen Zeit gehen nämlich keine besonderen Anhaltspunkte, die eine derartige juristisch-dogmatische Kategorienbildung ermöglichen.

Charakteristisches Kriterium ist hier, daß der Vergabende ¹⁾ auf Lebenszeit die Nutzung des vergabten

Hattenhauer (a.a.O.) faßt überzeugend die Wesensgleichheit dieser beiden "Verfügungstypen, zwischen denen die Grenzen verschwimmen", zusammen: "In beiden Fällen geht es um die Abspaltung der Nutzung vom Vollrecht. "Ferner könne jedesmal der Verkäufer sowohl den Boden bestellen und nutzen, als auch sich auf seine fromme Gabe zum Besten seines Seelenheils berufen.

- 1) Zur Abrundung sei noch auf einige Sonderformen (ihrerseits in mannigfacher Kombination vorkommend) auf Seiten des "nutzenden Tradenten" hingewiesen: Das Bestehen mehrerer Tradenten, die die Nutzung behalten; vgl. Urkunden hierzu bei R. Hübner, a.a.O., S. 125, 126; Vögeli, Leibding, S. 36 ff.

Dabei konnten dann die mehreren Personen gleichzeitig (u.U. auch neben einem Tradenten ein Nicht-Tradent) nutzen, z.B. Eltern (-teil) und Kind: UB. St. Gallen, Bd.I, S.230 Nr.238 (818); UB. Zürich, Bd.I, S. 126 Nr.233 (1044); vgl. auch Beispiele bei R. Hübner, a.a.O.; häufig bei Ehegatten: UB. Zürich, Bd.I, S.65 Nr.152 (888), S. 86 Nr. 194 (931) und zahlreiche Beispiele bei R. Hübner, a.a.O., S.125. Der Tradent bedang sich aber auch vielfach die Nutzung für einen Dritten aus, siehe R. Hübner, a.a.O., S. 127.

In anderen Fallausgestaltungen stand mehreren Personen nacheinander die Nutzung zu, oft in der Weise, daß der Nachfolgende nach dem Tod des Vorgängers dessen Nutzung innehatte, oder bei vorheriger gemeinsamer Innehabung nunmehr alleine nutzte. Großer Beliebtheit erfreute sich diese rechtsgeschäftliche Form, - die bereits R. Schröder, Geschichte des ehelichen Güterrechts, S.157 und von Wyß, Eheliches Güterrecht der Schweiz, S.29 andeuten - bei Ehegatten: UB. St. Gallen, Bd.I, S.267 Nr.286 (824); Bd.II, S.19 Nr.398 (846), S.145 Nr.532 (868), S.259 Nr.655 (886), denn mittels einer derartigen Abmachung konnte praktisch die Versorgung der Witwe sichergestellt werden. Über die Bedeutung des Rechtsgeschäfts als

Zodens behält. Zur Verdeutlichung mögen einige typische Beispiele dienen:

"Ego Amalbret ... trado ..., ea videlicet ratione, ut ego ipso easdem res ad me recipiens tempus vitae meae habeam" ¹⁾, oder "vir nobilis Adalker ... cogitavitque remedio aning suę et tradidit partem proprietatis suę quod habuit ad Urdorf, hoc sunt curtem cum domo cum aliis aedificiis et de terra arabili iugera XXXVI et de pratis carradas XL et duas partes silvę suę et mancipia V his nominibus ... Haec omnia supra enumerata firmiter tradidit ... ea ratione firma donatione, ut ipse iam dictus Adalker et filius eius Alpuni ipsam rem potenter habuissent ad usitandum usque ad vitam illorum" ²⁾, ferner die Übergabe Starcholfs und Hattos: "... totum ex integro tradiderunt ... excepto agros VI et duo carrada de pratis. Ea vero ratione hanc traditionem fecerunt, ut liceat eos eandem rem habere usque dum vivunt, post obitum vero illorum sine ulla contradictione domui sanctae Mariae permaneat" ³⁾, die Übergabe Pernuins: "... tradidit ... quantumcunque hereditatis seu acquisitionis in pago Uparecha in loco nuncupante Pêrc habere visus fuerat, hoc totum donavit atque transfundavit ... cum domibus aedificiis curtiferis wadriscapis terris silvis campis pratis pascuis farinariis mancipiis aquis aquarumque decursibus cultis et incultis greges cum pecoribus tradidit ... Eo utique tenore factum fuisse constat, ut ille ipse tamdiu in hac fragili et miseria vita degeretur, ad suum usum et utilitatem frueret" ⁴⁾, oder "trado ad monasterium ... totum quos proprie hereditatis visus sum habere ... ea ratione, ut quamdiu vivam usufrutuario ... res

Witwenversorgung vgl. Lamprecht, Wirtschaftsleben, Bd. I/2, S. 893; Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 217 und R. Schröder, Geschichte des ehe-lichen Güterrechts, S. 160.

1) UB. St. Gallen, Bd. II, Nr. 592 (875).

2) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 544 Nr. 641a (841).

3) Trad. Hochstift Passau, a.a.O., S. 267 Nr. 311 (814).

4) Trad. Hochstift Passau, a.a.O., S. 365 Nr. 426 (819).

possideam" 1).

Weitere Anwendungsfälle 2) finden sich in beliebiger Zahl in den Urkunden- und Traditionsbüchern.

Nach den Vorstellungen des modernen Rechts 3) sollen die "donationes reservato usufructu" zum einen Schenkungen sein. Hier sei nochmals betont, daß wegen des echten Gegenleistungscharakters der Zuwendung kirchlicher Gnadenmittel diese "Seelenheilsgeschäfte" ihrem Wesen und ihrer Bedeutung nach keine Schenkungen sind. Dem Anliegen Hattenhauers 4) folgend, nimmt die vorliegende Arbeit von der Bezeichnung als "Schenkung" in diesem Zusammenhang Abstand.

Zum anderen werden die Vergabungen unter Nutzungsvorbehalt - auf methodisch unbefriedigende Weise - nach Grundsätzen des modernrechtlichen Begriffs- und Systemdenkens dargestellt und behandelt.

Die "donationes reservato usufructu" sollen in zwei Gruppen zerfallen, in "Schenkungen mit direktem Nießbrauchvorbehalt" und solche "mit Rückverleihung zu Nießbrauch".

Bei der "Schenkung mit direktem Nießbrauchvorbehalt" soll ein Rechtsgeschäft vorliegen, bei dem in einem tatsächlichen Akt die Schenkung vollzogen und der Nießbrauch gewährt wird. Rechtlich müsse aber Zweiaktigkeit vorliegen. Denn der Schenkungsempfänger müsse begrifflich zuvor voll Eigentümer geworden sein, ehe er

1) Cod. dipl. Fuld., Nr. 517 (838), Nr. 518 (836).

2) Vgl. auch die zahlreich aufgeführten Quellen bei H.R. Hagemann, Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt, S. 341 ff; bei R. Hübner, donationes; bei R. Vögeli, Leibding, S. 19 ff; bei Ogris, Leibrentenvertrag, S. 28 ff, 36 ff.

3) Die im folgenden angeführten Konstruktionen vertreten insbesondere R. Hübner, donationes, S. 76-143, insbesondere S. 76 f, S. 87, 90 f, 92; Ogris, Leibrentenvertrag, S. 28 ff; Vögeli, Leibding, S. 19 ff; Loening, Kirchenrecht, Bd. II, S. 656-659; Henrici, Schenkungen, S. 18.

4) H. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 21 unten

das Empfangene zu Nießbrauch zurückgewähren kann. Die rein zeitliche Einaktigkeit sei also rechtlich aufeinanderfolgende Zweiaktigkeit.

Bei der "Schenkung mit Rückverleihung zu Nießbrauch" dagegen werde die rechtliche Zweiaktigkeit bereits in der äußeren Form sichtbar, da hier schon eine zeitliche Trennung der vorangehenden Eigentumsübertragung von der folgenden Rückübertragung des Nießbrauchs erkennbar sei.

Was nun die letztere der beiden "Gruppen" der donationes reservato usufructu anbelangt, so wird die dargestellte Meinung - auch wenn sie in einer modern-rechtlich-begrifflichen Erfassung dieser Rechtsvorgänge befangen ist - dennoch wenigstens in der Frage der Zweiaktigkeit von einem begrifflich unterscheidenden Sprachgebrauch entsprechender Quellen selber gestützt.

Es heißt hier nicht "trado ... ea ratione, ut habeam ad utendum" ¹⁾, sondern etwa: "ego ... tradidi ..., ut ... ab hodierno die permaneant ad domum s. Mariae ... Hoc iterum ... usu accepi" ²⁾, oder "Haec vero prescripta ad ... monasterium ... trado atque transfundo ita ut ... ipse locus sanctus vel rectores eius habeant teneant atque possideant ... Postea mea fuit petitio et vestra decreverit voluntas ut ipsas res quas tradidi ad monasterium predictum mihi ... prestare deberetis" ³⁾.

-
- 1) Vgl. hierzu die auf S. 105 angeführten Vorbehaltsbeispiele.
 - 2) Vgl. C. Meichelbeck, Historiae Frisingensis, Tom. I, 1774, Nr. 691 (836) angeführt bei R. Hübner, a.a.O., S. 90 mit weiteren Urkundenverweisungen.
 - 3) Vgl. Trad. Wizenburg., Nr. 173 (826); ähnlich Nr. 77 (787), Nr. 48 (um 810), Nr. 180 (811), Nr. 182 (812), Nr. 152 (828) jeweils angeführt von H.R. Hagemann, Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt, S. 344 mit weiteren Quellennachweisen a.a.O.; siehe auch Thurg. UB., Bd. I, Nr. 20 (792) "... et postea inter nos complacuit, ut nos tibi ipsam traditionem ad usum fructuarium prestare deberemus, quandiu vivis aut ipsam rem usare volueris."

Diese Formulierungen bringen, wenigstens den Wortlaut nach, zum Ausdruck, daß die Nutzungsgewährung auf eine vorangegangene Gutsvergabe erfolgt und lassen so jedenfalls die Auslegung zu, daß die Urkundenschreiber gedanklich zwischen diesen Vorgängen getrennt haben ¹⁾.

Darüber hinaus jedoch läßt sich eine Einordnung in die Kategorie moderner juristischer Dogmatik dem Quellenwortlaut nach nicht aufrechterhalten.

Insbesondere gilt dies für die erst genannte, hier interessierende "donatio-reservato-usufructu-art", die Grundvermögensvergabe unter Vorbehalt der Nutzung.

Die Urkunden - einige typische Anwendungsbeispiele wurden bereits oben angeführt ²⁾ - erwähnen nämlich im Prinzip zunächst die Vergabungserklärung des Tradenten - "trado rem propriam meam ..." o. ä. - und erläutern sodann diese Erklärung - "ea videlicet ratione ut" o. ä. -, indem sie in zeitlicher Reihenfolge das weitere Schicksal des tradierten Gutes umschreiben - "eandem rem ad dies vite mee fruturus sum ..." o. ä. -; vielfach erfolgt dann noch der zusätzliche Hinweis: "post obitum vero meum cum integritate ad supra notatum domum permaneant (libere devolvatur) ..." o. ä.

Die Urkunden lassen also keine offensichtliche Scheidung des sich abspielenden Übertragungsvorganges in eine Übertragung des Grundvermögens und eine Rückgewährung der Nutzung erkennen. Sie lassen vielmehr den Übertragungsvorgang eher als einen einheitlichen Vorgang mit näher umschriebenen Modalitäten erscheinen.

1) So im Ergebnis auch H. R. Hagemann, a.a.O., S. 344; erst recht läßt sich diese Auslegung in denjenigen Fällen vertreten, in denen die Gegenüberstellung von "Grundvermögensübertragung" und "Nutzungsgewährung" nicht in derselben Urkunde niedergelegt ist, sondern in getrennten Urkunden aufgenommen erscheint, die sich allerdings dem Wortlaut nach nicht spiegelbildlich entsprechen dürfen. Vgl. H. R. Hagemann, a.a.O., S. 343. 345 ff mit urkundlichen Belegen; vgl. hierzu auch schon oben S. 94 f

2) Siehe S. 105 ff

Diese Tatsache stellt zwar auch R. Hübner fest: "Dieses Verhältnis ... tritt thatsächlich nicht so scharf hervor in den zahlreichen Fällen, in welchen der Schenker ... sich den Nießbrauch vorbehält." ¹⁾ Trotzdem ist er der Ansicht, daß eine gedankliche Scheidung in "Eigentumsübertragung und Nießbrauchsgewähr" dennoch stets gemacht worden sei, weil es begrifflich notwendig war ²⁾.

Hiergegen wendet sich H. R. Hagemann, der - ebenfalls an Hand von Urkunden - der Frage, ob den "damaligen Rechtsgenossen" die Übertragung mit Nutzungsvorbehalt "in dieser begrifflichen Schärfe erschien" ³⁾, nachgegangen und zu deren Verneinung gelangt ist.

Zu Recht bezweifelt er die Annahme, daß die Verfasser der Urkunden einer auch von ihnen stets gemachten scharfen Trennung hier unscharf Ausdruck verliehen hätten ⁴⁾. Die Ausdrucksweise der Urkunden sei vielmehr ein Hinweis darauf, daß die "begriffliche Notwendigkeit" einer solchen Trennung nicht empfunden worden sei.

Es läßt sich also erst einmal festhalten, daß die Vergabung unter Vorbehalt der Nutzung ein Rechtsgeschäft ist, das sich nicht von modernen Begriffen und juristischen Denkmodellen ausgehend als zweiaktiges, d.h. in die "Übertragung des Eigentums" mit anschließender Rückgewährung des "Nießbrauchs" deuten läßt. Dem Urkundenwortlaut nach stellt dieses Geschäft sich ohne erkennbare Differenzierung als gewissermaßen

1) R. Hübner, donationes, S. 77.

2) R. Hübner, a.a.O., S. 77, 90 ff; S. 90: "Daß nämlich der bisherige Eigentümer Nießbraucher werde, setzt begrifflich stets voraus, daß vorner auf denjenigen, welcher den Nießbrauch gestattet, das Eigentum übergegangen ist."

3) H. R. Hagemann, Übertragung mit Nutzungsvorbehalt, S. 341; eine "begriffliche Schärfe" und die Zweiaktigkeit des Rechtsgeschäftes verneint ebenfalls H. Mattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 19

4) Hagemann, a.a.O., S. 342 f.

einheitlicher Rechtsvorgang dar, der die Übertragung von Grundvermögen beinhaltet, das laut ausdrücklich getroffener Bestimmung des Vergabenden von diesem lebenslänglich genutzt wird.

Des weiteren ist ein wesentliches Kriterium dieses Vorbehaltsgeschäftes die Seelenheilsmotivation des Tradenten.

In Anbetracht des Nutzungsvorbehaltes wird jedoch teilweise dem Tradenten ein geschicktes Vorgehen unterstellt, indem er zwar die Vorteile im Jenseits sich sichern wolle, ohne aber gleichzeitig die diesseitigen Vorteile, seine Güter, ganz aufgeben zu wollen ¹⁾.

Dem ist entgegenzuhalten, daß es dem Tradenten wohl nicht so sehr auf die Verwirklichung dieser beiden Interessen ankommt. Das Sorgebedürfnis für die Seele ist auch hier - wie bereits eingehend ausgeführt - sein Hauptanliegen.

Die Tatsache, daß er sich auf diesem Weg noch die Nutzung des Bodens ausbedingt, erklärt sich nicht vorwiegend aus einer Absicht, nichts "einbüßen" zu wollen, sondern vielmehr aus einer objektiv gegebenen Notwendigkeit, dem Bodenertrag als lebensnotwendige Existenzgrundlage ²⁾.

So bildet die Seelenheilsvergabe unter Vorbehalt der Nutzung eine Kompromißformel - auch für die geistlichen Anstalten, die die Erfahrung machen müssen "daß ihr Versuch, ... die vorbehaltslose Verfügung einzuführen, nicht zum Erfolg führt", die aber "klug

1) Vgl. Vögeli, Leibding, S. 25; Ogris, Leibrentenvertrag, S. 30 f; Loening, Kirchenrecht, Bd. II, S. 657.

2) So sinngemäß auch S. Rietschel, Die Entstehung der freien Erbleihe, ZRG, Germ. Abt., 22. Bd., S. 208: "das Stück Land auf dem man sein ganzes Leben zubringt, ist im wesentlichen noch die Grundlage der gesamten Existenz und die, ... die sich desselben aus Sorge für ihr Seelenheil entäußern, bedürfen einer Form, die ihnen wenigstens für ihre Lebenszeit die Nutzung des Grundstücks gewährt ..."; so auch Dopsch, Wirtschaftsentwicklung, Bd. I, S. 334.

genug waren, diese Wege mitzugehen" ¹⁾.

Hattenhauer ²⁾ kommt unter einem ganz anderen Gesichtspunkt zu dem Ergebnis, daß es sich bei der Vergabung unter Vorbehalt der Nutzung als vermittelnde Zwischenform um "eine historisch notwendige Erscheinung zu handeln scheint". Er geht davon aus, daß auf dem Wege von einer absolut verfügungsfeindlich eingestellten Rechtsordnung hin zu einer, in der Verfügungen über Grundvermögen zulässig sind, Zwischenlösungen wie die donatio reservato usufructu harmloser und daher auch beliebter sein müssen als die Endstufe der absoluten Übertragung des Eigentums.

Die unter Bedingungen erfolgende Tradition greife nicht so tief in die Güterlage des Verfügenden ein wie die schlichte Übereignung und könne daher auch leichter als die letztere vor dem Recht Billigung finden.

Auch diese Deutung, die in der "Verfügung unter Vorbehalt" eine Zwischenstufe und Übergangsform sieht, die notwendigerweise auf dem Wege zur vorbehaltlosen Grundstücksverfügung durchschritten werden muß, überzeugt in der Argumentation durchaus.

Dennoch wird man trotz, oder neben dem Aspekt dieser Schwierigkeiten mit denen die Verfügung über Grundvermögen sich in ihren Anfängen auseinanderzusetzen hat, nicht umhin können, das wenn auch vordergründige, aber nicht minder so sehr lebensnahe Moment der schlichten wirtschaftlichen Weiterexistenz als das ausschlaggebende anzunehmen.

Der Vorbehalt der Nutzung beläßt nun seinem wesentlichen Kerninhalt nach dem Vergabenden die Möglichkeit,

1) So Hattenhauer, a.a.O., S. 20 f; vgl. Vögeli, a.a.O., S. 25, die ebenfalls "Anpassung, Entgegenkommen und weitgehende Konzessionen", der jedoch, "nach immer neuen Einnahmequellen Ausschau halten" kirchlichen Anstalten feststellt; ähnlich R. Hübner, a.a.O., S. 152 "... zu wie weit gehenden Konzessionen sich die Kirche verstand, um die Schenkungslust der Laien möglichst wach zu erhalten".

2) Zum folgenden siehe Hattenhauer, a.a.O., S. 20.

auf Lebenszeit den Boden zu bestellen und den Lebensunterhalt aus dem gewonnenen Bodenertrag zu bestreiten ¹⁾.

Für den Nutzenden, der also weiterhin das Gut selbst bewirtschaftet und verwaltet, bedeutet dies aber, daß ihn neben den damit verbundenen Vorteilen auch ferner die Nachteile des wirtschaftlichen Risikos treffen. Er muß zusehen, dem Boden genügend ²⁾ abzugewinnen,

- 1) Vgl. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 19; Ogris, Leibrentenvertrag, S. 36; H. Planitz, Grundzüge des deutschen Privatrechts, S. 48; R. Hübner, donationes, S. 115.

Über diesen faktischen Inhalt der Nutzung - bedeutsam als wirtschaftlicher Vorstufenfunktionsfaktor - hinaus interessiert hier allein die bereits aufgezeigte juristische Form des Vorbehaltsgeschäftes als solchen. Eine Erörterung der innerhalb dieser Rahmenkonstruktion liegenden juristischen Konstruktion der Nutzung selbst würde den Rahmen der Arbeit sprengen und wäre für die weitere Folge dieser Untersuchung mangels eines notwendigen Verständnisbeitrages ohne Bedeutung.

Zur juristischen Konstruktion vgl. E. Bussi (La formazione dei dogmi di diritto privato nel diritto comune, S. 107 ff), der sich mit der Problematik der juristischen Konstruktion des usufructus, - eine Problematik, die sich in den beiden Fragenkreisen des formalen und kausalen usufructus einerseits und des usufructus als Teil des Eigentums oder Teil des Bodens andererseits polarisiert - beschäftigt.

- 2) Vielfach erfährt der Nutzungsvorbehalt in den Urkunden sogar eine über die "schlichte Nutzung" hinausgehende Umschreibung. Die Vergabung erfolgt unter der näheren Maßgabe sowohl der Nutzung als auch der "Verbesserung" durch den Vergabenden. Auch das dann während seiner Lebenszeit tatsächlich "Hinzugewonne" soll nach seinem Tode dem Kloster zugute kommen: vgl. Thurg. UB., Bd. I, Nr. 19 (792)

"omnia ... trado atque transfundo ... in illa ratione, ut vos mihi ipsas res prestitis ad usare et meliorare, ... quamdiu vivo; ferner Trad. Hochstift Freising, Bd. I, S. 417 Nr. 468 (823): "... ego Ilprant et coniux mea Kersuind una cum filia nostra

Arbeitskräfte zu unterhalten und die Folgen von naturereignisbedingten Ausfällen durch Mißwuchs, Feuer, Hagel, Überschwemmungen oder auch Kriegseinwirkungen tragen ¹⁾.

Damit wird zugleich deutlich, daß in einem derartigen Rahmen wirtschaftlicher Gegebenheiten das Rechtsgeschäft der *donatio reservato usufructu* nicht geeignet war, für sozial schwach gestellte Gesellschaftsgruppen eine entsprechende Sicherheit zu bieten. Die wirtschaftlichen Sorgen und Probleme um die Bodenbebauung in eigener Regie mit allen Nachteilen waren von sozial schwachen Menschen wie etwa einem alten oder kranken Mann, einer alleinstehenden Frau oder einem alternden, kinderlosen Ehepaar nicht zu bewältigen.

Das Institut der Vorbehaltsnutzung sah keine Maßnahmen zur Beeinflussung der Lebenslage der sozial schwachen

nomine Ilpure quicquid proprio hereditatis aut acquisitionis praesenti tempore habere visi fuimus in loco nuncupante ad Calmanapah, hoc totum et integrum ipse supradictus Ilprant propria manu firmiter tradidi ... pro remedium animarum nostrarum ... ea ratione, ut ego ipse et coniux mea necnon et filia, quousque in hac fragili vita vixerimus, ad nostrum usum ac potestatem habemus; post nostrum vero obitum quicquid ibidem adtractum emelioratumque reperi-
tum fuerit, hoc totum et integrum ad praedicto domo ... firmiter teneatur." Ähnlich UB. St. Gallen, Bd. I, S. 124 Nr. 132 (792); ferner Thurg. UB., Bd. I, Nr. 73 (848): "post meum vero obitum omnes predictae res in omnibus meliorate et aucte ad monasterium statim revertantur"; ebenso a.a.O., Nr. 41 (827); Nr. 51 (834), Nr. 53 (836); Nr. 66 (841); ähnlich UB. Zürich, Bd. I, S. 45, Nr. 114 (870), S. 126 Nr. 233 (1044); vgl. auch Quellenbeispiele bei R. Hübner, *donationes*, S. 114 f.

- 1) Vgl. hierzu Ogris, *Leibrentenvertrag*, S. 32, 45; selbst wenn der Vergabende die Bewirtschaftung des Gutes durch einen anderen vornehmen ließ, so verblieb ihm trotz der Befreiung von der Last der Selbstbewirtschaftung noch die Last der Selbstverwaltung und des Risikos für die erwähnten Naturkatastrophen, siehe Ogris, a.a.O., S. 47.

chen Gesellschaftsgruppen" ¹⁾ vor, insbesondere keine Maßnahmen, die "dem Schutz der Lebenslage vor bestimmten Gefahren ihrer Verschlechterung dienen" ²⁾.

Sozialpolitisch gesehen konnte das Institut also den sich ergebenden Bedürfnissen bei Krankheit, langwierigen Leiden und Gebrechen, im Greisenalter und in besonderen Not- und Mangellagen nicht gerecht werden.

Eine Lösung der erwähnten wirtschaftlichen und sozialen Probleme und Sorgen bot sich jedoch für den Tradenten in anderer Richtung an. Dieser Schwierigkeiten war er nämlich dann enthoben, wenn er ³⁾ sich ins Kloster begab und sich dort versorgen ließ ⁴⁾, sei es in der Weise, daß ein Vorbehalt lebenslänglichen Lebensunterhaltes und Aufnahme in das Kloster den Nutzungsvorbehalt rechtzeitig, d.h. im Zeitpunkt der jeweiligen Bedürftigkeit ablöste oder sogleich statt dessen ausbedungen wurde.

So behielten sich besonders weitsichtige Tradenten, die die eines Tages mögliche oder zu erwartende Problematik der Selbstbewirtschaftung des Bodens im Alter- oder Krankheitsfalle wohl mit einberechneten, noch außer der Nutzung - die gewissermaßen nur als Übergangsstadium diente - lebenslänglichen Unterhalt im Kloster vor.

-
- 1) G. Weisser, Soziale Sicherheit, in HdSW. 9. Bd., Stuttgart-Tübingen-Göttingen 1956, S. 396.
 - 2) G. Weisser, a.a.O., S. 396; unter den Maßnahmen, mit denen es die Sozialpolitik zu tun hat, werden ferner auch solche verstanden, die zur Hebung der Lebenslage führen, vgl. a.a.O.; vgl. auch W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen, Köln 1968, S. 10 f.
 - 3) Keine selbständige Behandlung erfahren im Rahmen der Untersuchung die vielfältigen Sonderformen, die sich daraus ergeben, daß der Unterhalt gleichzeitig oder nacheinander für mehrere Personen oder auch für einen Dritten vorbehalten wird. Für vergleichbare Ausgestaltungen bei dem Nutzungsvorbehalt siehe Anm. 1 S. 104 (105)
 - 4) "... mit der Aufnahme in das Kloster selbst oder einen seiner Höfe (curtis) auf Lebenszeit ist die

Dies geschah häufig in der Weise, daß der Vergabende erklärte, die Nutzung so lange innehaben zu wollen, bis er in das Kloster einzutreten sich entschlösse; wenn das letztere geschähe, so solle ihm innerhalb der Klostermauern ein Aufenthaltsort, Speise, Trank und Kleidung gewährt werden ¹⁾.

Als Anwendungsfall möge folgende Formulierung dienen: "... ea videlicet ratione, ut ego easdem res ad me recipiens tempus vite mee possideam et quandocumque mihi animo placuerit vitam secularem relinquere, licentiam habeam in clauistro degere et monachico habitu me vestire; ... prefate res ex integro ad monasterium succedant perpetualiter possidende absque contradictione ullius persone." ²⁾

Deutlich und klar wird jedoch der vorbauende, planende Versorgungsgedanke für den Krankheits-, Alters- oder Armutsfall in folgenden "kombinierten" Nutzungs- und Lebensunterhaltsvorbehalten durch ausdrückliche

eigentliche Verpfändung von Laien begründet", vgl. Vögeli, Leibding, S. 63.

- 1) So sinngemäß R. Hübner, donationes, S. 139; vgl. die dort zahlreich aufgeführten Quellenbelege; zuweilen ließ sich der Tradent sogar bei seinem Eintritt in das Kloster den Lebensunterhalt verschaffen, ohne dann, schon zu seinen Lebzeiten, dem Kloster die Nutzung zu überlassen. Vgl. UB. St. Gallen, Bd. II, S. 101 Nr. 485 (861), S. 248 Nr. 643 (885); UB. Zürich, Bd. I, S. 304 Nr. 424 (1224); Trad. Hochstift Freising, Bd. I, S. 365 Nr. 426 (819); UB. Freiburg, Bd. III, S. 207 Nr. 273 (1313); vgl. auch Beispiele hierzu bei Hübner, a.a.O., S. 139.
- 2) UB. St. Gallen, Bd. II, S. 369 Nr. 768 (912); ähnlich a.a.O., S. 118 Nr. 504 (864), S. 24 Nr. 403 (847), S. 61 Nr. 443 (855), S. 119 Nr. 505 (864), S. 143 Nr. 530 (867); vgl. auch Lentze, Herrenpfünden, S. 166 (i. V. mit Anm. 43) "Peter von Schenna, Burggraf zu Tirol, will das Stiftungsgut in eigener Verwaltung und Nutznießung haben, solange er die Herrenpfünde nicht in Anspruch nimmt."; siehe auch a.a.O., Anm. 42: "Zem ersten so sullen sie uns ein herren phrunte geben, swen wir diu ezzen wellen".

Erwähnung erkennbar:

"Ego Hemmo ... trado - omne praedium meum ... - sed quia sustentaculo praesentis vitae non aliunde sufficiebam, ab ipso abbate Ezzone et a fratribus usufructum ... suscepi ea conditione, ut si vel afflicto infirmirate, vel deficienti senectute necessaria vitae deficerent, a clauistro victum et vestitum, quoadusque viverem, reciperem" ¹⁾ - Hemmo will also, da er von anderswoher keinen Lebensunterhalt bekommen wird, daß er, wenn ihm - sei es als durch Krankheit Niedergebeugtem oder durch Alter Ermattetem - das Lebensnotwendige zu fehlen beginnt, vom Kloster bis zu seinem Lebensende mit Nahrung und Kleidung versorgt wird. Genauso deutlich kommen auch in folgenden Vergabungen entsprechende Sicherheitsüberlegungen zum Ausdruck:

"... quodsi vel morbo vel senio ad hoc perductus fuero, ut nec mihi, nec subiectis prospicere valeam in loco eodem vestiari tantum et pascari, de reliquo rerum ipsarum potestate destituar." ²⁾, oder: "... hac interiecta conditione, ut, quoad vixero, ab abbate loci eiusdem prestita meis commodis prospiciant. Si vero paupertas importuna occupaverit aut senectus gravaverit, ita ut eis (die Güter) per ne uti nequeam, ego tantum et predicta coniux mea ibidem pascantur, de reliquo omni in rebus predictis proprietate privemur." ³⁾

Hier, wie bei dem sofortigen und lediglichen Lebensunterhaltsvorbehalt ⁴⁾ ohne vorangehende Nutzung, war eine gesicherte Versorgung mit allem Lebensnotwendigen

1) Vindemiae literariae collectio, Bd. I / VII, S.86 Nr. 77 (o. J.); vgl. auch a.a.O., S. 59, Nr. 13 (1100): "... verum si ante obitum inopinata nos egestas occupaverit aut senii debilitas in tantum confecerit, ut per nos eis (die übertragenen Güter) uti nequeamus, statutum est quatenus nos ... in convictum et societatem fratrum transeamus, et de reliquo inpraescriptis rebus nichil proprietates, nichil emolumenti capiamus."

2) UB. St. Stephan, Würzburg, Bd. I, S. 24 Nr. 17 (1099).

3) A.a.O., S. 27 Nr. 19 (1100).

4) Siehe hierzu unten S. 129 ff

gewährleistet. Der sozial schwache Mensch war von der Last der Selbstversorgung und der Mühe um die Beschaffung der Lebensbedürfnisse entbunden.

Unterkunft und Kleidung wurden ihm vom Kloster gestellt und, ohne sich selbst um die Bereitung der Speisen kümmern zu müssen, wurde er mit Nahrungsmitteln aus der Klosterküche ¹⁾ versorgt. Die damit verbundene Aufgabe der wirtschaftlichen Selbständigkeit mag oberflächlich betrachtet nachteilig erscheinen. Man darf jedoch nicht vergessen, daß gerade die wirtschaftliche Selbständigkeit für den sozial schwachen Menschen mehr Last als Vorteil bedeutet.

Das Nutzungsvorbehaltsgeschäft erscheint nunmehr unter verschiedenen Gesichtspunkten als entwicklungsfähige Vorstufe des Lebensunterhaltsvorbehaltsgeschäftes.

Zum einen bestand da als "außerrechtliche" faktische Gegebenheit ein dringendes sozial-wirtschaftliches Bedürfnis bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, das wohl den Impuls zur Suche eines Geschäftes gab, das seinem Inhalt nach den mit der donatio reservato usufructu verbundenen Schwierigkeiten abhalf - der Vergabung unter Lebensunterhaltsvorbehalt.

Zum anderen konnte man hier die alte herkömmliche und gewohnte juristische Form beibehalten, die Vorbehaltsform ²⁾. Man konnte nach wie vor Sorge für das Seelenheil treffen, während in einem einheitlichen Vorgang die Übertragung unter einer bestimmten vom Tradenten getroffenen Maßnahme erfolgt.

Der Inhalt dieser Maßgaben ist zwar prinzipiell sehr unterschiedlich, denn im Fall der donatio reservato usufructu sah der Vorbehalt die lebenslängliche Nut-

1) Vgl. etwa Mon.Boic., Bd.24, S.152 Nr.122 (1398):

"... von chuchen und von keler an pier und an prot und an teglicher chuchen speis ..."; oder etwa Fontes rerum Austriacarum, Bd.34, S.518 Nr.727 (1428):
"... so sol man sy speysen von kuchen ...".

2) Vgl. hierzu Beispiele und Ergebnisse des zweiten Kapitels dieses Teiles.

zung des Bodens vor, im Fall des Lebensunterhaltsvorbehaltes war lebenslänglich Nahrung, Kleidung und Unterkunft ausbedungen.

Beiden Vorbehalten ist nun zwar gemeinsam, daß die Empfängerseite, das Kloster, das "Eigentum" des Bodens erhält - auch im Falle des Nutzungsvorbehaltes, wo das Kloster also überhaupt keine Nutzung erhält.

Umfassendes Nutzen des Eigentums, "Sachherrschaft" ist für den modernen Eigentümer wesentlich für sein Eigentumsverständnis, für die Rechtsgenossen des Mittelalters aber ist die Sachherrschaft kein notwendiges Merkmal, "sie kann sogar fehlen, ohne daß dadurch nach den Vorstellungen der Parteien das Wesen des Eigens berührt zu werden braucht." ¹⁾

Gemeinsamkeit ist ferner - auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht -, daß in beiden Vorbehaltsfällen die "Maßgabe" die Sicherung der grundlegenden Lebensbedürfnisse zum Ziel hat, auf mittelbarem Weg über den Vorbehalt der Nutzung, unmittelbar über den Vorbehalt des Lebensunterhaltes.

Wesentlicher Unterschied ist es jedoch, daß der Pfründner im Gegensatz zum Nutzenden keinerlei Beziehung mehr zum Boden hat.

Dennoch wäre es verfehlt, auf Grund der Bodennutzung ²⁾ hier eine rechtliche Wertung dahingehend zu treffen, bei der *donatio reservato usufructu* würde infolge des Vorbehaltes eine lebenslängliche Nutzung eingeräumt, ein Akt, der dem Nutzenden "ein lebenslängliches dingliches Recht gewährte; er weist das Rechtsgeschäft ein-

1) H. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S.140; siehe auch a.a.O., S.109; vgl. ferner oben S. 53, 68

2) Vgl. Hattenhauer, a.a.O., S. 72, der zu dem Ergebnis kommt, "wie sehr selbst das hochmittelalterliche Bodenrecht noch «personal» ist, wie wenig es gelungen ist, Rechte zu verdinglichen, die dem modernen Betrachter ohne weiteres als dinglich erscheinen müssen. Ein «Sachen»-Recht im modernen Sinn ist das Grundeigentum noch nicht ...".

deutig dem Bereich des Sachenrechts zu." 1)

Einen besonders guten Nährboden für ein derartiges Rechtsgeschäft biete schließlich auch eine durch das ganze Mittelalter hinziehende "Tendenz zur ... inhaltlichen Verfestigung der dinglichen Rechtsverhältnisse", wobei als Folge dieser Strömung die *donatio reservato usufructu* eine der Typen darstelle, die "die Rechtsordnung den Rechtsgenossen zur Regelung ihrer sachenrechtlichen Beziehungen ... zur Verfügung stellt." 2)

Ebenso unrichtig wäre es, in analoger Gedankenführung im Falle des Vorbehaltes von Nahrung, Kleidung und Unterkunft wegen der hier fehlenden Beziehung des Pfründners zu Grund und Boden 3), dieses zwischen dem Kloster und dem Eintretenden begründete Rechtsverhältnis, als "schuldrechtliches" 4) zu qualifizieren.

Eine Einordnung der untersuchten Institute und modernes Denken in den Kategorien des Schuld- und Sachenrechts trägt zum Verständnis des mittelalterlichen Rechts nicht bei. Den Quellenaussagen ist diese moderne Unterscheidung oder eine analoge Vorstellung unbekannt und daher in ihrer Anwendung auf diese auch von keinerlei Erkenntniswert 5) ..

-
- 1) Ogris, Leibrentenvertrag, S. 41; vgl. auch H. R. Hagemann, Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt, S. 348: "Die Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt ... begründeten nicht selten höchst komplexe Ordnungen dinglicher Natur."
 - 2) Hagemann, a.a.O., S. 357; so auch Ogris, a.a.O., S. 42, der sich bei seinen Ausführungen auf Hagemann stützt.
 - 3) Siehe hier wiederum die Ausführungen in Anm. 1 S. 124
 - 4) So ordnet beispielsweise Ogris, a.a.O., S. 60, die in der Mitte des 13. Jahrhunderts vorkommende Vergabung unter "Leibrentenvorbehalt" in die moderne Kategorie des Schuldrechts ein, indem er feststellt, daß "zu dieser Zeit der Leibrentenvertrag trotz der konservativen Vorbehaltsform seine eigene schuldrechtliche Gestalt gefunden hatte."
 - 5) Vgl. hierzu insbesondere H. Hattenhauer, Zur Frage rechtshistorischer Hermeneutik, Exkurs I in: Die Entdeckung der Verfügungsmacht, S. 150 ff.

Im Ergebnis läßt sich also festhalten, daß wahrscheinlich ausschlaggebende wirtschaftliche und soziale Umstände es waren, die dem Tradenten die Unterhaltserlangung im Kloster vorteilhafter erscheinen ließen als die Selbstbewirtschaftung und Selbstverwaltung von Grund und Boden.

Der Vorbehalt der Nutzung wurde vom Vorbehalt des Lebensunterhaltes abgelöst, wobei die aufgezeigten "Mischformen", die Vergabungen, die beide Vorbehalte zugleich enthalten, sich gewissermaßen als Bindeglied und Übergangsform werten lassen.

2. Kapitel

Der Vorbehalt des Lebensunterhaltes als Vorstufe der Lebensunterhalts- vereinbarung

Das vorige Kapitel hat sichtbar gemacht, daß und wie die Vergabung auf Grund eines Nutzungsvorbehaltes zur Ausbildung der Vergabung auf Grund des Lebensunterhaltsvorbehaltes geführt hat.

Im folgenden bildet nun die Ablösung der Lebensunterhalts-Vorbehaltsform durch die Lebensunterhaltsvereinbarung den Rahmen der Untersuchung.

Aufgabe ist es, diesen Prozeß, in dem das so lange Zeit praktizierte Vorbehaltsgeschäft schließlich von einer juristischen Form verdrängt wird, die bereits deutliche Ansatzpunkte für vertragsmäßiges Denken aufweist, darzustellen. Dabei soll versucht werden, die Wege, die im Vollzug dieses Wandels beschritten werden, aufzuzeigen und ferner die Frage nach den sozialen und wirtschaftlichen Hintergründen zu beantworten.

Innerhalb dieser rahmenbildenden Untersuchung des historischen Prozesses soll die Frage nach dem Inhalt - insbesondere, ob und inwieweit dieser eine bestimmte und erfassbare Regelung zu erkennen gibt - der klösterlichen "Leistung" ¹⁾ behandelt werden; sei es nun, daß

1) Sowohl bei dem hier zu untersuchenden Vorbehaltsunterhalt als auch bei dem späteren auf "Vereinbarungsbasis" gewährten Unterhalt erfolgt aus Grün-

diese Leistung, die Lebensunterhaltsgewährung, auf Grund eines Vorbehaltes erfolgt, oder aber im Wege der Vereinbarung erbracht wird.

Bei der Suche nach etwaigen Leistungsmerkmalen an Hand des Quellenwortlautes interessiert zum einen auf Grund welcher Kriterien die Lebensunterhaltsleistung einem Vorbehalt zuzuordnen ist, oder, wann diese gewissermaßen einer Vereinbarung zu verdanken ist.

Zum anderen ist es noch von Bedeutung, ob und wie die klösterliche Leistung in den verschiedenen juristischen Formen - der "Vorbehalts-" und der "Vereinbarungsform" - auch eine verschiedene inhaltliche Regelung erfährt.

Den Ausgangspunkt der Untersuchung bildet nunmehr eine Brörterung der Lebensunterhaltsvorbehalte.

Bei Durchsicht des Urkundenmaterials fällt auf, daß die vorbehaltene Unterhaltsreichung überwiegend ganz allgemein umschrieben wird, meist in der Form, daß die "Maßgabe" des Tradenten auf Nahrung und Kleidung für Lebenszeit im Kloster abzielt:

"... tunc in eodem monasterio vel in proxima curte

den der Beibehaltung eines klaren Überblickes keine gesonderte Behandlung unter Differenzierung nach den verschiedenen "Pfrundarten" wie etwa: "Oblaten- Conversen- Pfründe" (vgl. Mone, ZGO, Bd. 12, Laienpfründen in Klöstern, S. 41); "Laienbrüder-, Herren-, Jungherren-, Prälaten-Pfründe" (vgl. Lentze, Herrenpfründen, S. 167); "communis prebenda confratrum" (Trad. Hochstift Freising, Bd. II, S. 557, Nr. 1790. Cod. D f. 30' (ca. 1212-1220)); "comunis prebenda canonicorum" (Trad. Hochstift Freising, a.a.O., S. 560 Nr. 1795a) Cod. Cf. 54 (ca. 1227-1230); "prebenda dominorum" (Trad. Hochstift Freising, a.a.O., S. 560 Nr. 1791 f) Cod. D f. 31 (ca. 1212-1220); "prebenda maior (minor)" (UB. Halle, Bd. I, S. 363 Nr. 402 (1288)); "herrenphrunt" (Lentze, a.a.O., S. 163 i.V. Anm. 6); "prebenda unius domini" (UB. Kremsmünster, S. 124 Nr. 107 (1264), S. 316 Nr. 300 (1386)); "hernprebend" (UB. Halle, Bd. II, S. 158 Nr. 603 (1324)) etc.; siehe auch im ersten Teil S. 28 Anm. 2

victum et vestimentum habeam tempus vitae meae" ¹⁾,
 "... in eadem videlicet rationem, quod ... in loco
 eodem victum et vestitum commorandi habeamus et locum
 vivendi perquiramus" ²⁾ oder: "... donaverunt ... pre-
 dicto monasterio S. Arbogasti ..., dummodo ipsis
 de victu et vestitu respondeatur," ³⁾ ferner etwa:
 "... in ea ratione, ut tempus vitae meae de ipso mo-
 nasterio accipiam substantiam, id est victum et
vestimentum et calciamenta ..." ⁴⁾, "... W ...
 monasterio ... contulit hac condicione mediante,
 ut dominus D. abbas dicti monasterii et successo-
 res ejus universi memorate W. in victu et vestitu
 atque omnibus necessariis quamdiu viveret sufficien-
 ter providerent ..." ⁵⁾, "si vult in congregatione
 permanere eadem, ibidem habeat victum et vestimentum,
 si vero recederet, hec traditio nihilominus firma et
 stabilis permaneat" ⁶⁾, "... ista omnia in ea ratione
 trado ad prenominatum monasterium, ut filius meus
 Albinus ibidem habeat diebus vite sue victum et omni
 anno vestimentum et reliqua tegumenta et locum ingredi
 refectorium, manducare cum fratribus ibique privatatem
 habeat inter illis ..." ⁷⁾.

Schlicht wird oft auch nur eine "Pfründe" ausbedun-
 gen: "... pro remedio animę sue ... tradidit ... ea
 ratione firma donatione, ut ... filius eius Alpuni
 in domo sanctę Marię ad Frigisingas ... prebendam
 suam habuisset." ⁸⁾ Daß auch hier die prebenda auf

- 1) Thurg. UB., Bd. I, Nr. 65 (840); ähnlich Thurg.
 UB., a.a.O., Nr. 97 (865); UB. St. Gallen, Bd. I,
 Nr. 221 (816); UB. St. Gallen, Bd. II, S. 24 Nr. 403
 (847); S. 121 Nr. 507 (865); UB. Eßlingen, Bd. I,
 S. 54 Nr. 167 (1281).
- 2) UB. St. Gallen, Bd. I, S. 346 Nr. 372 (858).
- 3) UB. Straßburg, Bd. III, S. 97 Nr. 306 (1294).
- 4) UB. St. Gallen, Bd. I, S. 45 Nr. 44 (764).
- 5) Zitiert bei v. Amira, Nordgermanisches Obligationen-
 recht, Bd. I, S. 342 i.V. Anm. 2 (ca. 1262).
- 6) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 105 Nr. 84 (777).
- 7) UB. St. Gallen, Bd. I, S. 188 Nr. 198 (808).
- 8) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S. 544 Nr. 641a (841).

Lebenszeit gewährt werden soll, ergibt sich mittelbar aus dem Nachsatz "... post obitum vero! ... cum omni integritate supradicta pars hereditatis permaneat ad Frigisingas,"; oder "... ut hac quamdiu vixerit vita ... eique cottidiana ... prebenda et curtis monasterii muro adjacens concedatur ..." ¹⁾, "... monachi vero predicti predictum Petrum ... receperunt ut, ... habeat ... prebendam suam ..." ²⁾, "... Arnoldus de Chunstat pro filia sua Bertrada praedium apud Fullebach ... donavit, ut ipsa filia ejus prebendam de monasterio habeat ..." ³⁾.

Die häufigste Ausgestaltungsform bilden jedoch Quellen, in denen der Vorbehalt um den Zusatz erweitert ist, daß der Lebensbedarf "gleich dem anderer Klosterinsassen" ⁴⁾ verlangt wird, ohne daß ansonsten deutlichere Hinweise auf den näheren Inhalt der "Unterhaltsleistung" erkennbar würden.

Auch hier mögen wieder einige Urkundenbeispiele der Veranschaulichung dienen:

"Tradidit namque eadem Sigiza ... proprietatem qualem habuit ... et tria mancipia eo scilicet tenore, ut talem prebendam ex fratrum pertinentia quoad viveret haberet qualis uni ex fratribus ..." ⁵⁾, "... ea videlicet ratione, ut dum vixero ... in Cella Rapoti ad jus ejusdem coenobii congruum locum ad manendum habeam

1) Vindemiae literariae collectio, Bd.I/VII, S.69.

Nr. 54 (1114); siehe auch Regesta Badensia, S.151 Nr. 106 (1192).

2) Annales de l'Est, S. 86 Nr. 8 (1178).

3) Vindemiae literariae, a.a.O., S.50 Nr.26 (o. J.).

4) Insofern ist die von Reicke, Spital, Bd.II, S.191 getroffene Verallgemeinerung, daß der "Pfrundnehmer, der die geistlichen Gelübde anzulegen nicht gewillt war ... seine Verpflegung nach Maßgabe der den Klosterbrüdern zustehenden Reichtümer empfangt", ungenau, da ja die Pfrundreichung "gleich der anderer Klosterinsassen" wie ausgeführt nur eine von mehreren Ausgestaltungsformen darstellt.

5) Trad. Hochstift Passau, Bd. VI, S. 83 Nr. 95 (1013 - 1045).

mihique victus et vestitus sicut unius monachi exhibetur. Et si mater mea ibidem manere decreverit, simili modo habeat" ¹⁾ oder "ut ego Trogo victum et vestitum unius monachi accipiam temporibus vite mee." ²⁾, "... hac conditionis lege, ut quoad vixero fraternitatem et de eodem monasterio ecue ut unus fratrum prebendam ... habeam". ³⁾, "... insuper etiam ad cottidianos usus unius monachi prebenda mihi detur ..." ⁴⁾; "Also daz sy mir meine leptag geben sullen ein herren phrunt als ainem conventiner daselben an gefar" ⁵⁾, "... als einem andern pfrunder oder Klosterfrowen, die dann in dem selben Kloster gepfrundet sint..." ⁶⁾.

Eine Analyse des nunmehr vorliegenden Materials der Vergabungen unter Vorbehalt des Lebensunterhaltes unter dem Gesichtspunkt der Frage nach der juristischen Form führt zu dem bereits bei der Untersuchung der Nutzungsvorbehalte gewonnenen Ergebnis.

Der Quellenwortlaut der Übertragungen unter Lebensunterhaltsvorbehalt läßt ebenfalls keine offensichtliche Trennung des sich abspielenden Übertragungsvorganges in eine Vermögenszuwendung an das Kloster und ein darauffolgendes Lebensunterhaltsversprechen durch das Kloster erkennen, so daß man etwa zwei Rechtsgänge annehmen und von einem "zweiaktigen" Rechtsgeschäft sprechen könnte.

Der Übertragungsvorgang erscheint vielmehr auch hier als einheitlicher Vorgang mit näher umschriebener Modalität - eine Beurteilung, die sich wohl auf sämtliche "Vorbehaltsgeschäfte" ausdehnen lassen dürfte.

1) UB. St. Gallen, Bd. I, S. 288 Nr. 311 (827).

2) A.a.O., S. 327 Nr. 352 (834); vgl. auch S. 10 (744), S. 210 (816), S. 211 (816), S. 308 (830), S. 291 Nr. 314 (828); UB. St. Gallen, Bd. II, S. 110 (863), S. 134 (866).

3) Mittelrhein. UB., Bd. I, S. 396 Nr. 341 (1053).

4) Vindemiae literariae collectio, S. 65 Nr. 24 (1108); vgl. auch UB. St. Stephan Bd. I, S. 69 Nr. 56 (1114).

5) Vgl. bei Lentze, Herrenpfründen, S. 163 i.V. Anm. 6.

6) Zitiert bei Huber, Geschichte des Schweizerischen Privatrechts, S. 890 Anm. 6.

Diese Modalität, der Vorbehalt, wird wie üblich bereits aus der sprachlichen Formulierung "ea ratione, ut ...", "in eadem videlicet rationem, quod...", "eo scilicet tenore, ut ...", "ut...habeam ...", "hac condicione mediante, ut ...", "donatio tali condicione ...", "hac condicionis lege, ut ...", jeweils in Konjunktivkonstruktion, ersichtlich.

Was den Inhalt der klösterlichen Leistung auf Grund des Vorbehaltes anbelangt, so läßt sich für den Großteil der Urkunden als besonderes Kriterium feststellen, daß der ausbedungene Lebensunterhalt mit "victus et vestitus" - "Nahrung und Kleidung" oder "prebenda" - "Pfründe" ganz allgemein erfaßt wird.

Auch die häufig anzutreffende Erweiterung, diesen Lebensunterhalt "qualis uni ex fratribus", "sicut unius monachi", als einem conventiner daselben" - "sowie ein Bruder", "so wie ein Mönch" bekommen zu wollen, ermöglicht keine - jedenfalls keine unmittelbare - genauere Inhaltsbestimmung und Aufschlüsselung der Lebensunterhaltsleistung.

Hier wäre eine den Rahmen des vorliegenden Themas sprengende, ausführliche Untersuchung der Verpflegung und Bekleidung der Mönche des jeweiligen Klosters erforderlich, insbesondere, inwieweit deren Versorgung nach einer festgesetzten Maßeinheit oder aber individuell ausgerichtet war.

Unmittelbar lassen derartige Zusätze lediglich die Vermutung zu, daß mit der Versorgung "wie ein Mönch" möglicherweise eine gewisse Sicherstellung als auch Gleichbehandlung gewährleistet war.

Dieselben Überlegungen kommen für die ähnliche und in den Urkunden gleichermaßen oft vorkommende Bestimmung in Betracht, die betont, "gemäß der Gepflogenheit und Gewohnheit der übrigen", "wie die dort vorhandenen" verpflegt werden zu wollen:

"ut ego et predictus filius meus et filia mea nomine Ita in eodem monasterio prebendas et mansiones nostras secundum morem et consuetudinem ceterorum inibi manentium deinceps habeamus." 1)

1) UB. Zürich, Bd.I, S.141 (1125); ähnlich Ann. Nie-

Entscheidendes Ergebnis bleibt die Tatsache, daß im Grundsatz keine besonderen Ansätze zu einer genauen und bestimmten Umschreibung und Inhaltsregelung der klösterlichen Leistung, die laut "Maßgabe" des Tradenten begehrt wird, erkennbar werden.

Zur Vervollständigung und Abrundung des Gesamtüberblicks soll jedoch noch eine Vergabung berücksichtigt werden, die ein Ausnahmebeispiel zu dem eben gefundenen Grundsatz insoweit darstellt, als hier die Klosterleistung gerade nicht in allgemeiner Umschreibung, sondern vielmehr sehr detailliert für zwei Eheleute vorbehalten ist ¹⁾.

Nach Beschreibung der gemeinschaftlichen Vergabung - "... quod nos manu communicata pure et simpliciter propter deum ... donamus ... priori et conventui sanctimonialium in Valinder recipientibus pro se et nomine sui monasterii ..." - folgt ausführlich der Vorbehalt: "hac condictione adjecta, quos dicti prior et conventus nobis singulis annis infra duo festa videlicet assumptionem et nativitatem beate Marie virginis, quinque maldra siliginis et in vindemiis tres amas vini pro victualibus assignabunt ..." - sie wollen zu gewissen Zeiten eine bestimmte Menge Winterweizen und Wein als Nahrungsmittel haben.

Ferner wird ein bestimmter Anteil von Schafswolle jährlich als Hilfsmittel für Kleider ausbedungen: "pars media earundem (= lucri dictarum quadraginta ovium) nobis annuatim cedit in subsidium vestium".

Weiter wird differenziert Haus und Quartier für lebenslänglich im Kloster vorbehalten und das Kloster soll jedes Jahr eine Kuh und ein Schwein für das Ehepaar füttern. Schließlich wollen sie ohne Widerspruch angemessenerweise Kohlstengel und Kräuter für Gemüse,

derrh., 75. Heft, 1903, S. 110 f; UB. St. Gallen, Bd. I, S. 327 Nr. 352 (834); Württemberg. UB., Bd. I, S. 307 Nr. 248 (ca. 1096); vgl. auch weitere Beispiele bei Huber, Geschichte des Schweizerischen Privatrechts, § 166 S. 890 Anm. 6.

1) Vgl. zum folgenden in ZGO, Mone, Bd. 12, S. 192/193 Nr. 40 die "Pfründnervertrag (-Urkunde) zweier Eheleute mit dem Kloster Vallendar bei Coblenz" (1315).

und Fleischportionen sowie Brennholz im Klosterhof erhalten: "Est eciam adiectum, quod dicti prior et conventus nobis quoad dies vite nostre in curia sua conventuali in Valinder domum sive hospicium locabunt et quod nobis singulis annis vaccam et porcum pascent ..., caules vero et herbas ad olera seu pulmenta convenientes et ligna ad cremandum sine contradictione recipiemus in curia supradicta ...".

Die hier vorbehaltene Leistung des Klosters in Form der Unterkunft, Nahrung und Kleidung wird also genauestens aufgeschlüsselt angegeben. Ferner ergibt die Textauslegung, daß den Eheleuten - die sich zur Zeit ihres gemeinsamen Lebens wohl noch auf Grund der vereinten Kräfte stark fühlen - eine gewisse wirtschaftliche Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit im Form einer beschränkten Selbstversorgung verbleibt.

Bemerkenswerterweise soll aber für den Fall des Todes eines von beiden der Überlebende im Rahmen einer nun wieder "pauschalen Pfründe" versorgt werden, wohl, um jeglicher Mühe der Selbstbetreuung enthoben zu sein: "... hac condictione adjecta ... quod post mortem vero unius nostrum ... superstiti dicti prior et conventus, quoad diem vite sue, loco confratris vel sororis in prebenda providebunt."

Im Anschluß an die erörterten Lebensunterhaltsvorbehalte soll nun gemäß der Aufgabenstellung versucht werden, aufzuzeigen, auf welche Weise sich der Wandel von der Lebensunterhaltsvorbehaltsform zur Lebensunterhaltsvereinbarung vollzogen hat, wie schließlich die Lebensunterhaltsvereinbarung als Endpunkt des Prozesses ausgestaltet und insbesondere, wie hier der klösterliche Leistungsinhalt geregelt ist.

Die Frage nach den Wegen, die beschritten werden, die das Werden des Prozesses an sich ausmachen, bedeutet zugleich die Frage, welche Zuordnungskriterien die eine - die "vorbehaltsbezogene" oder die andere - die "vereinbarungsbezogene" Form bestimmen.

Gemäß der oben durch Zusammenstellung und Auswertung der Quellen gefundenen Ergebnisse werden Vorbehalte bereits an der sprachlichen Formulierung der Vorbehalts-Konjunktiv-Konstruktion erkennbar - der Tradent

tradiert für den Fall, daß er den Lebensunterhalt bekommt.

Schon nicht mehr um so eindeutige Vorbehalte handelt es sich möglicherweise bei denjenigen Textfassungen, wo die Übertragung scheinbar unter der gewohnten Einschränkung erfolgt: "... ea videlicet ratione, ut mihi econtra victus necessaria donentur." ¹⁾

Hier könnte jedoch die leicht übersehbare Einfügung des "econtra" - trotz der eigentlichen Vorbehaltsform - auf vertragsmäßiges Denken, auf das Verlangen, austauschen zu wollen hindeuten. Der Tradent sagt nämlich nicht nur, daß er Übertrage mit der Maßgabe, daß er das Lebensnotwendige bekomme, sondern bringt darüber hinaus zum Ausdruck, daß gerade eben für seine Übertragung ihm etwas gewährt werden soll.

Ebenso könnten "Zwitterformen" wie "... eo videlicet pacto, ut frater meus, qui vocatur Ouvo, locum in eodem monasterio ... habeat, necnon victus et vestitus illi similiter, ut reliquis ejusdem loci monachis, impertiat^{ur}." ²⁾, oder "ea conventione, ut sanctae congregationis fraternitas et societas, et duae praebendae, una mihi, altera praefato filio meo ... darentur" ³⁾, trotz ähnlicher Übereinstimmung mit den üblichen Vorbehalten der Formulierung nach nicht nur eine einheitliche einseitige Maßgabebestimmung bedeuten, sondern bereits im Ansatz einen Übereinkunftsvorschlag enthalten.

Auch die Vergabung des Perahart ⁴⁾, die seine Person und sein Vermögen umfaßt: "se ipsum tradidit ... quicquid ipso die propriae hereditatis se habere videbatur totum condonavit", scheint nurmehr ein Mischgebilde mit Elementen der typischen Vorbehaltsform zu sein.

Die Übertragung schließt den Vorbehalt nicht in sich ein, es wird nicht "in einem Atemzug" die gewohnte Einschränkung "ea ratione, ut" oder "ea conditione ut" gewählt, sondern die Übertragung als abgeschlossener Vorgang ohne Modalität, vorbehaltlos, geschildert.

1) UB. St. Gallen, Bd. I, S. 310 Nr. 336 (830).

2) UB. St. Gallen, Bd. III, S. 689 Anhang Nr. 9 (898).

3) Historia Trevirensis, Bd. I, S. 445 Nr. 296 (1096).

4) Hochstift Passau, Bd. I, S. 348/349 Nr. 404 (818).

Erst nach abschließend aufgeführter Vergabung bringt Perahart in einem neuen Satz zum Ausdruck, welche "Leistung" er im Anschluß für die erfolgte Übertragung erwartet: "Haec omnia ego Perahart feci, ut victum et vestitum in hac domo habuissem", ja er sichert sich des weiteren noch für den Fall ab, daß der ihm gewährte Unterhalt seinen Bedürfnissen nicht genügt: "et si minus exinde quam necessitas mihi esset, in meo proprio ad vitam meam hoc conquirere mihi licuisset."

Das dem Vorbehalt innewohnende rücksteckende, einschränkende Moment fehlt hier, durch sprachliche Aufgliederung wird der Anschein eines "Austauschverhältnisses" erweckt.

Es scheint allerdings sehr fraglich, ob den Rechtsgenossen des frühen Mittelalters, dem Kloster und dem Tradenten, derartig feine aus den Formulierungen hergeleitete Unterschiede bewußt waren. Aus diesem Grund bleibt die getroffene Deutung und Auslegung - der vielleicht auch allzusehr modernes Denken zugrunde liegt - der aufgezeigten Beispiele nur eine Möglichkeit. Das Unternehmen, an Hand der Urkunden erste Ansätze und Übergangsphasen von der "Vorbehalts- zur "Vereinbungsform" nachzuweisen, bleibt somit im lediglichen Versuchsstadium.

Dennoch finden sich bereits im 9. Jahrhundert Quellentexte, deren Auslegung unter dem Gesichtspunkt, inwieweit Anhaltspunkte für vertragsmäßiges Denken vorliegen, wohl nicht eine so sehr konstruierte Deutung ist.

So ist etwa die Vergabung Strutolfs jeglicher Vorbehaltsform entkleidet: "... ego igitur nomine Strutolf propriam hereditatem meam ... hoc est in loco qui dicitur ad Chuningaropah ... dono vel trado ... cum domo cum curte ... contra victum et vestimentum meum usque in vitam meam pro hanc traditionem." ¹⁾

Hier liegt kein einheitlicher Übertragungsvorgang vor, dessen besondere Ausführungsart lediglich näher bestimmt wird.

1) Trad. Hochstift Passau, Bd.VI, S.64 Nr.76 (821).

Gegen lebenslängliche Nahrung und Kleidung, die für diese Übertragung gewährt wird, wird tradiert.

Die Ausdrucksweise dieser Urkunde ist ein deutlicher Hinweis für ein Denken, das vertragsmäßige Züge aufweist, das darauf ausgerichtet ist, ein Austauschverhältnis zu schaffen, etwas hinzugeben mit dem Ziel, seinerseits dafür etwas zu bekommen.

Die gleichen Überlegungen ergeben sich bei der Auswertung folgender Übertragungen:

"... pro duabus annonis, una monachica usque ad terminum vite presentis sibimetipsi exhibenda et altera suo servo danda ..." ¹⁾ oder "... pro mircete anime me, vil pro nodrigamentum ..." ²⁾ oder "... concedo ... pro remedium anime mee vel parentorum meorum et propter nutrimentum diebus vite mee ..." ³⁾; ferner bei der Übertragung des Drudhart, der seine Frau mit Dauer für die Zeit ihres Lebens unabhängig von seinem Tode versorgen will: "... Drudhart studuit procurare uxorem suam usque ad vite sue finem necnon post exitum eius. Quapropter tradidit pro illa ... et obhoc tradidit, quod eadem uxor eius illic locum et mansionem simul et victum haberet." ⁴⁾

Interessant ist an dieser Urkunde, daß zuerst die Zielsetzung des Tradenten angegeben und sodann erklärt wird, daß deswegen übertragen wird.

All diesen Fällen, die gewissermaßen unverblümt zum Ausdruck bringen, daß etwas "gegen" oder "für" etwas hingegeben wird, ist also gemeinsam, daß sich hier ein Denken abzeichnet, das einem "Zug - um - Zug - Denken" sehr nahe kommt.

Für die juristische Form dieser Übertragungen sind nicht mehr die Merkmale der Vorbehaltsform erfüllt.

Die lediglich mit einer näher umschriebenen Modalität versehene Einheitlichkeit des Vorganges wird abgelöst durch einen Vorgang, der "Zug um Zug" mit einem anderen Vorgang einhergeht.

1) Trad. Kloster Tegernsee, S.3 Nr.2 (1003 - 1013).

2) UB. St. Gallen, Bd. I, Nr. 9 (774).

3) A.a.O., S. 70 Nr. 72 (774).

4) Trad. Hochstift Passau, Bd. I, S.542 Nr.637 (840).

Besonders deutlich tritt der vertragliche Charakter in den noch aufzuzeigenden spätmittelalterlichen Quellen hervor, in denen in präziser getrennter Abstufung die "Leistung" des Klosters und die des Eintretenden selbständig, wenn auch in der jeweiligen Wechselbeziehung erkennbar, formuliert wird. Einer Erklärung des Klosters folgt gesondert - wenn auch nicht unabhängig voneinander - diejenige des eintretenden Pfründwilligen oder umgekehrt; beide Seiten kommen zu Wort.

Die juristische Form dieser "Vereinbarungen" läßt sich als "zweigliedriges" Rechtsgeschäft werten, in dem der Akt der Vermögenseinbringung des künftigen Pfründners mit dem der "Pfründleistung" des Klosters einhergeht.

An Hand der Urkunden sollen nunmehr einige repräsentative Anwendungsbeispiele derartiger Fälle aufgezeigt werden. Dabei soll insbesondere die laut Aufgabenstellung zu beantwortende Frage nach Inhalt und Ausmaß der klösterlichen Leistung behandelt werden.

Unabhängig von der zu untersuchenden Leistungsregelung bringen die Quellen die gleichsam eigenständige "Leistungsbarereitschaft" folgendermaßen zum Ausdruck:

"... predictis conjugibus ... in nostro monasterio conferimus atque damus ..." ¹⁾; "das wir ... dem erbern und bescheiden Cristman Hün von Uoffsheim uf unserm des closters hof ... ze geben versprochen gelobt und verheissen haben, ... ze geben schuldig und pflichtig sin." ²⁾; "postea nos attendentes ... unicuique assignavimus et ... ministrari ordinavimus" ³⁾; "bekennen openbar ..., vnde hebben eer vorlenet ... Vnde darto scholen wy eer gheuen ..." ⁴⁾; "hirvore

1) Fontes rerum Bernensium, Bd. IV, S. 551 (1313); vgl. auch a.a.O.; Bd. I, S. 517 (1217); Bd. II, S. 171 (1237), S. 354 (1252), S. 561 (1262); Bd. III, S. 4 (1271), S. 345 (1283), S. 376 (1285); Bd. V, S. 458 (1325), S. 532 (1326); Bd. VI, S. 134 (1334), S. 230 (1335); S. 468 (1339); siehe ferner Rheing. Alterthümer, Teil I, S. 192 (1254).

2) UB. Freiburg, Bd. III, S. 130 Nr. 1095 (1494).

3) Regesta Badensia, S. 141 Nr. 93 (Mitte 12. Jhdt.); siehe auch S. 151 Nr. 106 (1192).

4) UB. Lübeck, Bd. 8, S. 784 Nr. 735 (1450).

hebben se vns besegelt to gheuende ... 1); "wir ... die meistern unde die sammunge der frowen von sande Mariendale ... dun kunt ... daß wir einmudekliche han gegeben ... so veriehe wir auch ..." 2); "... dar zu versprechen wir für uns und unser nachkomen ... ze geben ..." 3).

Was den Inhalt der klösterlichen Leistungen im Rahmen der "Vereinbarung" anbelagt, so finden sich zwar auch hier noch generalisierende allgemeine Umschreibungen wie sie bei den Unterhaltsvorbehalten als Grunderscheinungsformen festgestellt wurden.

Es wird schlechthin eine Pfründe gewährt: "... *predic-
tis conjugibus aut alteri ipsorum prebendam in nostro
monasterio ad habitum regularem, tam ad spritualia
quam ad temporalia, presentibus conferimus atque damus
...*" 4) oder man erteilt, weil man in Anbetracht der
übertragenen weltlichen Güter darauf bedacht ist,
daß es den Eingetretenen in keiner Weise an der Pfrün-
de in Form von Nahrung und Kleidung mangeln darf,
einem jeden voll und unversehrt wie einem Kanoniker
die Pfründe, solange er lebt: "... *Postea nos atten-
dentes quod praetaxati homines dato suo praedio tem-
porali victus et vestitus stipendio carere nec debe-
rent nec possent ... praebendam sicut uni canonicorum
cum omni jure et integritate unicuique assignavimus
... quoad viverent ...*" 5).

Überwiegend läßt sich jedoch im Rahmen der Lebens-
unterhaltsvereinbarung eine dahingehende Tendenz beo-
bachten, daß man sich nicht mehr mit einer generellen
und pauschalen Erfassung der Leistung durch "Nahrung
und Kleidung" oder einfach "Pfründe" begnügt. Man ver-
sucht vielmehr, Inhalt und Ausmaß der "Pfründleistun-
gen" detaillierter zu umschreiben. Ja überhaupt sind
die Vereinbarungsformen insgesamt wesentlich differen-
zierter ausgestaltet als die Vorbehaltsformen.

1) UB. Lübeck, Bd. 8, S. 747 Nr. 702 (1450).

2) Mone, ZGO, Bd. 12, S. 188 Nr. 36 (1304).

3) Fontes rerum Austriacarum, Bd. 34, S. 518 Nr. 727

4) Fontes rerum Bernensium, Bd. IV, S. 551 Nr. 527 (1313).

5) Regesta Badensia, S. 141 Nr. 93 (Mitte 12. Jhd.).

So finden sich insbesondere vielfach verschiedenartige individuelle Zusatz- und Sonderbestimmungen ¹⁾, die

1) Die vielen und teilweise umfangreichen neben der Pfründvereinbarung getroffenen Sonderübereinkünfte können als über die Aufgabenstellung hinausgehend nicht benannt werden. Zur Abrundung des Bildes der untersuchten Vereinbarungen seien einige Varianten erwähnt.

Vgl. etwa den einem Pfründner gewährten Wunsch, daß er weltliche Kleidung nach seinem Belieben tragen kann, ohne daß es Streit hierüber geben soll, ferner, daß er nicht Schaffner zu sein braucht, wenn es ihm nicht zusagt, ohne deswegen aus dem Kloster ausgewiesen zu werden: "... daz der vurgenannde Volze sol werntliche gen unde sal dragen werntliche kleidere, wi er wil, ane strift ..., obe der selbe Volze nit soeffere mohte gesin ..., daz es ime niht unfugete, so solen wir in doh nit uz unserme closter dun".

(Mone, ZGO, Bd. 12, S. 188 Nr. 36 (1304). Auch finden sich öfter Bestimmungen, daß sogar Dienstpersonal zur Aufbesserung der eigenen Verpflegung ins Kloster mitgenommen werden darf: "Vnd were ouch sach, daz der Seyler alt vnd schwach würde, so mag er ein jungfrowen dingen, die sin pfeget ..."

(K. Hauser, Der Spital in Winterthur, S. 118 Anm. 1 (1443); siehe weitere Beispiele bei Solleder, München im Mittelalter, S. 386 f; siehe auch Trad. Kloster Tegernsee, S. 3 Nr. 2 (1003-1013); Lentze, Herrenpfründen, S. 168 (Anm. 62 (1314, 1367). Vgl. ferner einen zusätzlichen "Taschengeldwunsch":

"... et per annum dimidium talentum a domno abbate accipiat" (Vindemiae literariae collectio, Bd. I / VII, S. 50 Nr. 26 (o. J.) oder die Darreichung von schriftlich nicht voll erfaßbaren "unaussprechlichen" Trostreichungen: "... insuper alias consolationes quas scribi non confert ipsis (den Pfründnern!) quoad viverent ministrari ordinavimus" (Regesta Badensia, S. 141 Nr. 93 (Mitte 12. Jhdt.).

Beispiele verschiedenster Ausgestaltung lassen sich beliebig aus den Urkundenbüchern vermehren (vgl. Vindemiae literariae collectio, Bd. I / VII, S. 65 Nr. 24 (1108); Mon. Boic., Bd. XI, S. 85 Nr. 73 (1273); UB. Mecklb., Bd. 8, S. 26 Nr. 5032 (1329); UB. Lüneburg, Bd. I, S. 154 Nr. 264 (1309).

sich mit zunehmender Ausführlichkeit und Genauigkeit des Pfründinhaltes großer Beliebtheit erfreuen.

Um die aus den Urkunden hervorgehende Tendenz zur ausführlicheren und aufgeschlüsselteren Regelung der klösterlichen Leistung zu verdeutlichen, sollen nunmehr einige Beispiele aufgezeigt werden:

"... Dar zu versprechen wir für uns und unser nachkommen der selben Dyemuten ain pfründe zu geben ir lebtag, als hernach geschriben stet. Am ersten all tag ain herrn prott und zwai junkherrn prott und wein drey mass auf den tag des weins, als man den herrn auf das refent geit, und fleisch auch als man den herrn auf das refent geit, des morgens in der prue zway stukh, ain gepratens und ain gemüs; darn auf die nacht zway stukh in der prue ain gepratens und ain gemüs abeg aus der herren hafen angeverd ¹⁾. und so man nicht fleisch esse, so sol man sy speysen von kuchen mit solher speyse als die herren auf das refendt haben angevert ..." ²⁾

Dyemut Weingartnerin bekommt im Kloster also für die Zeit ihres Lebens eine Pfründe, deren Inhalt genauestens, bis in kleinste Einzelheiten festgelegt ist. So erhält sie werktags ein "Herrn-" und zwei "Jung-herrnbrote", täglich drei Maß des Weines, den die "Herren" im "Speiseraum" bekommen, und Fleisch - gleichfalls, wie es den "Herren" im "Speiseraum" gereicht wird - und zwar morgens zwei Stück in Soße, ein gebratenes und Gemüse; abends auch zwei Stück Fleisch in Soße, ein gebratenes und Gemüse stets aus dem "Herren"-Topf. Falls kein Fleisch gegessen wird, so möchte sie aus der Küche mit der Speise versorgt werden, die den "Herren" im "Speiseraum" gereicht wird ..."

Die Pfründnerin bekommt, wie sich aus ständig wiederholter Betonung ergibt, eine "Herrenpfründe". Unter anderem sind ihr noch neben Speise und Trank und sonstigen "Extras" auch "all jar zwen polsterschuch" ³⁾

1) Vgl. hierzu G. Gudion, Zur rechtlichen Bedeutung der Formel "ane geverde" im Spätmittelalter, in: ZRG, Germ.Abt., Bd. 82, (1965), S. 333 ff.

2) Fontes rerum Austriacarum, Bd. 34, S. 518 Nr. 727

3) Vgl. A. 1016.

zu reichen.

Ebenso ausführlich regelt der Dominikanerconvent des Klosters zur Burg zu Lübeck bei der Aufnahme der Elisabeth Heysemann den Inhalt der "Leistung", die sie erhalten soll:

"... dat wy andrechtliken entfanghen hebben de ersamen vrouwen Telseken Heysemanns vnde hebben eer vorlenet ene kameren to der vorderen hant, alsene in vnse prouener hus gheyt, de se besyuten schal de tijt eres leuendes, vnde na ereme dode schal de camere vryg vnde quiet wesen vnser closters. Unde darto scholen wy eer gheuen alle weken dre wetenbrod, also vnse brodere dachlikes eten in vnseme clostere, vnde also vakene, also wy bruwen, ene halue tunne conuentes also langhe, also se leuet. Queme id ok also van redeliker brukynghe der vorbenomeden personen, dat de halue tunne conuentes eer vtqueme, eer wy bruweden, so schole wy er to eer persoonliker nootroft conuentes plegghen wente to deme neghesten bruwende ..." ¹⁾

Elisabeth H. bekommt im "Pfründnerhaus" ein Zimmer, das sie Zeit ihres Lebens bewohnen darf, das nach ihrem Tode jedoch wieder voll und ganz dem Kloster zur Verfügung stehen soll. Ferner soll sie jede Woche drei Weizenbrot, wie es die Klosterbrüder täglich essen, und gleichermaßen eine halbe Tonne gebrauten Konvent (Bier) erhalten, solange sie lebt. Für den Fall

1) UB. Lübeck, Bd. 8, S. 784 Nr. 735 (1450)-Dominikanerkloster zur Burg zu Lübeck; vgl. auch UB. Lübeck, a.a.O., S. 746 f Nr. 702 (1450) wo das Kloster zu St. Catharinen zu Lübeck verspricht, ein Ehepaar während ihres Lebens ebenfalls mit "Brot und Konvent" zu versorgen, bezüglich der näheren Ausgestaltung jedoch auf einen gesonderten, leider nicht vorliegenden Brief des Klosters verwiesen wird: "... Hirvore hebben se uns besegelt to gheuende broet vnde conuent to unser beyder lyue na vtwisinge des klostere breue, den ze vns ghegheuen hebben." Siehe ferner eine weitere "Brot-Bier" Verpflegung im Mon. Boic., Bd. 24, S. 152 Nr. 122 (1318): "... von chuchen und von keler an pier und an prot und an teglicher chuchen speis alz mans aynem priester gibt in den convent on geverd."

aber, daß sie die halbe Tonne Konventes, die ihr gebraut wird, nicht bekommt, weil sie auf andere Weise befugt verwendet wird, so soll sie für ihren persönlichen Bedarf bis zum nächsten Brautermine versorgt werden.

Abschließend sei noch die in der Pfründvereinbarung des Klosters Tennenbach ¹⁾ mit dem Cristman Hün von Uoffsheim enthaltene "Leistung" aufgeführt. Das Kloster verspricht eine lebenslängliche Pfründe in Form von Essen, Trinken und Schuhen, jeweils nach dem ganz individuellen Bedarf ausgerichtet, zu geben: "... dem erbern und bescheiden Cristman Hün von Uoffsheim ... ein gebürliche und zimliche pfründ, essen und trinken und schüh noch gebürlicher noturft uf unserm des closters hof, diewil er lebt, zu geben versprochen gelobt und verheissen haben ..." Ferner bekommt er für bestimmte Arbeiten, die er erbringt, jährlich drei Pfrund Rappen Freiburger Währung, jedoch nur, solange ihn nicht Krankheit oder Altersschwäche an der Arbeit hindern: "Wir ... söllend dem dickgemelten Cristman umb und für sin arbeit, diewil er die vermag und nit lenger, alle jor drú pfund rappen gewonlicher friburger münz ze geben schuldig und pflichtig sin. Wenn aber der erst genant Cristen zú solicher arbeit krankheit unvermögligkeit oder alters halb ungebrüchlich wirt und nit me vermag, sodann sollen wir ... die drú pfund pfennig

1) UB. Freiburg, Bd. III, S. 130 ff Nr. 2095 (1494); vgl. auch UB. Halle, Bd. II, S. 158 Nr. 603 (1324): Wenn der hallesche Bürger Heyso Smol "alters halben unvormogen wirdt" wollen die Moritzklostermönche "ime eine cammer und stublein in iren ckloster zu seiner bequemickeytt einthun" und er bekommt "das einkomen einer hernprebenden so lange, als er lebt, und alle jhar rocke, einen winter und einen sommer-rock"; siehe ferner UB. o. d. Enns, Bd. X, S. 85 Nr. 123 (1382); a.a.O., S. 453 Nr. 588 (1387); Mon. Boic., Bd. XI, S. 85 Nr. 73 (1273); Fontes rerum Bernensium, Bd. II, S. 561 Nr. 523 (1262); a.a.O., Bd. IV, S. 675 Nr. 661 (1316); UB. Benediktinerstift Kremsmünster, S. 124 Nr. 107 (1264); S. 316 Nr. 300 (1386); Mone, ZGO, Bd. 12, S. 192 Nr. 40 (1315); UB. St. Gallen, Bd. III, S. 112 Nr. 896

dem bestimmten Cristmann fürer zu geben ... nit me ..."
Es verbleiben ihm jedoch weiterhin die Pfrundleistungen.

Das Kloster trifft lediglich einen Vorbehalt in der Form, daß der Pfründner, ohne daß ihm die klösterliche Unterstützung dem Umfang nach gekürzt würde, eine Übersiedlung auf einen anderen, dem Kloster genehmen Ort in Kauf nehmen muß: "ouch die versprochen und zůgeseit pfründ uf unserm hof Hardern wie obstet nit me zu geben, sundern in dem closter oder uf einem andern unser closters hof, wo uns dann das zů der zit allerfůglichest oder bequemichest sin wirt, gebůrlliche hantreichung ze tůnd mehtig sin."

In allen Texten geht es um eine möglichst genaue Erfassung der klösterlichen Leistung, deren Inhalt und Umfang auf diese Weise weitgehend nachprüfbar wird.

Von Fall zu Fall wird so den verschiedenen individuellen Bedürfnissen des einzelnen Rechnung getragen, die Leistung kann also nach subjektiven in der Person des Pfründners liegenden Merkmalen wie Alter, Gesundheitszustand und Geschlecht im Wege der Vereinbarung ausgerichtet werden.

Im Grundsatz hat somit die Leistungsuntersuchung ergeben, daß der Lebensunterhalt im Rahmen der Vorbehaltsform vorwiegend pauschal und generalisierend durch "victus et vestitus" oder schlicht "praebenda" in den Urkunden niedergelegt ist, während im Rahmen der Vereinbarungsform der Lebensunterhalt umfangs- und inhaltsbestimmter erscheint.

Ferner beurteilen sich die beiden Urkundenarten, deren Gemeinsamkeit in einer lebenslänglichen Lebensunterhaltserlangung durch einen ins Kloster eintretenden Laien besteht, als verschiedene juristische Formen, unabhängig von der jeweiligen Pfrundbestimmtheit.

Die Vorbehaltsform stellt sich im wesentlichen als einheitlicher Übertragungsvorgang dar, bei dem der Lebensunterhaltsvorbehalt als lediglich näher umschriebene Modalität dieses Vorganges erscheint.

Dagegen weist die Vereinbarungsform einen zweigliedrigen Vorgang auf - die Lebensunterhaltsgewährung ist nicht mehr eine Modalität des Übertragungsvorganges.

ges, sondern steht diesem als eigener, wenn auch mit ihm verknüpfter Vorgang gegenüber.

Schließlich bildet das entscheidende Ergebnis der Rahmenuntersuchung die Tatsache, daß ein vom 9. bis zum 15. Jahrhundert reichender historischer Prozeß sichtbar wird, in dem der Vorbehalt des Lebensunterhaltes - als besonders ausgestaltete Ausführungsart der Übertragung - durch ein Gefüge abgelöst wird, das durch vertragsmäßiges Denken gekennzeichnet ist, das die Züge eines "Austauschverhältnisses" aufweist.

An Hand eines Vergleiches der jeweiligen Entstehungszeiträume ergibt sich nämlich, daß die Vorbehaltsformen mit der generellen pauschalen Pfründeleistung vorwiegend im 9. Jahrhundert anzutreffen sind, während die Vereinbarungsformen mit genauerem Regelungsinhalt sich hauptsächlich im 14. und 15. Jahrhundert finden.

Der unternommene Versuch, in den Urkunden erste Ansätze von Zwischenstufen oder Übergangsphasen von der einen zur anderen Form zu finden, muß jedoch - um die Anwendung modern-rechtlichen Begriffsdenkens zu vermeiden - als zumindest fragwürdige Möglichkeit dahingestellt bleiben.

Dieser langwierige Prozeß, in dem als Endpunkt die Laienpfründvereinbarung die Stelle der ursprünglichen Vorbehaltspfründe eingenommen hat, wird wiederum nur im Zusammenhang mit den wirtschaftlich-sozialen Hintergründen verständlich.

Hierzu kann im wesentlichen auf die Ergebnisse der "außerrechtlichen" Gründe und Ursachen für den Wandel von der Pfründerleistung - wo die Geldhingabe an die Stelle von Leib- und Guteinbringung trat - Bezug genommen werden.

Das Vorbehaltsgeschäft des 9. Jahrhunderts ist durch das Seelenheilsmotiv des Vergabenden geprägt. Die Urkunden betonen, daß die Übertragung für die Verschaffung des himmlischen Lohnes erfolgt. Das ist die eigentlich angesprochene und vom Kloster erwartete Leistung, während der im Vorbehalt begehrte Lebensunterhalt mehr als wirtschaftlich unumgängliche Notwendigkeit zu verstehen ist.

Das im 12. / 13. Jahrhundert mit der Entfaltung der Städte, dem Aufkommen des Handelsaustausches und der Geldwirtschaft eindringende wirtschaftliche Denken wird schließlich auch bestimmend für die entstehende Lebensunterhaltsvereinbarung.

Das ursprünglich jenseitsgerichtete Interesse, das sich in der engen Verquickung von Religiösem mit Materiellem zeigte, wird immer mehr durch das stärker hervortretende diesseitig - wirtschaftliche Interesse verdrängt.

Das Geschäft mit dem charakteristisch frommen Element ist abgelöst durch ein Geschäft, in dem die weltlich - bezogene Versorgung vorherrscht. In den Urkunden spiegelt sich dieser Wandel deutlich wider, die Übertragung erfolgt ausdrücklich für den Lebensunterhalt.

Schluß und Ergebnisse

Die Untersuchung hat folgende wesentlichen Merkmale der Laienpfünde ergeben: ein Klosterinsasse, der nicht die geistlichen Gelübde, die Profeß, abgelegt hat, wird mit dem Lebensnotwendigen in Form von Nahrung und Kleidung lebenslanglich versorgt.

Diese begriffliche Erfassung wurde gewonnen unter Heranziehung der Urkundentexte, der Etymologie und insbesondere der Decretalen und Decretalisten. Gerade der Versuch, Bezugspunkte zum kanonischen Recht herzustellen, wurde in den Darstellungen der letzten Jahre unterlassen.

Für den ersten Problembereich der Untersuchung, die Laienpfündenerleistung, läßt sich als Ergebnis festhalten, daß sich diese Leistung im Urkundenwortlaut in verschiedenen Ausgestaltungsformen findet, die ihrerseits zusammen einen prozessualen Vorgang ergeben.

Den Ausgangspunkt des Prozesses bildet die sog. "Vollvermögens-" Übertragung mit oder ohne sog. Auto-tradition schwerpunktmäßig in den Quellen des 9. Jahrhunderts.

Der erstmals hier - ein in der bisherigen Literatur noch nicht aufgegriffener Gedanke - vorgeschlagene Versuch, für diese "Selbstübergabe" - für die die Urkunden die Formulierung "tradidit se ipsum" verwenden - Anhaltspunkte im kanonischen Recht zu finden, führte zu dem Ergebnis, daß zwar sowohl Gratian als auch die Decretisten die Wendung "tradidit se ipsum" kennen, ihr jedoch keine inhaltliche Erläuterung oder Bewertung zukommen lassen.

Die die sog. Übergangsphase des Pfründnerleistungs-Prozesses darstellende Übergabe von "Teilvermögen" und einzelnen Gegenständen taucht in den Quellen in verschiedenen Jahrhunderten immer wieder auf, ohne sich in einem bestimmten Zeitraum zu konzentrieren.

Den Endpunkt des Prozesses bildet schließlich der Pfrunderwerb durch Geld im 14. und 15. Jahrhundert. Wie schon in der Einleitung erwähnt, wurde dieser Wandel vom "Vollvermögen" um "Geld" bereits kurz - wenn auch ungenau - in der Literatur angedeutet.

Die vorliegende Arbeit hat diesbezüglich ein genaues Quellenstudium vorgenommen und an Hand der Textanalyse ergänzende und neue Ergebnisse gewonnen.

So läßt sich feststellen, daß die "Vollvermögensleistungen" mit zusätzlichen Formeln und Generalklauseln erfakt worden, während die Übertragung von "Vermögens teilen" und einzelnen Gegenständen konkretisierende Angaben erfährt.

Ebenfalls neu sind die Ergebnisse des sozialen und wirtschaftlichen Hintergrundes für den Wandel der Pfründnerleistung. Hier hat die Untersuchung ergeben, daß das ursprüngliche von jenseitigem Interesse geprägte Seelenheilsgeschäft mit der allmählichen Abwendung von der Verquickung von Religiösem mit Materiellem und dem Eindringen wirtschaftlich interessierten Denkens schließlich von einem Geschäft abgelöst wurde, das sich als weltbezogenes Versorgungsgeschäft charakterisieren läßt.

Für den zweiten Problemkreis der Untersuchung läßt sich als Ergebnis festhalten, daß die klösterliche

Leistung, der Lebensunterhalt oder die sog. Pfründe, in den Urkunden des 9. Jahrhunderts vorwiegend pauschal mit "victus et vestitus" oder "praebenda" erfasst wird, während die Urkunden des 14. / 15. Jahrhunderts eine genauere Inhaltsregelung treffen.

Als Unternehmien, Übergangsformen von der einen zur anderen "Leistung" in den Urkunden zu finden, blieb allerdings im Versuchsstadium.

Ferner hat eine erstmalige - in der Literatur noch nicht vorgenommene Untersuchung für die juristischen Formen der Pfründerverträge ergeben, daß die ursprüngliche "Vorbehaltsform" des 9. Jahrhunderts - ein einheitlicher Vorgang mit lediglich näher bestimmter Lebensfrist - im 14. / 15. Jahrhundert durch einen "uneinheitlichen" Vorgang abgelöst ist, der bereits deutliche Ansatzpunkte für vertragmäßiges Denken aufweist.

Als ebenfalls neues Ergebnis läßt sich festhalten, daß sich der Lebensunterhaltsvorbehalt infolge sozial-wirtschaftlicher Gründe aus dem Nutzungsvorbehalt hervorgeht, wobei die Beibehaltung der gewohnten Vorbehaltsform mit dem frommen Element diese Umbildung förderte.

Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
Bd.	Band
bes.	besonders
betr.	betreffend
bzw.	beziehungsweise
c.	capitulum
C.	Causa
Comp.	Compilatio
Decr.	Decretale
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
ebd.	ebenda
ed.	editio
Einl.	Einleitung
f.(ff.)	folgend(e)
Germ. Abt.	Germanistische Abteilung
herausg.	herausgegeben
Jb.	Jahrbuch
Jhdt.	Jahrhundert
Kan. Abt.	Kanonistische Abteilung
Kap.	Kapitel
Lib.	Liber
Mon. Boic.	Monumenta Boica
Nr.	Nummer
qu.	quaestio
s.	siehe
S.	Seite
sog.	sogenannt
Tit.	Titel
Trad.	Traditionen
u.a.	und andere
UB.	Urkundenbuch
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel
ZGO	Zeitgeschichte für Geschichte des Oberrheins, herausg. von J. F. Mone, Bd. I - XXXIV, Karls- ruhe 1850 - 1885
ZRG	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechts- geschichte
z.T.	zum Teil

Quellen und Literatur

I. Quellen

1. Kanonistik

Baldus, Ad Tres Priores Libros Decretalium Commentaria,
Lugd. 1585 (Neudruck Aalen 1970)

Bernardus Papiensis, Summa Decretalium, ed. Ern. Ad. Theod.
Laspeyres, Regensburg, 1860 (Nachdruck Graz
1956)

Quinque Compilationes Antiquae, ed. E. Friedberg, Leipzig,
1882 (Nachdruck Graz 1956)

Corpus Iuris Canonici, ed. E. Friedberg, Leipzig 1879 / 81
(Nachdruck Graz 1959) ed. J. H. Boehmer, Ha-
lae 1747

Goffredus de Trano, Summa super titulis decretalium, Lugd.
1519

Henricus de Segusio (Hostiensis), Decretalenapparat,
Argent. 1512, Venet. 1581, Summa, Lugd. 1537
(Neudruck Aalen 1962)

Innozenz IV (Sinibaldus Fliscus), Commentaria apparatus
in V libros decretalium, Frankfurt 1570

Johannes Teutonicus, glossa ordinaria zum Decret, Venet.
1584

Paucapalea, Summa über das Decretum Gratiani, ed. J. F.
von Schulte, Gießen 1890

Rolandus, Summa, ed. F. Thaner, Aalen 1962

Rufinus, Summa Decretorum, ed. H. Singer, Paderborn 1902

Summa "Magister Gratianus in hoc opere" (Parisiensis),
ed. T. P. McLaughlin, Toronto, Canada 1952

Stephanus Tornacensis, Summa, ed. J. F. von Schulte,
Gießen 1891

2. Urkunden

Fontes rerum Austriacarum, Österreichische Geschichts-
quellen, 2. Abt., Diplomataria et acta, Bd. I-
LXVIII, Wien 1855 ff

Regesta Badensia, Urkunden des großherzoglich badischen
General-Landesarchivs, herausg. von C. G. Dünge,
Karlsruhe 1836

Fonter rerum Bernensium, Berns Geschichtsquellen, Bd. I-
IX, Bern 1877 ff

UB. Esslingen, Urkundenbuch der Stadt Esslingen, Bd. I-II,
bearb. von A. Diehl und K. H. S. Pfaff, Stutt-
gart 1899 u. 1905

Annales de l'Est, Revue trimestrielle publ. sous la di-
rection de la Faculté des Lettres de Nancy,
11. Jg., Nancy 1897

UB. Frankfurt, Urkundenbuch der Reichsstadt Frankfurt,
Codex diplomaticus Moenofrancofurtanus, Bd. I-II,
bearb. von J. F. Böker, Neubearb. von F. Lau,
Frankfurt / Main 1901-1905

Die Traditionen des Hochstifts Freising, Bd. I (744-926),
Bd. II (926-1283), herausg. von Th. Bitterauf
(Quellen und Erörterungen zur bayerischen und
deutschen Geschichte N. F., Bd. IV-V), München
1905 u. 1909

- UB. Freiburg, Freiburger Urkundenbuch, Bd. I-III, bearb.
von F. Hefele, Freiburg / Breisgau 1940-1957
- Codex Diplomaticus Fuldensis, herausg. von E. Fr. J. Dronke, Nachdruck der Neuauflage 1850, Aalen 1962
- UB. Fulda, Urkundenbuch des Klosters Fulda, Bd. I, bearb.
von E. Stengel, Marburg 1958 (Veröffentlichungen der historischen Kommission für Hessen u. Waldeck, Bd. X/1)
- UB. St. Gallen, Urkundenbuch der Abtei St. Gallen, Bd. I-VI, bearb. von H. Wartmann, P. Bütler, T. Schieß, Zürich und St. Gallen 1863 ff
- UB. Halle, Urkundenbuch der Stadt Halle, ihrer Stifte und Klöster, Bd. I-II, bearb. von A. Bierbach, Magdeburg 1930 u. 1939
- Hohenloh. UB., Hohenlohisches Urkundenbuch Bd. I-III, herausg. von K. Weller und Ch. Belschner, Stuttgart 1895, 1901, 1912
- Historia Trevirensis diplomatica et pragmatica, Bd. I, herausg. von J. N. v. Hontheim, Würzburg 1750
- UB. Lübeck, Urkundenbuch der Stadt Lübeck, herausg. von dem Vereine für Lübeckische Geschichte und Altertumskunde, Erster Theil, Lübeck 1843, Codex diplomaticus lubecensis, Lübeckisches Urkundenbuch, 1ste Abtheilung Erster Theil, Bd. I, Bd. II-XI, Lübeck 1843-1905
- UB. Lüneburg, Urkundenbuch der Stadt Lüneburg, Bd. I-III, bearb. von W. F. Volger, Hannover 1872-1877
- UB. Klöster Mansfeld, Urkundenbuch der Klöster der Grafschaft Mansfeld, herausg. von M. Krühne, Geschichtsquellen der Provinz Sachsen und angrenzender Gebiete, Bd. 20, Halle 1888
- Urk. bei F. J. Mone, ZGO, Bd. 1, 1850; Bd. 12, 1861

Mon. Boic., Monumenta Boica, ed. Academia scientiarum
Maximil.- Boica, Bd. I-LIII, München 1763 ff

Mittelrhein. UB., Urkundenbuch zur Geschichte des Mittel-
rheins, Bd. I-III, herausg. von H. Beyer, L.
Eltester und A. Goerz, Koblenz 1860-1874

UB. Mecklenburg, Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. I-
XXV, herausg. vom Verein für mecklenburgische
Geschichte und Alterthumskunde, Schwerin 1863 ff

Ann. Niederrh., Annalen des historischen Vereins für den
Niederrhein, Heft 1-116, Köln 1855 ff

Trad. Hochstift Passau, Die Traditionen des Hochstifts
Passau, Bd. I-VI, in: Quellen zur Bayerischen
Geschichte, N. F., 6. Bd., herausg. von M. Heu-
wieser, München 1930

UB. o. d. Enns, Urkundenbuch des Landes ob der Enns,
Bd. I-IX, herausg. vom Verwaltungsrat des Mu-
seums Francisco - Carolinum, Linz 1852-1906,
1933-1939, 1941-1956

Rheing. Alterth., Rheingauische Alterthümer, T. I-II,
bearb. von F. J. Bodmann, Mainz 1819

UB. St. Stephan, Urkundenbuch der Benediktinerabtei St.
Stephan in Würzburg, Bd. I, bearb. von F. J.
Bendel, neu bearb. von F. Heidingsfelder und
M. Kauffmann, Leipzig 1912 (Veröffentlichungen
der Gesellschaft für fränkische Geschichte,
3. Reihe, I. Bd.)

UB. Strassburg, Urkundenbuch der Stadt Strassburg, in:
Urkunden und Akten der Stadt Strassburg, herausg.
mit Unterstützung der Landes- und Stadtverwal-
tung Bd. I-VII, Strassburg 1879-1900

Trad. Schäftlarn, Die Traditionen des Klosters Schäftlarn,
herausg. von A. Weisssthamer, München 1953

UB. Stött., Die Urkunden des Klosters Stötterlingenburg,
herausg. von C. Schmidt - Phiseldeck, Halle 1874

Trad. Tegernsee, Die Traditionen des Klosters Tegernsee,
(1003-1242), herausg. von P. Acht, München 1952

Thurg. UB., Thurgauisches Urkundenbuch (724-1359), Bd.
I-IV, bearb. von F. Schaltegger, Frauenfeld
1917-1929

Vindemiae literariae, Vindemiae literariae h. e. veterum
monumentorum ad Germaniam sacram praecipue spec-
tantium collectio, Bd. I-II, ed. J. F. Schannat,
Fulda, Leipzig 1723 u. 1724

UB. Kremsmünster, Urkundenbuch für die Geschichte des Be-
nediktinerstiftes Kremsmünster, seiner Pfarreien
und Besitzungen vom Jahre 777-1400, herausg.
von Th. Hagn, Wien 1852

Wirtemb. UB., Württembergisches Urkundenbuch, Bd. I-XI,
Stuttgart 1849 ff

UB. Zürich, Urkundenbuch der Stadt und Landschaft Zürich,
(1114-1339) Bd. I-XII, herausg. von J. Escher, P. Schweizer
und P. Kläui, Zürich 1888-1939

II. Literatur

v. Armira Karl, Nordgermanisches Obligationenrecht, Bd. I,
Altschwedisches Obligationenrecht, Leipzig 1882

K. Baeumker, Die Christliche Philosophie des Mittelalters,
Berlin 1913

Th. Bitterauf, Einleitung S. LXII f zu Trad. Hochstift
Freising, Bd. I, Quellen und Erörterungen zur
bayerischen und deutschen Geschichte, N. F. IV
u. V, München 1905 u. 1909

- 111 -
E. F. Bruck, - Totenteil und Seelgerät im griechischen
Recht, München 1926

- Kirchenväter und soziales Erbrecht, Wanderun-
gen religiöser Ideen durch die Rechte der öst-
lichen und westlichen Welt, Berlin - Göttingen -
Heidelberg 1956

H. Brunner, Carta und notitia, in Commentationes in ho-
norem Mommseni, Berlin 1877

E. Bussi, La formazione dei dogmi di diritto privato nel
diritto comune (Diritti reali e diritti di ob-
bligazione), Padova 1937 - XV, in: Studi di
diritto privato Italiano e straniero diretti
da Mario Rotondi, Vol. XXVII

O. Bulle und Rigutine, Neues italienisch-deutsches und
deutsch-italienisches Wörterbuch, B. Stereotyp-
ausgabe, Erster Band, Italienisch-Deutsch,
Leipzig / Mailand 1902

G. Caro, Studien zu den älteren St. Galler Urkunden. Die
Grundbesitzverteilung in der Nordostschweiz
und in den angrenzenden alamannischen Stammes-
gebieten zur Karolingerzeit. Jb. f. schweizer
Geschichte, 26. u. 27. Bd., Zürich 1901, 1902

R. Caillemer, Origines et developpement de l'exécution
testamentaire, Lyon 1901

G. Chevier, Déclin et renaissance du testament en droit
bourguignon (Mém. de la Société p. l'Histoire
du Droit et des Institutions des anciens pays
bourguignons, comtois et romans, Fasc. 5,
Dijon 1943

Dahlmann - Waitz, Quellenkunde der deutschen Geschichte,
9. Aufl., Leipzig 1931

- A. Dopsch, Die Wirtschaftsentwicklung der Karolingerzeit, vornehmlich in Deutschland, Bd. I, Weimar 1912, Bd. II, Weimar 1913 (2. Aufl.: Bd. I, Weimar 1921, Bd. II, Weimar 1922)
- M. Fastlinger, Die wirtschaftliche Bedeutung der bayerischen Klöster in der Zeit der Agilulfinger, Studien und Darstellungen aus dem Gebiete der Geschichte, II. Bd., 2. u. 3. Heft, Freiburg i. Br. 1903
- M. Falco, Le disposizioni pro anima, Torino 1911
- H. E. Feine, Kirchliche Rechtsgeschichte, Die Katholische Kirche, 4. Aufl. Köln / Graz 1964
- O. v. Gierke, Deutsches Privatrecht, III. Bd., Schuldrecht, München u. Leipzig 1917; II. Bd., Sachenrecht 1905
- G. Gudian, Zur rechtlichen Bedeutung der Formel "ane ge-
verde" im späten Mittelalter, ZRG, Germ. Abt. Bd. 82, 1965
- F. Gutmann, Die soziale Gliederung der Bayern zur Zeit des Volksrechtes, Abhandlung aus d. staatswiss. Seminar zu Straßburg i. Els., herausg. von G. F. Knapp u. W. Wittich, Heft 20, Straßburg 1906
- H. Hattenhauer, Die Entdeckung der Verfügungsmacht - Studien zur Geschichte der Grundstücksverfügung im deutschen Recht des Mittelalters (Kieler rechtswissenschaftliche Abhandlung Nr. 9), Hamburg 1969
- H. R. Hagemann, Übertragungen mit Nutzungsvorbehalt in alemannischen Formeln und Urkunden, in: Festgabe H. Rennefahrt, Archiv des hist. Vereins d. Kantons Bern, XLIV. Bd., 2. Heft, Bern 1958
- K. Hauser, Der Spital in Winterthur 1300-1530, in: Jb.für Schweiz. Geschichte, herausg. auf Veranstaltung der allgemeinen geschichtsforsch. Gesellsch. d. Schweiz, 37. Bd., Zürich 1912

H. Henrici, Ueber Schenkungen an die Kirche, Weimar 1916

A. Heusler, Institutionen des Deutschen Privatrechts, (in Systematisches Handbuch der deutschen Rechtswissenschaft, 2 Abt., 2. Teil, Bd. I-II) I. Bd., Leipzig 1885; II. Bd., Leipzig 1886

A. Homberger, Die Verpfändungsverträge im schweizerischen Recht, Bern 1918, Diss. in Heft 87 der "Abhandlungen zum schweiz. Recht", herausg. von M. Gmür, Bern 1918

E. Huber, System und Geschichte des schweizerischen Privatrechts, 4 Bde., Basel 1886-1893

R. Hübner, - Grundzüge des Deutschen Privatrechts, 5. Aufl. Leipzig 1930

- Die donationes post obitum und die Schenkungen mit Vorbehalt des Niessbrauchs im älteren deutschen Recht, Breslau 1888, in: Gierkes Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, XXVI Bd.

F. Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, 19. Aufl., Berlin 1963, bearb. von W. Mitzka

K. Th. v. Inama - Sternegg, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Bd. I, Deutsche Wirtschaftsgeschichte bis zum Schluß der Karolingerperiode, 2. Aufl., Leipzig 1909; Bd. III / 1: Deutsche Wirtschaftsgeschichte in den letzten Jahrhunderten des Mittelalters, Leipzig 1899

K. Lamprecht, Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Untersuchungen über die Entwicklung der materiellen Kultur des platten Landes auf Grund der Quellen zunächst des Mosellandes, 3 Teile in 4 Bänden, Leipzig 1886

- H. Lentze, - Herrenpfünden im mittelalterlichen Wilten
(in: Innsbrucker Beiträge zur Kulturwissen-
schaft, herausg. vom Sprachwissenschaftlichen
Seminar d. Univ. Innsbruck in Verb. mit d. Ge-
sellschaft zur Pflege d. Geisteswissenschaften
Bd. 4, Innsbruck 1956
- Pitanz und Pfründe im mittelalterlichen Wil-
ten (Beiträge zur Innsbrucker Kirchengeschichte,
8. Heft, Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv
Innsbruck), Innsbruck 1954
- E. Loening, Kirchenrecht, Geschichte des deutsche Kir-
chenrechts, II. Bd. - Das Kirchenrecht im Reiche
der Merowinger, Strassburg 1878
- F. Lütge, Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte,
3. Aufl., Berlin - Heidelberg - New-York 1966
- F. J. Mone, Laienpfünden in Klöstern und geistliche Pfrün-
den in Spitälern, in ZGO, Bd. 12, 1861
- H. Mitteis - H. Lieberich, Deutsche Rechtsgeschichte,
8. Aufl., München u. Berlin 1963
- W. Ogris, Der mittelalterliche Leibrentenvertrag, Ein
Beitrag zur Geschichte des deutschen Privat-
rechts, (in: Wiener rechtsgeschichtliche Arbei-
ten Bd. VI) Wien, München 1961
- H. Planitz, - Grundzügen des deutschen Privatrechts, 3.
Aufl., Berlin - Göttingen - Heidelberg 1949
- Die deutsche Stadt im Mittelalter. Von der
Römerzeit bis zu den Zunftkämpfen, Graz - Köln
1954
- M. Pappenheim, Über die Rechtsnatur der altgermanischen
Schenkung, ZRG, Germ. Abt., 53. Bd. (1933)

- S. Reicke, Das deutsche Spital und sein Recht im Mittelalter: Erster Teil, Das deutsche Spital, Geschichte und Gestalt, Stuttgart 1932; Zweiter Teil, Das deutsche Spitalrecht 1932
- S. Rietschel, Die Entstehung der freien Erbleihe, ZRG, Germ. Abt., 22. Bd., 1901
- J. v. Steynitz, Mittelalterliche Hospitäler der Orden und Städte als Einrichtungen der sozialen Sicherung, Berlin 1970, in: Sozialpolitische Schriften, Heft 26
- U. Stutz, - Geschichte des kirchlichen Benefizialwesens von seinen Anfängen bis auf die Zeit Alexanders III, 2. Aufl., Tübingen 1961
- Lehen und Pfründe, in ZRG, Germ. Abt., 20. Bd., 1899
- H. Svoboda, Die Klosterwirtschaft der Cistercienser in Ostdeutschland (Nürnberger Beiträge zu den Wirtschaftswissenschaften, 19. / 20. Heft), Nürnberg 1930
- F. Solleder, München im Mittelalter, München und Berlin 1938
- W. Schreiber, Soziale Ordnungspolitik heute und morgen, Köln 1968
- R. Schröder, Geschichte des ehelichen Güterrechts in Deutschland, 1. u. 2. Teil, 1. Abt., Stettin 1963-1868
- W. Schönfeld, Die Vollstreckung der Verfügungen von Todes wegen, ZRG., Germ. Abt., Bd. 42, 1921
- A. Schultze, - Der Einfluß der Kirche auf die Entwicklung des germanischen Erbrechts, ZRG, Germ. Abt., 35. Bd., 1914

- Augustin und der Seelteil des germanischen Erbrechts, Abh. Sächs. Ak. d. Wiss., Phil. - Hist. Kl. Bd. 30, IV, Leipzig 1928
- Nachträge zu "Augustin und der Seelteil", ZRG, Germ. Abt., 50. Bd., 1930
- Seelgerät und Besthaupt, ZRG, Germ. Abt., 38. Bd., 1917
- G. Uhlhorn, Die christliche Liebesthätigkeit, 2. Aufl., Stuttgart 1895
- R. Vögeli, Das Leibding, Erscheinungs- und Entwicklungsformen nach thurgauischen und zürcherischen Quellen von den Anfängen bis um die Mitte des 14. Jahrhunderts, Diss., Frauenfeld 1949
- P. Voser, Die altdeutsche Liegenschaftsübergabe von ihren Anfängen bis zum Beginn der Rechtsbücherzeit, Diss., Zürich 1952
- G. Weisser, Soziale Sicherheit im HdSW, 9. Bd., Stuttgart - Tübingen - Göttingen 1956
- Fr. v. Wyß, Die ehelichen Güterrechte der Schweiz in ihrer rechtsgeschichtlichen Entwicklung, Zürich 1896

Lebenslauf

Am 6. Juni 1943 wurde ich in Wuppertal als Tochter des Kaufmannes Erwin Boller und seiner Ehefrau Elfriede geboren.

Nach vierjähriger Volksschule bestand ich im Herbst 1954 die Aufnahmeprüfung am Luisengymnasium in München.

Im April 1962 erlitt ich einen Rückenwirbelbruch und bin seitdem querschnittsgelähmt.

Nach eineinhalbjähriger Unterbrechung bestand ich im Juli 1964 am Sophie-Scholl-Gymnasium in München das Abitur.

Im Wintersemester 1964/65 begann ich mit dem Studium der Rechtswissenschaft an der Universität München. Nach zehn Fachsemestern bestand ich am 16.7.1970 die Erste Juristische Staatsprüfung in München.

Am 21.8.1970 habe ich Dipl.-Ing. Gunthart Freiherr von Chiari geheiratet.

Meine Ausbildung als Rechtsreferendarin beim Freistaat Bayern begann am 16.9.1970 und dauert noch an.

